

9 Tagesordnung

Beginn Tagesordnung: 13.45 Uhr

Bürgermeisterin **Kahr**:

Willkommen! Wir sind jetzt wieder im öffentlichen Teil unserer Gemeinderatssitzung und ich bedanke mich bei Herrn Wonisch, dass er mit allen Klubobleuten wieder in Absprache Punkte, die im öffentlichen Teil en bloc abgestimmt werden können, besprochen hat. Herr Gemeinderat Stücklschweiger zur Geschäftsordnung.

Gemeinderat **Stücklschweiger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich melde mich bezüglich der Geschäftsordnung des § 19 Abs 3 zu Wort und möchte Sie, Frau Bürgermeisterin, und auch uns Kolleginnen und Kollegen, alle gemeinsam, ganz nachdrücklich darum bitten, dass wir das erste Stück auf der Tagesordnung, das lediglich einen Informationsbericht darstellt, wieder auf die Tagesordnung aufnehmen. Das Absetzen dieses Stückes, das ist im Ausschuss tatsächlich wirklich höchst undemokratisch vonstattengegangen. Es ist ein Bericht, das muss man wirklich noch einmal unterstreichen, und es handelt sich um einen Bericht und kein abzustimmendes Stück, ist im großen Interesse der Bevölkerung, es ist vor allem im großen Interesse aller Wirtschaftstreibenden in der Stadt. Wir haben ein großes Thema mit der Innenstadtwirtschaft und die Koalition rühmt sich ja sehr, sehr gerne damit, dass sie sehr transparent ist und immer alle miteinbezieht. Die Frau Vizebürgermeisterin hat auch heute in der Fragestunde schon gesagt, dass es wichtig ist, dass wir diskutieren. Leider ist uns diese Möglichkeit der Diskussion im Ausschuss genommen worden und dementsprechend wäre es schön, wenn wir diese Möglichkeit hier wieder aufnehmen könnten. Ich finde es einfach ein Wahnsinn, dass diese politische Willkür, die da betrieben worden ist, auf inhaltliche und qualitative Mängel in der Berichterstattung zurückgeführt worden ist, von der Koalition und vor allem in

diesem Falle durch dich, lieber David Ram, als Ausschussvorsitzenden. Diese inhaltlichen Mängel, die sind dann aber nicht aufgeführt worden. Auch die qualitativen Mängel sind nicht aufgeführt worden. De facto war das Ganze eine Beleidigung an allen Mitarbeitenden der Abteilung, die sich Mühe gegeben haben, den Auftrag des Wirtschaftsstadtrates auch auszuführen. Man muss auch ganz klar dazusagen, dass die Frau Andrea Keimel ganz klar sich auch zu Wort gemeldet hat als einzige, die das durfte, um auszudrücken, dass viele Punkte gar nicht in ihren Zuständigkeitsbereich hineinfallen können und dass Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen nach bestem Wissen und Gewissen diesen Bericht erstellt haben.

Dementsprechend möchte ich einfach noch einmal darum bitten, dass ihr vielleicht noch einmal ganz kurz in euch geht und wir vielleicht gemeinsam beschließen können, dass wir, wie gesagt, nach § 19 Abs 3, das Stück noch einmal aufnehmen, dass ja noch einmal ein Bericht ist, damit wir diesen Bericht auch dann tatsächlich diskutieren können.

Ich würde mich sehr darüber freuen, vielen Dank.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich möchte nur vielleicht, weil es nicht so oft vorkommt, es auch in der letzten Periode durchaus ein gängiges Instrument war. Es ist das Recht eines Gemeinderates, so einen Antrag zu stellen. Es gibt aber keine Wechselrede dazu.

Zwischenruf:

Man kann sie zulassen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Man kann sie zulassen, aber ich würde einfach sagen, es ist nichts Unübliches, ein Stück im Ausschuss zurückzusetzen. Das ist gang und gäbe. Aber selbstverständlich ist das Recht, auch noch einmal darüber abzustimmen, ob man es auf die Tagesordnung setzen möchte. Deshalb würde ich auch empfehlen, dass wir das tun, sozusagen diesen

Antrag aufzugreifen, von Herrn Gemeinderat und darüber abzustimmen, ob wir diesen Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung setzen.

Ist es zur Geschäftsordnung? Bitte.

Klubobmann **Dreisiebner:**

Geschätzter Kollege Stücklschweiger, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream und hier auf der Galerie. Damit Sie vielleicht etwas Insight bekommen, was da wirklich der Grund war. Es war keine undemokratische Absetzung, wie vom Kollegen Stücklschweiger behauptet, sondern eine mehrheitlich im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus durchgeführte.

Am 4. Juli wurde ein Dringlicher Antrag der Kollegin Daniela Gmeinbauer behandelt und am Ende wurde ein Abänderungsantrag, den ich einbringen durfte, beschlossen. Dieser Abänderungsantrag hatte zum Ziel, dass der Herr Wirtschaftsstadtrat mit den Garagenbetreiber:innen, Tiefgaragen, sonstigen Parkflächen und Ähnlichem mehr in Austausch tritt und das Ziel verfolgen möge, dass man dementsprechende /.

Zwischenruf

Klubobmann **Dreisiebner:**

Sorry. Das ist dann wirklich mein Fehler gewesen. In dem Sinne geht es um den Antrag von Arsim Gjergji.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Es geht um das smarte Parkleitsystem für Graz, das im Ausschuss abgesetzt worden ist und jetzt der Antrag gestellt wurde, das wiederaufzunehmen.

Klubobmann **Dreisiebner:**

Und auch da ist kurzum gesagt worden, erstens ein demokratischer Vorgang mit dem Ziel, bis November den entsprechenden Beschlussinhalten nachzukommen. Auch da war das nicht gegeben. Herr Kollege Gjergji ist gerade nicht da, aber das ist das Thema. Ich entschuldige mich noch einmal, dass ich jetzt in der Tagesordnung diesen kleinen Umsturz hatte.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Es gibt keine Wechselrede. Das ist gerade in der Geschäftsordnung so festgelegt worden.

Zwischenruf:

Man kann sie zulassen.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Bitte?

Zwischenruf:

Du kannst sie zulassen, die Wechselrede.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Nein. Martin kannst du bitte zum Mikrofon kommen, dass es alle hören, bitte.

Magistratsdirektor **Haidvogel:**

Ich sehe in dem was hier gerade erfolgt einen Anwendungspunkt des §19 Abs 2 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat, der lautet: Der Bürgermeister kann bei Beginn der Sitzung einen Gegenstand von der Tagesordnung absetzen. Darüber ist, falls ein

Gemeinderatsmitglied dagegen Einspruch erhebt, ohne Wechselrede abzustimmen.
Über Verlangen ist einem Gegenredner das Wort zu erteilen.

Zwischenruf:

Es geht nicht um Abs 2, es geht um Abs 3. Da steht es anders drinnen.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag von Herrn Gemeinderat. Es gibt da jetzt keine tatsächliche Berichtigung mehr.

Zwischenruf

Bürgermeisterin **Kahr:**

Aber dann muss es wieder eine tatsächliche Berichtigung sein und nicht wieder ein Redebeitrag. Dann kommen Sie bitte Herr Gemeinderat.

Gemeinderat **Stücklschweiger:**

Jetzt ist der Herr Dreisiebner weg, nein da hinten sitzt er. Tatsächliche Berichtigung:
Es war ein undemokratischer Prozess. Ein demokratischer Prozess bitte, ein demokratischer Prozess beinhaltet eine Diskussion und danach eine Abstimmung. Das möchte ich nur, weil er die Öffentlichkeit angesprochen hat, auch für die Öffentlichkeit noch einmal festhalten.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Wenn jemand glaubt, dass es jemand für die Öffentlichkeit nachvollziehbar ist über das, was jetzt gesprochen worden ist, irrt er sich. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag von Herrn Gemeinderat Stücklschweiger, diesen Tagesordnungspunkt

1 noch einmal auf die Tagesordnung zu nehmen. Wer ist dafür? Der Antrag hat somit keine Mehrheit gefunden.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ).

Wir kommen nun zu den, wie ich vorhin schon gesagt habe, en bloc Abstimmungen, die mit den Klubs abgesprochen sind, und zwar sind das folgende Tagesordnungspunkte im öffentlichen Teil: Der Tagesordnungspunkt 14 und 15, jeweils einstimmig, die Tagesordnungspunkte 23, 24, 26 und 28, alle vier Punkte sind einstimmig angenommen.

en bloc:

9.1 Stk.14) A8/4-039323/2011/0032

**Am Leopoldsgrund 108
Baurechtsliegenschaft; Verkauf
Stammgrundstück und Anteile an
Allgemeinflächen**

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellt daher gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 77/2024, den

ANTRAG

der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz verkauft die Stammliegenschaft Am Leopoldsgrund 108 und die ihr zugehörigen Allgemeinflächen. Der Kaufpreis von Euro 45.239,- wird auf der FONDS 840000, FIPOS 2.801000 vereinnahmt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.2 Stk.15) A8-018561/2006-126

Kunsthhaus Graz GmbH

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellt daher gemäß § 87 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967, in der Fassung LGBl 77/2024, den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Kunsthhaus Graz GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird gemäß § 87 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz LGBl.130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 77/2024, ermächtigt im Umlaufweg folgenden Anträgen zuzustimmen:

- 1. Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlauf gemäß § 34 GmbHG*
- 2. Abberufung von Dr.ⁱⁿ Isabella Poier als Mitglied des Aufsichtsrats*
- 3. Bestellung von Natalie Hofer, BEd, als Mitglied des Aufsichtsrates nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages für die laufende Funktionsperiode (Geschäftsjahre 2021-2024).*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**9.3 Stk.23) A23-028212/2013/0101,
A8-115740/2023-52**

**Erhöhung und Verlängerung der PG
„Grazer Feinstaubpaket“**

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie und der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien stellen daher gemäß § 45 Abs. 7 und § 93 Abs. 1 bzw. § 95 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.130/1967 idgF 77/2024, den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die Verlängerung und Erhöhung der Projektgenehmigung „Grazer Feinstaubpaket“ in Höhe von Euro 775.000,- im ICF des Umweltamtes für die Jahre 2024 (Euro 720.000,-) und 2025 (Euro 55.000,-) wird beschlossen.*
- 2. Der Budgetvorsorge in Höhe von 720.000,- Euro für 2024 wird zugestimmt.*

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2024 werden wie folgt geändert:

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 17. Oktober 2024

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2024	EVA 2024
330	522000	1.755000	43303100	Kap.trans. an Unternehmen (ohne EU) und andere/ Feinstaubförderungs-paket 2024-2025	D.330310	+278.000	+278.000
330	522000	1.042000	13303100	ABGA/ Feinstaubförderungs-paket 2024-2025	D.330310	+112.000	
330	529100	1.728000		Entgelte für sonstige Leistungen	D.330001	-250.000	-250.000
330	522000	1.728000		Entgelte für sonstige Leistungen	D.330001	-20.000	-20.000
220	030000	1.728000	42203100	Entgelte für sonst.Leistungen/ Fachbeirat	D.220310	-8.000	-8.000
220	030000	1.060000	12203120	In Bau bef. Grundstückseinr./ Gutachter, Wettbewerbe	D.220312	-22.000	
220	612000	1.002000	12203150	Kleinmaßnahmen Baudirektion/Straßenbauten	D.220315	-90.000	
180	522000	2.346000		Investitionsdarlehen		+112.000	
180	030000	2.346000		Investitionsdarlehen		-22.000	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		-90.000	
330	522000	1.728000		Entgelte für sonstige Leistungen	D.330001	-55.000	-55.000
180	970000	1.729000		Sonstige Aufwendungen		+55.000	+55.000

Die entsprechenden Budgetmittel für das Jahr 2025 in Höhe von 55.000,- Euro werden auf der Kombination Finanzstelle 330/ Fonds 522000/ Finanzposition 1.755000/ HHP 43303100/ Deckungsring D.330310 in SAP zur Verfügung gestellt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**9.4 Stk.24) A10/BD-015036/2018/0006, Erweiterung und Anpassung Kläranlage
A8-115740/2023-59**

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung und der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellen daher gemäß § 45 Abs 2 Z 5 und § 93 Abs. 1 und § 95 des Statuts der Landeshauptstadt Graz, LGBl 130/1967, in der Fassung, LGBl 77/2024 den

ANTRAG

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Der vorstehende Bericht wird zur Kenntnis genommen und der Baubeschluss für die Erweiterung und Sanierung der Kläranlage der Stadt Graz gefasst.*

- 2. Die Projektgenehmigung für den „BA 46 - Erweiterung und Sanierung der Kläranlage der Stadt Graz“ Bauleistungen über € 83.000.000,- exkl. USt, davon für die Jahre*
2024: € 200.000,-
2025: € 20.000.000,-
2026: € 30.000.000,-
2027: € 25.000.000,-
2028: € 7.800.000,-
wird erteilt.

- 3. Der Budgetvorsorge in Höhe von € 200.000,- in 2024 wird zugestimmt.*

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2024 werden wie folgt geändert:

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 17. Oktober 2024

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2024	EVA 2024
220	851000	1.004000	12204590	BA 46 Kläranlage Vorhaben / Wasser- und Abwasserbauten und /-anlagen	D.220459	+200.000	

Die entsprechenden Budgetmittel werden ausgabenseitig für die Jahre 2025 bis 2028 auf der Kombination Finanzstelle 220/ Fonds 851000/ Finanzposition 1.004000/ HHP 12204590/ Deckungsring D.220459 in SAP zur Verfügung gestellt.

Die entsprechenden Budgetmittel werden einnahmenseitig für die Jahre 2028 bis 2030 auf der Kombination Finanzstelle 220/ Fonds 851000/ Finanzposition 2.860000 Transfers von Bund / HHP 12204590/ in SAP eingestellt und in weiterer Folge in der Mifri berücksichtigt.

- 4. Die Projektabwicklung für die Erweiterung und Sanierung der Kläranlage erfolgt durch die Holding Graz-Wasserwirtschaft entsprechend dem Betriebsführungsvertrag und der Servicevereinbarung. Die finanztechnische Abwicklung erfolgt dabei über den Fremdbuchungskreis 901.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.5 Stk.26) A8-115740/2023-72

Felssicherung Schloßberg

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellt daher gemäß § 93 Abs. 1 und § 95 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 77/2024, den

ANTRAG

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die Projektgenehmigung „Felssicherung Schloßberg“ in Höhe von insgesamt € 330.000,- wird wie folgt erteilt:*

Jahr	Betrag
2024	30.000,-
2025	300.000,-
Summe	330.000,-

- 2. Der Budgetvorsorge in Höhe von insgesamt € 30.000,- für das Jahr 2024 wird zugestimmt.*

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2024 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2024	EVA 2024
210	840100	1.062000	12103430	Felssicherung Schloßberg / Im Bau befindliche technische Anlagen	D.210343	+30.000	
180	840100	2.346000		Investitionsdarlehen		+30.000	

Die Budgetmittel iHv. € 300.000,- für das Jahr 2025 werden in SAP auf folgender Budgetstrukturplan- Kombination zur Verfügung gestellt: i Fonds: 840100 / Sachkonto: 1.062000 / D.210343 / HHP 12103430 „Felssicherung Schloßberg“

Die Bedeckung von insgesamt € 330.000,- (€ 30.000,- für 2024 und € 300.000,- für 2025) erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**9.6 Stk.28) A8-40946/2008-113,
A15-20033/2011-190**

Green Tech Valley Cluster GmbH.

Originaltext des Antrages:

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichts stellen der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien sowie der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus gem. § 87 Abs. 4 und § 45 Abs. 2 Zif 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF 77/2024LGBl den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

A.) Generalversammlung

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Green Tech Valley Cluster GmbH, DI David Ram, wird ermächtigt in der ordentlichen Generalversammlung am 05.11.2024 im Sinne der Ausführungen im Motivenbericht insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

Ad 2.

Zustimmung zur Genehmigung der Tagesordnung

Ad 3.

Genehmigung des Protokolls der letzten Generalversammlung vom 21.05.2024 (vgl. Beilage)

Ad 4.

Zustimmung zum Bericht zur Strategie 2025-2030 (vgl. Beilage Strategie 25-30 - 2. Kernteammeeting)

Ad 5. Und 6.

Zustimmung zum Jahresplan 2025 (vgl. Beilage) und zum Budget (vgl. Beilage)

Ad 7.

Zustimmung zur freiwilligen Wirtschaftsprüfung per 31.12.2024 - CONFIDA Süd (vgl. Beilage Vergabe Wirtschaftsprüfung)

Ad 8.

Zustimmung zur Bestellung von Fr. Bernadette Nestl zur Prokuristin der Gesellschaft

B.) Finanzierungsvertrag

Im Sinne der 15%igen Beteiligung der Stadt Graz an der Green Tech Valley Cluster GmbH (Strategie 2020-2025) - inklusive der für die Stadt Graz Nutzen bringenden Projekte - wird ein Gesellschafterzuschuss in der Höhe von € 150.000,00 und der Abschluss eines Finanzierungsvertrages, der einen integrierenden Teil der Beschlussfassung bildet, genehmigt.

Die Auszahlung des Gesellschafterzuschusses für 2025 erfolgt, vorbehaltlich der Beschlussfassung des Voranschlags 2025, zu Lasten der Fistl 290, Fonds 789300, Finanzposition 1.781000, per 30.06.2025 auf das Konto der Green Tech Valley Cluster GmbH, IBAN AT43 1700 0001 0900 2011, Waagner-Biro-Straße 100, 8020 Graz.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Erwähnen möchte ich noch einmal, dass eben neben dem Tagesordnungspunkt 1, ist abgesetzt worden, Tagesordnungspunkt 4 und 12 und ebenso die beidem Nachtrags-Tagesordnungspunkte 20 und 21 und ich darf nun bitten, Herrn Gemeinderat Winter um Berichterstattung zum Tagesordnungspunkt 2.

9.7 Stk.2) 142692/2024/0001

Kommunales Plus; Erhöhung des Benützungsentgeltes für den Trauungssaal

(Berichterstatter: GR Mag. Winter, KFG)

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werter Stadtregerung, das vorliegende Stück behandelt die Erhöhung der Benützungsgelbühr des Benützungsentgeltes für den Trauungssaal. Es ist nahezu als Treppenwitz der Geschichte zu bezeichnen, dass ich auch gut sechs Monate nach meiner Scheidung da einen Antrag diesbezüglich einbringen darf. Dennoch, festgelegt wurde der ganze Beitrag am 30.08.2010 mit € 15,00, soll jetzt steigen auf € 25,00 pro Trauung. Argumentation: gestiegene Allgemeinkosten, gestiegene Kosten für Blumenschmuck etc. Ich bitte um breite Zustimmung.

Originaltext des Antrages:

Der Stadtsenat stellt daher gemäß § 45 Abs. 2 Z.14 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den

ANTRAG

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. das Benützungsentgelt für Trauungen im Trauungssaal im Rathaus wird ab 1.11.2024 von € 15,- auf € 25,- pro Trauung angehoben.*

2. *Die Magistratsabteilung 2 - Bürger:innenamt wird ermächtigt, diesen Betrag einzuheben.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es Wortmeldungen? Nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dafür? Gegenprobe. Ist gegen eine Stimme so angenommen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen FPÖ).

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3, bitte Herr Gemeinderat Winter.

**9.8 Stk.3) 142715/2024/0001 Kommunales Plus; Petition an die
Steiermärkische Landesregierung;
Anhebung der Gebühren für
Exklusivtrauungen**

(Berichterstatter: GR Mag. Winter, KFG)

Gemeinderat **Winter**:

Gleiches Spielchen. Wieder die Gebühren hinsichtlich Trauungen, diesbezüglich jetzt betreffend Exklusivtrauungen, also nicht im Rathaus stattfindende Trauungen.

Scheinbar auch diesbezüglich eine größere Nachfrage. Jetzt die Erhöhung von € 380,00 auf € 500,00. Wie gesagt, größere Nachfrage, noch höhere Kosten im Allgemeinbereich. Wer das wirklich in Kauf nehmen möchte, der nimmt auch die € 500,00 in Kauf, daher auch diesbezüglich breite Zustimmung bitte.

Originaltext des Antrages:

Antrag

der Gemeinderat wolle folgende Petition an die Steiermärkische Landesregierung als Verordnungsgeber richten:

§ 1 abs. 2 der Gemeinde-Kommissionsgebührenverordnung 2017 - Stmk. GKGebV - möge dahingehend geändert werden, dass die Kommissionsgebühr für die außerhalb der Amtsräume erfolgende Vornahme von Trauungen oder Begründungen eingetragener Partnerschaften von € 380,00 auf € 500,00 angehoben wird.

§ 1 Abs. 2 Stmk. GKGebV möge daher lauten: „(2) Für die außerhalb der Amtsräume erfolgende Vornahme von Trauungen oder Begründungen eingetragener Partnerschaften 500,00 Euro.“

Bürgermeisterin Kahr:

Danke vielmals, ich möchte nur erwähnen, es ist ja kein Spielchen, sondern eigentlich ein besonderer Tag im Leben von Leuten und insofern ist es kein unwichtiges Stück, finde ich, und das ist ein wichtiges Stück, finde ich, und ein sehr schönes Stück.

Gibt es dazu Wortmeldungen?

Zwischenruf:

Getrennte Abstimmung.

Bürgermeisterin Kahr:

Getrennte Abstimmung, sind zwei Tagesordnungspunkte oder was möchten Sie? Da brauche ich eine Tagesordnung, ein Stück bitte, weil ich habe das keines vor mir, und wenn da eine getrennte Abstimmung gefordert ist, muss man schauen, ob das überhaupt möglich ist. Das sehe ich eigentlich auch so, dass da ja nur ein Punkt ist.

Zwischenruf

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich würde das so vorschlagen, damit Sie hier Ihre Meinung zum Ausdruck bringen, dass Sie das einfach sagen und dass Sie gegen diesen Punkt sind. Ich glaube, das wäre einfacher, weil das formal schwer abzustimmen ist, hier in zwei Punkten.

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Also ich habe überhaupt kein Problem, dass für Exklusivtrauungen die Gebühren von € 380,00 auf € 500,00 erhöht werden, aber für mich ist es nicht verständlich, warum die Begründung einer eingetragenen Partnerschaft auch auf € 500,00 erhöht werden soll. Darum hätte ich gerne eine getrennte Abstimmung.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Aber das ist ganz klar, das geht nicht getrennt. Aber was Sie jetzt klar zum Ausdruck gebracht haben, ist, dass Sie dagegen sind.

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Ich habe das so verstanden, die Begründung eingetragener Partnerschaft ganz normal im Trauungssaal ist ja nicht zu vergleichen mit einer Exklusivtrauung, die ich irgendwo am Schloßberg haben möchte oder so. So habe ich das verstanden.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Darf ich bitten, Herr Stadtrat, wenn Sie sich zu Wort melden, bitte.

Stadtrat **Krotzer**:

Im Trauungssaal war das Stück davor, das Stück Nummer zwei, und beim Stück Nummer drei geht es eben um die Exklusivtrauung oder eben auch um exklusive Verpartnerungen, die aber dann eben an diesen speziellen Standorten stattfinden, wo dann Standesbeamte hinkommen.

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Alles klar, das habe ich falsch verstanden. Ich habe mir gedacht, Sie wollen das nur, weil es eine Begründung eingetragener Partnerschaften ist, auch anheben auf € 500,00
Ja, so ist es klar. Vielen Dank.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Fein, danke. Möchten Sie noch ein Schlusswort, Herr Gemeinderat? Fein, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dafür? Gegenprobe. Ist so angenommen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen FPÖ).

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 5, ich darf bitten, Herrn Gemeinderat Kozina-Voit um Berichterstattung.

**9.9 Stk.5) A10/5-136137/2024/003 Satzung für den gemeinnützigen
Betrieb gewerblicher Art „GrazGrün“**

(Berichterstatter: GR Mag. Dr. Kozina-Voit, Grüne)

Gemeinderat **Kozina-Voit:**

Schönen Nachmittag noch einmal. Es geht hier um die Satzung für den gemeinnützigen Betrieb gewerblicher Art „GrazGrün“. Das klingt vielleicht nicht so spannend, Satzung, aber tatsächlich ist es eine sehr kreative Lösung, gerade in Zeiten knapper Kassen.

Gleich einmal zu Beginn danke an die Abteilung für Grünraum und Gewässer, die dieses Stück auch erarbeitet hat. Worum geht es dabei? Es geht vor allem um Bäume.

Es geht auch um Blühwiesen, die sind extrem wichtig für unsere Stadt. Erstens für den Klimaschutz, wo vorher kein Baum war, da wird zusätzliches CO₂ aus der Atmosphäre gebunden, wenn man Bäume pflanzt. Zweitens natürlich für die

Klimawandelanpassung: Da geht es um Beschattung, um Verdunstung von Wasser, die kühlen die Luft. Es geht aber auch um die Speicherung und Absorption von

Regenwasser, also zur Vermeidung von Überschwemmungen bei

Starkregenereignissen. Es geht um eine höhere Aufenthaltsqualität in der Stadt. Das

Klima wird angenehmer. Man braucht nur zu vergleichen, wenn man unter einem

Baum sitzt oder unter einem Sonnenschirm. Das ist schon ein bisschen ein

Unterschied. Es ist auch gut für die Gesundheit, auch der vierte Punkt, die Luftqualität.

Die Bäume filtern die schädlichen Partikel heraus und fünftens ist natürlich auch ein

ökologischer Mehrwert damit verknüpft: Lebensraum für Vögel, Insekten, kleine

Säugetiere, also eine höhere Biodiversität.

Jetzt sieht man aber auf der anderen Seite, dass das Pflanzen von Bäumen oder das

Anlegen von entsprechenden Biodiversitätsflächen Kosten verursacht, auch die Pflege

natürlich, vor allem wenn man das in hoher Qualität machen will. Wir in Graz machen

ja das Stockholm-System, wo wir wirklich auch mehr Platz schaffen für die Bäume,

damit sie nicht gleich nach zehn Jahren wieder eingehen, sondern eben möglichst

lange leben. Da geht es dann eben auch darum, sich andere neue Finanzierungsquellen

zu suchen. Genau das passiert auch. Es gibt ja jetzt schon das Projekt der Baumpatenschaften. Ich habe auch eine solche übernommen, ich kann das nur jedem und jeder empfehlen, da im Gemeinderat auch. Das ist eine gute Möglichkeit, wie man selbst auch ein bisschen etwas beitragen kann dazu. Diese Patenschaften sollen vielleicht auch für Biodiversitätsflächen, Blühwiesen in Zukunft, möglich sein. Damit das Ganze eine rechtlich gute Basis hat, braucht es ebendiesen gemeinnützigen Betrieb, für den die Satzung hier beschlossen werden soll. Da geht es vor allem um die Spendenabsetzbarkeit, das heißt, dass diese Patenschaftsbeiträge dann auch steuerlich absetzbar sind. Es kann auch interessant sein für Förderungen und andere Einnahmequellen, wenn man hier ein entsprechendes Konstrukt hat. Das heißt, unterm Strich geben wir hier der Grünraumabteilung ein Instrument in die Hand, um eigenständig Geld für Bäume, Blühwiesen etc. aufzustellen. Ganz wichtig auch dazu zu sagen, administrativ ist es kein Zusatzaufwand. Es gibt keine eigene Rechtspersönlichkeit dafür, es ist einfach: Teil der Grünraumabteilung wird dort abgewickelt. Im Prinzip ist es eigentlich ein weiteres Konto, über das eben künftig hoffentlich auch viele zusätzliche Gelder für die Begrünung der Stadt eingenommen werden. Deshalb stelle ich namens des zuständigen Ausschusses den

Antrag,

der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 6 des Statuts einen integrierenden Bestandteil dieses Berichts bildende Satzung für den gemeinnützigen Betrieb gewerblicher Art „GrazGrün“ der Stadt Graz beschließen.

Ich bitte um Diskussion und Annahme des Antrages.

Originaltext des Antrages:

Die Vorberatung und Antragstellung an den Gemeinderat fällt gemäß § 66 Abs 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 und § 37 Abs 1 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat in die Kompetenz des Ausschusses für Verkehr, Stadt und Grünraumplanung. Dieser stellt daher den

Antrag,

der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs 6 Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 die einen integrierenden Bestandteil dieses Berichts bildende Satzung für den gemeinnützigen Betrieb gewerblicher Art „GrazGrün“ der Stadt Graz beschließen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Gibt es dazu Wortmeldungen? Bitte Frau Gemeinderätin Hopper.

Clubobfrau **Hopper**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich darf vielleicht noch ein mir am Herzen liegendes Statement dalassen zu der Debatte von vorhin. Es ist schon so, und die Frau Bürgermeisterin hat das festgehalten, dass eine Wechselrede nicht vorgesehen ist, aber es ist nur dann nicht vorgesehen, wenn sie das nicht zulassen möchte laut § 19 Abs. 3, beziehungsweise dann in Anwendung §20 Abs. 3. Ich glaube, das muss man dann schon einfach auch so benennen und sich nicht darauf berufen, dass das einfach so ist. Es ist Ihnen natürlich frei überlassen, hier eine aus meiner Sicht willkürliche Entscheidung zu treffen, hier nicht darüber reden zu lassen und nicht debattieren zu lassen, ob man das mit drauf nimmt, aber dann muss man das auch so sagen.

Zu noch etwas aus unserer Sicht etwas Willkürlichem hier in der Berichterstattung: Danke für den Überblick. Wir haben ein bisschen gestaunt, als wir dieses Stück dann auf der Tagesordnung beziehungsweise in den Ausschusstagesordnungen gesehen haben, und zwar aus mehrfacher Sicht. Wir sollen hier als Stadt Graz einen gemeinnützigen Betrieb gewerblicher Art gründen, der aus irgendeinem Grund, und das ist hier der willkürliche Teil aus unserer Sicht, nicht wie üblich und wie eigentlich Usus in der Stadt beispielsweise städtischer Baumpflegebetrieb heißt, sondern gleich einmal auch namentlich mit der Grünen Partei in Verbindung gebracht wird. Vielleicht war einfach „Judith Schwentner’s Baumpflegebetrieb“ ein bisschen zu offensichtlich, also nennen wir es doch „GrazGrün“. Aus unserer Sicht ist das aber nur einer der

problematischen Aspekte von diesem Stück hier und es wird ein bisschen offenbart, was hier das Ziel sein soll.

Was tatsächlich sehr bedenklich ist, dass aus unserer Sicht dieses Stück, wie es da jetzt vorliegt, nicht nur aus unserer Einschätzung nach ein wichtiges Ziel konterkariert, sondern auch ein Ziel konterkariert, das die Koalition sich selber eigentlich auferlegt hat, indem man nämlich die bisherigen Zuständigkeiten, wo Baumpflege etc.- und das brauche ich dir nicht sagen - bereits zur Gänze und äußerst professionell und umfangreich betrieben wird, im Bereich Grünraum, in der Holding, aber auch in der GBG. Kollege Topf wird dazu dann noch die näheren Details ausführen. Jetzt da zusätzlich noch eine vierte Einheit geschaffen werden soll, die mehrheitlich sich im Tätigkeitsprofil deckt mit dem, was bereits passiert. Anstatt dass man da eigentlich die Gegenrichtung geht und im Zuge des Prozesses rund um das Haus Graz jetzt schaut, dass man nicht so unzählig viele Stellen hat, die sich mit diesem Bereich beschäftigen, sondern das vielleicht auf eine Einheit zusammenlegt und Synergien nutzt, schafft man einen zusätzlichen Bereich. Also das ist tatsächlich für uns nicht nachvollziehbar. Mir ist sehr wohl bewusst, dass der Hauptaspekt hier diese Spendenabsetzbarkeit ist. Da ist es aus unserer Sicht auch fragwürdig, wieso man so einen Betrieb denn brauchen soll. Arbeitet denn nicht auch die GBG sehr intensiv mit dem Naturschutzbund auch zusammen, und da gibt es immer wieder Projekte und intensiven Austausch, wo diese Spendenabsetzbarkeit, wenn jemand dazu beitragen möchte, dass die Baumpflege bei uns in der Stadt Graz gut funktioniert und sein eigenes Geld dafür in die Hand nehmen möchte, tatsächlich auch in Projekte des Naturschutzbundes fließen kann, ohne dass wir hier eine doppelte und in dem Fall vierfache Zuständigkeit schaffen. Es ist tatsächlich auch einmalig, ich habe es jetzt noch nicht erlebt, vielleicht gibt es ein paar Kollegen, die so etwas schon einmal hatten. Ich freue mich über Input. Wir haben nichts gefunden, dass so ein Stück, wo es eigentlich um Steuerabsetzbarkeit geht und um die Schaffung eines eigenen Betriebes geht, nicht auf unsere Tagesordnung im Finanzausschuss aufschlägt, sondern lediglich im Fachausschuss. Jetzt weiß ich, dass es wichtig ist, darüber zu diskutieren, wie Baumschutz auch bei uns in der Stadt funktioniert. Ich glaube jedoch auch, dass, wenn man einen Betrieb gründet, dieses

Stück auf alle Fälle im Finanzausschuss auch besprochen, diskutiert und beraten hätte werden sollen.

Zusammenfassend kann man aus unserer Sicht deshalb sagen, dass hier wieder einmal für ein Prestigeprojekt der Kahr-Schwentner-Koalition Unsinn, aus unserer Sicht, produziert wird, den wir sicherlich so nicht brauchen, weil Baumschutz bereits gut passiert und die Spendenabsetzbarkeit in unzähligen Betrieben auch möglich ist. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann darf ich Herrn Gemeinderat Kozina-Voit bitten. Doch, Herr Gemeinderat Topf.

Gemeinderat **Topf**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Wir haben gestern im Ausschuss tatsächlich darüber diskutiert, ob es notwendig ist, hier einen zusätzlichen Betrieb einzuführen, einen zusätzlichen Betrieb innerhalb der Abteilung. Das ist erst gestern klar geworden, dass das innerhalb der Abteilung Grünraum passieren sollte. Wieso das, glaube ich, dringend auch im Finanzausschuss sozusagen zu diskutieren wäre, wie schaut das jetzt wirklich mit der steuerlichen Absetzbarkeit aus? Ist es tatsächlich gegeben? Wie schaut es auch aus, sind dann dafür Steuern abzuliefern, wie auch immer? Also die finanztechnische Komponente wäre, glaube ich, schon notwendig gewesen, dass man dieses Stück auch im Finanzausschuss zu diskutieren hätte. Die Vierfachbetreuung von Bäumen, wenn ich das unter Anführungszeichen sagen darf, hat die Frau Kollegin Hopper schon bereits genannt. Also ob man da jetzt einen zusätzlichen Betrieb hier installieren muss, also es wird dann vielleicht in der einen oder anderen Abteilung auch ein Betrieb gewerblicher Art zu installieren sein,

damit man, was weiß ich, die Spende für einen Kinderbetreuungsplatz auch absetzen kann. Also das ist für mich nicht ganz nachvollziehbar.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Dann darf ich Herrn Kozina-Voit ums Schlusswort bitten.

Gemeinderat **Kozina-Voit**:

Danke für die Wortmeldungen. Über Namen, glaube ich, werden wir nicht diskutieren, das sagt viel über die ÖVP, wenn das jetzt wirklich ein Problem ist, ansonsten habe ich das Gefühl, es ist nicht angekommen, um was es hier geht. Also wenn da jetzt von mehrfachen Zuständigkeiten und sonstigen Dingen gesprochen wird, die Zuständigkeiten bleiben genau gleich. Es gibt da drei Player, die damit drinnen sind und was da zusätzlich jetzt dazu kommt, ist ein Konto. Auf dieses Konto kommt jetzt mehr Geld hoffentlich, als wir bisher zur Verfügung gehabt haben für Bäume und das wird dann wieder verteilt an diese Abteilungen, an diese Einheiten der Stadt, die dafür auch zuständig sind. Das heißt, es entsteht da kein Zusatzaufwand. Es ist gestern auch im Ausschuss eben diese Diskussion gewesen mit den steuerlichen Fragen. Auch da hat der Herr Wiener uns aufgeklärt, dass das alles soweit abgeklärt ist. Sonst wäre dieses Stück ja auch nicht hier heute. Also unterm Strich, ist es einfach ein gutes Projekt, wo man mehr Geld für die Bäume bekommt, hoffentlich viel mehr Patenschaften auch aufbaut und dann am Ende des Tages so auch das Ganze beschleunigt, dass wir in Graz mehr Grün tatsächlich haben.

Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zur Abstimmung. Ich darf bitten, wer für dieses Stück ist, um ein Zeichen mit der Hand. Handhebung ist wichtig, damit der Herr.... Bitte. Gegenprobe. Das Stück ist somit angenommen, hat eine Mehrheit gefunden.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ).

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt 6. Ich darf bitten, Herrn Gemeinderat Lenartitsch, um Berichterstattung.

9.10 Stk.6) A14-047819/2016/0017

13.02.2 Bebauungsplan „Wiener Straße Einkaufszentrum Kovac“, 2. Änderung

(Berichterstatter: GR Lenartitsch, SPÖ)

Gemeinderat **Lenartitsch**:

Werte Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat, liebe Zuseher:innen hier und an den Bildschirmen. Es kommt der erste Bebauungsplan unserer Tagesordnung heute zur Diskussion beziehungsweise auch zur Beschlussfassung. Es geht um einen Bebauungsplan, den 13.02.2, der befindet sich in der Wiener Straße im Einkaufszentrum Kovac. Es ist die zweite Änderung in Gösting oben.

Worum geht es hier? Hier gab es zwei Bebauungspläne, die jetzt dann mit zusammengefasst sind, nämlich einen von 1997 und einen von 2009. Da die beiden oder die Eigentumsverhältnisse hier dieselben sind, wurde es aufgrund, weil es auch ein gemeinsames Einkaufszentrum ist, hier in einem Bebauungsplan zusammengefasst. Der Flächenwidmungsplan weist aus, dass es ein Kerngebiet ist und eine Bebauungsdichte von 0,6 bzw. bis zu 1,2 hat und im Einkaufszentrum von 0,5 bis 1,0.

Für die Änderung des Bebauungsplanes sind Planungen, Studien und Stellungnahmen herangezogen worden, nämlich unter anderem ein Gestaltungskonzept für das Gebäude B, die Bushaltestelle beim Center Nord, Verkehrsuntersuchungen im Shopping Nord, erweiterte Verkehrsuntersuchungen, Bebauungs- und Erweiterungsstudien sowie der Vertragsentwurf für die Entrichtung und Enthaltung der Finanzierung des Projektes. Für diesen Bebauungsplan, der auch rechtmäßig aufgelegt ist und auch vorgestellt wurde, gab es insgesamt neun Einwendungen, zwei Stellungnahmen und eine Nullmeldung. Bei den Einwendungen, die hauptsächlich privat oder zumindest von Bürger:innen gekommen sind, so muss man sagen, betreffen das Parkhaus, das hier vorgesehen ist, beziehungsweise eingezeichnet ist. Hier geht es aber darum, dass die Befürchtungen in diese Richtung gegangen sind, dass man auch auf dem obersten Deck parken kann, das ist hier ausgeschlossen. Es ist auch bekrittelt worden oder eingewendet worden, dass die Gastro, um die es sich hier handelt, die vielleicht vergrößert werden sollte, dass es hier Geruchsbelästigungen gibt. Dazu muss man aber sagen, dass diese Geruchsbelästigungen leider nicht im Bebauungsplan oder in der Erstellung des Bebauungsplanes hier berücksichtigt werden können. Das geht dann im Bauverfahren beziehungsweise dann mit der Abnahme und der Kontrolle, wie diese einzelnen Gastrobetriebe ihre Anlagen in Schuss halten. Einwendungen gab es auch zum Thema Radwege. Es gibt Rad- und Gehwege in diesem Bebauungsplan, die sind allerdings nicht im öffentlichen Gut der Stadt Graz, sondern die hat der Shopping-Center-Besitzer selbst errichtet. Die bleiben natürlich und sind auch teilweise Geh- und Radwegkombinierte oder auch separierte. Mit den Parkplätzen ist es dort oben so, dass maximal 1.300 Parkplätze sein dürfen. Hier ist das langfristige Ziel, die parkenden PKWs entweder in Hoch- oder in Tiefgaragen unterzubringen. Bei diesem Bebauungsplan muss man auch sagen, dass eine Einwendung etwas zu spät nach Fristablauf eingelangt oder eingegangen ist. Aber auch die Behörde diese mitbeantwortet hat, weil es hier um den Besitzer selbst geht oder um diese Gesellschaft. Was ich sehr schade finde, weil gerade mit Fristenlauf, wenn man bedenkt, dass man ja eine 18-monatige Befristung hat, um einen Bebauungsplan zu erstellen und sich da nicht an Fristen hält, ist mir ja fast ein bisschen schleierhaft.

Aber was hat sich zum Beispiel geändert in der Verordnung? Dass zum Beispiel im Baufeld 1 keine Wohnungsnutzung, die ja beantragt wurde, entlang der Wiener Straße geben darf, beziehungsweise in einer Tiefe von 65 Metern. Das heißt im hinteren Bereich ist es sehr wohl möglich, wobei das wahrscheinlich nicht lukrativ ist, aber es ist sonst ausgeschlossen. Man kann am Parkdeck, man kann auch, was vielleicht auch immer ein bisschen schlecht kommuniziert wird, das obere Shopping-Center entwickeln. Wenn man dort etwas draufstellt, darf man das allerdings nicht ganzflächig verbauen, sondern ein Drittel kann bebaut werden, ein Drittel soll begrünt werden und ein Drittel bleibt dann noch für Parkplätze über.

Um Missverständnisse vorzubeugen, ist auch der § 7 Abs. 2 adaptiert worden, wo drinnen steht, dass nur bei Zubauten, mindestens 15 % der dazugekommenen Fassadenfläche, die zur Wiener Straße orientiert sind, Gebäudefronten transparent verglast werden, das heißt durchsichtige Öffnungen aufweisen. Wir haben den Verweis der Parkplätze, aufgrund des § 69 des Steiermärkischen Baugesetzes. Bei der Inkrafttretung ist natürlich klar, wenn dieser Bebauungsplan gültig ist, dass die beiden vorangegangenen Bebauungspläne hier ihre Gültigkeit verlieren. Gestern im Ausschuss ist es auch ein bisschen diskutiert worden. Es war gestern nicht ganz einstimmig. Vielleicht hat die Nacht etwas gebracht, glaube ich zwar nicht, aber ich bitte Sie daher, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, diesen Antrag beziehungsweise diesen Bebauungsplan zu beschließen, und zwar mit folgenden Worten:

Wir stellen hiermit den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen: Erstens den 13.02.2 Bebauungsplan „Wiener Straße Einkaufszentrum Kovac“, 2. Änderung. Bestehend aus dem Wortlaut der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht und zweitens die Einwendungserledigungen eben zu beschließen.

Ich hoffe auf Ihre Zustimmung. Danke.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung

stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 13.02.2 Bebauungsplan „Wiener Straße Einkaufszentrum Kovac“ 2. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Gibt es Wortmeldungen? Bitte Herr Gemeinderat Topf.

Gemeinderat **Topf:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Zuhörerinnen und Zuhörer im Gemeinderat und bei Livestream. Ja, wir haben gestern über diesen Bebauungsplan tatsächlich diskutiert und wir haben die Situation dahingehend, dass es aufgrund der Eigentumsverhältnisse, das haben wir erst gestern so richtig erfahren, es tatsächlich schwierig ist, hier den Wünschen der einzelnen Eigentümer, das muss man bewusst so nennen, es ist nicht das gesamte Einkaufszentrum, das dort sozusagen jetzt durch den Bebauungsplan, durch einen einheitlichen Bebauungsplan, umfasst ist, sondern es gibt mehrere Eigentümer dort, deshalb ist es schwierig, dem Wunsch eines Eigentümers, nämlich der Nordseite, wenn ich das so sagen darf, dem Antrag zu folgen, hier die Bebauungsdichte zu erhöhen. Das heißt, wir haben gestern wirklich eingehend diskutiert, und es ist für uns nicht nachvollziehbar, wieso man jetzt über das gesamte Bebauungsplangebiet, wie gesagt, zwei Bebauungspläne wurden zusammengefasst, nicht sozusagen einen Austausch, unter Anführungszeichen, der Dichten erstellen kann. Denn es geht ja darum, dass wir nicht unbedingt mehr

versiegeln wollen, dort. Es könnte ja im Süden durchaus noch einiges errichtet werden, weil im südlichen Bereich, im ursprünglichen getrennten Bebauungsplan, eine Dichteausnutzung noch möglich wäre. Der Eigentümer der Nordseite wünscht sich, darf ich das so sagen, eine Erhöhung der Bebauungsdichte im Norden, allenfalls ein zusätzliches Geschoss. Wir haben schon gehört, was ausgeschlossen ist, aber es wäre durchaus möglich, hier ein Ärztezentrum, Büroräumlichkeiten oder wie auch immer hier zu errichten.

Und der zweite Punkt, der gestern auch von meiner Seite etwas andiskutiert wurde, wieso die Wohnnutzung hier nicht stattfinden kann aufgrund der Lärmbelästigung. Dann habe ich schon etwas sarkastisch angeführt: Also ich kann mir nicht vorstellen, dass am Gürtel, wenn Sie denken, Eggenberger Gürtel, Lazarettgürtel, sind überall Wohnnutzungen unmittelbar an der Straße, wieso das hier oben nicht funktionieren könnte, aber gut, es ist so festgelegt.

Wir werden diesem Bebauungsplan in der Form nicht zustimmen, denn es ist eigentlich nicht richtig, was gesagt wurde, dass es ein Eigentümer ist. Das ist das große Problem. Der Herr Abteilungsleiter hat uns das gestern noch einmal klar gesagt, es sind also mehrere Eigentümer. Die Verschiebung der Dichten, die anzustreben wären, ist nicht so einfach, aber offensichtlich gibt es nachfolgende Gespräche und ich hoffe, dass man dort eine Lösung findet, dass man nicht zusätzlich im Süden, im Bebauungsplangebiet, in dem getrennten Bebauungsplangebiet, das ursprünglich vorhanden war, jetzt noch mehr versiegelt, sondern dass man tatsächlich den Bereich Norden, den nördlichen Bereich nochmals verdichtet unter Umständen mit einem Geschoss und da die Bebauungsdichte erhöht. Natürlich in der Summe darf die Bebauungsdichte im gesamten Bereich nicht überschritten werden.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wen das nicht der Fall ist, dann darf ich Herrn Gemeinderat Lenartitsch um das Schlusswort bitten.

Gemeinderat **Lenartitsch**:

Danke schön. Noch einmal ganz kurz zur gestrigen Diskussion: Versiegelung sehe ich so, dass der Boden dort eh schon versiegelt ist. Entweder ist ein Haus drauf oder es ist komplett asphaltiert. Die Dichte könnte man erhöhen, da gebe ich dir Recht, aber versiegelt ist eigentlich schon alles dort.

Was die Wünsche betrifft, ist mir auch klar, dass ein Grundstücksbesitzer gerne Wünsche äußert. Sofern es sich in unserem Flächenwidmungsplan oder in unseren anderen Richtlinien der Stadt Graz so quasi abbilden lässt, wird es wahrscheinlich auch gewährt werden. Aber es geht leider nicht immer alles.

Das Spannende, vielleicht auch, Georg, ist, dass auch andere Bebauungspläne, die wir in unserem Ausschuss behandeln, immer mehrere Eigentümer treffen. Das heißt, auch dort gibt es einen, der sagt, ich würde gerne etwas entwickeln, und es betrifft dann eigentlich alle, die hier in diesem Planungsgebiet drinnen sind, in diesem Bebauungsplan, und somit lässt sich das halt nicht immer erledigen, dass man sagt, ich will jetzt dann ausgeschlossen sein und bitte erst ein Stück später.

Bezüglich der Wohnungen ist gestern auch intensiv diskutiert worden, wo ausgeführt wurde: Es gibt dort keine Infrastruktur. Es gibt dort keine Schulen in der Nähe, keine Kindergärten, und es gibt auch keinen Grünraum in dieser Gegend, wenn ich dort wohne und sollte es, und es ist ja auch möglich, in einem bestimmten Bereich dort Wohnraum zu schaffen. Sollte es dort Wohnraum geben, dann würde ich dich vielleicht bitten, gönne dir dort eine Wohnung für ein bis zwei Jahre, um dort einfach das zu erleben, was dann andere dort vielleicht leben oder vielleicht erleben müssen, indem sie dort wohnen dürfen. Deshalb vielleicht geht es doch durch und wir können mit einer breiten Mehrheit zumindest rechnen. Vielleicht geht es den einen oder anderen bei euch, der uns zustimmt. Ich würde mich darüber freuen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Das ist eindeutig angenommen, mehrheitlich.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ).

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich darf bitten Herrn Gemeinderat Piffli-Percevic, um Berichterstattung, Bebauungsplan „Waldweg“, 2. Änderung.

9.11 Stk.7) A14-048437/2017/0046 13.03.2 Bebauungsplan „Waldweg“, 2. Änderung

(Berichterstatter: GR Dr. Piffli-Percevic, ÖVP)

Gemeinderat **Piffli-Percevic:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat, verehrte alle. Ich darf euch einladen, weiterhin im Bereich der Sichtweite der Ruine Gösting zu bleiben. Wir waren jetzt schon sehr nahe dran mit dem Shopping Nord und es ist möglich, sogar noch wesentlich weiter in den Norden zu gehen, in den nördlichsten Teil unserer Stadt. Es ist für die, die aus Straßengel, Gratwein einpendeln, so quasi auch eine Art Stadttor, obwohl man dort eine dörfliche Struktur hat. Auch hier ist es notwendig, für die Siedlungsentwicklung, für eine geordnete, zum Instrument des Bebauungsplanes zu greifen, den es dort in dem Fall in einem Teil von Raach, wie gesagt, das ist der unmittelbare, von der Straße herkommend, von Straßengel einsehbare Teil. Dort gab es schon für ein 1 Hektar großes Gebiet einen Bebauungsplan und wir kommen jetzt schon zur zweiten Änderung, aus einem sehr wichtigen und nachvollziehbaren Grund. Es gibt dort eine beachtliche, wörtlich massive, Hangwasserproblematik von einer Quelle, die fast niemand mehr kannte. Also die auch in den Katastern, glaube ich, de facto nur noch historisch feststellbar war, die aber zu massiven Problemen nun mehr, ich brauche nicht weitere auszuführen, geführt hat, oder zu führen droht. Hier hat man von dieser 1 Hektar großen Fläche gleich einmal vier Parzellen aus der Bebauung, die

bisher möglich gewesen wäre, herausgenommen, zu einem siedlungsöffentlichen Freiraum gemacht, also auch Erholungszwecken dienend, öffentlich, und hat statt vielen Einfamilienhäusern dort vier Geschossbauten platzieren können im verbleibenden Gebiet. Da gab es, um das auch abkürzen zu können, bei der Informationsveranstaltung beziehungsweise danach massive Einwendungen für einen Punkt. Ich kann gleich sagen, denen ist Rechnung getragen worden und dieser Punkt ist, wie oft auch wichtig, auch hier, die Zufahrt gewesen.

Geplant war die Zufahrt über, so heißt auch der Bebauungsplan, Waldweg und da waren Vorschläge, und es ist geglückt, auch eine zweite Zufahrt vom Raachweg her zu nehmen und hier auch mit den Parkplatzsegmentierungen, also auch eine geschickte Funktionalität zu schaffen.

Wir können daher, und ich möchte mich auch bedanken, dass bei der Informationsveranstaltung in der Folge auch von den örtlichen Stakeholdern vom Wasserbereich und so, sehr konstruktiv mit der Behörde zusammengearbeitet wurde. Ich darf Ihnen aus voller Überzeugung hier die Beschlussfassung empfehlen. Danke.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung

stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. den 13.03.2 Bebauungsplan „Waldweg“ 2. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
- 2. die Einwendungserledigungen.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung, wer ist dafür? Gegenprobe, das ist eindeutig angenommen, gegen die Stimmen von KFG und Herrn Gemeinderat Wagner.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG, FPÖ).

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 8. Ich darf bitten, Herrn Gemeinderat Sikora um Berichterstattung und Bebauungsplan „Trattenweg Südseite“.

9.12 Stk.8) A14-076256/2023/0018 06.33.0 Bebauungsplan „Trattenweg Südseite“

(Berichterstatter: GR Sikora, KPÖ)

Gemeinderat **Sikora**:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates, werte Stadtregierung. Ich darf den Bebauungsplan Trattenweg, und zwar die Südseite, vorstellen. Das ist jetzt weiter südlich, als was der Kollege vorher geschildert hat, und zwar geht es hier um einen Bebauungsplan im ehemaligen Bereich der Kirchnerkaserne.

Die Ausgangslage: Auf dem Grundstück sollen Wohnbauten errichtet werden. Seitens der Stadtplanung wurde ein Bebauungsplanentwurf ausgearbeitet. Das Planungsgebiet weist gesamt eine Größe von ca. 5544 m² auf, das ist ganz ein erfreulicher Bebauungsplan übrigens, weil es hier auch kommunalen Wohnbau geben wird, also doppelt erfreulich, dass man diesen Bericht vorstellen darf.

Für diese Liegenschaft wurde ein geladener, einstufiger Realisierungswettbewerb durchgeführt, um ein möglichst qualitätsvolles Projekt als Grundlage zur Entwicklung

dieses Bereiches zu erhalten. Gemäß 4.0 Flächenwidmungsplan ist der Bereich als allgemeines Wohngebiet, teilweise Sanierungsgebiet Lärm mit einer Bebauungsdichte von 0,6 bis 1,4 definiert. Gemäß Deckplan ist zur Sicherstellung einer geordneten Siedlungsentwicklung im gegenständlichen Bereich ist die Erstellung eines Bebauungsplanes erforderlich.

Ganz kurz vielleicht zum Zeitpunkt des Ansuchens: Es liegen folgende Vorplanungen vor, und zwar der städtebauliche Rahmenplan Kirchnerkaserne Graz, dann zweitens der städtebauliche Rahmenplan Kirchnerkaserne Graz, und zwar vertiefend Grünraum, und weiterer Punkt, überarbeiteter Wettbewerbprojekt von einem Architekturbüro und viertens das Verkehrskonzept zur Verkehrsplanung. Das vielleicht auch ganz kurz. Im Zuge eines Wettbewerbs wurde ein Gestaltungskonzept für das gegenständliche Planungsgebiet juriiert. Es werden zwei Baukörper entstehen, die durch einen Sockelbau verbunden sind. Im Sockel ist überwiegend ein Lebensmittelmarkt vorgesehen, im westlichen Bereich zusätzlich Fahrradabstellplätze beziehungsweise ein Gemeinschaftsraum.

Ganz kurz zum Verfahren: Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung wurde in der Sitzung am 15. Mai 2024 über den Inhalt und die beabsichtigte Auflage des 06.33.0 Bebauungsplans informiert. Die Kundmachung der Auflage des Bebauungsplans erfolgte mit Erscheinungsdatum 29. Mai 2024. Die grundbürgerlichen Eigentümer:innen der im Planungsgebiet liegenden Grundstücke werden angehört und der Bebauungsplan wird über acht Wochen, von 30. Mai 2024 bis zum 1. August 2024, zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt. Einwendungen: während der Auflagefrist vom 30. Mai 2024 bis 1. August 2024 langten zehn Einwendungen, zwei Stellungnahmen und eine Nullmeldung im Stadtplanungsamt ein, welche alle positiv erledigt wurden. Jetzt komme ich dann schon zum Antragstext, und zwar, der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung hat dieses Stück gestern intensivst diskutiert und für positiv empfunden. Deshalb stellt er gemäß § 63 den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen: Erstens den 06.33.0 Bebauungsplan „Trattenweg Südseite“, bestehend aus dem Wortlaut der zeichnerischen Darstellung samt

Planzeichenerklärung und einem Erläuterungsbericht, und zweitens die Einwendungserledigungen. Ich bitte um Annahme. Danke.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß 8 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. den 06.33.0 Bebauungsplan „Trattenweg Südseite“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
- 2. die Einwendungserledigungen.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dafür? Gegenprobe, gegen die Stimmen von Herrn Gemeinderat Winter und Herrn Gemeinderat Wagner.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG, FPÖ).

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 9. Klubobmann Karl Dreisiebner bitte, Bebauungsplan „Keplerstraße - Gabelsbergerstraße - Kleiststraße“.

9.13 Stk.9) A14-087814/2023/0016

04.44.0 Bebauungsplan „Keplerstraße -
Gabelsbergerstraße - Kleiststraße“

(Berichterstatter: KO GR Dreisiebner, Grüne)

Klubobmann **Dreisiebner:**

Ja, und weiter geht es vom Jakomini in den Lend. Bebauungsplan 04.44.0 „Keplerstraße - Gabelsbergerstraße - Kleiststraße“. Hier wurde im November 2021 seitens einer Eigentümer:innenschaft einer Liegenschaft um Erstellung eines Bebauungsplanes angesucht. Das gesamte Planungsgebiet in diesem Gefiert, wenn man das so sagen will, auf der Westseite, ja begrenzt durch den Mühlgang, beträgt 11.400 und ein paar Quadratmeter. Die Widmung ist da laut Flächenwidmungsplan in der Keplerstraße allgemeines Wohngebiet mit Nutzungsüberlagerung Kerngebiet mit einer Dichte von 0,8 bis 2,5 in der Kleist- und in der Gabelsbergerstraße, allgemeines Wohngebiet mit einem Bebauungsdichtewert von 0,6 bis 1,4.

Das ist ein sehr differenziertes Gebiet, das auch entsprechende Eignungsflächen für Sport, Ökologie und Freizeit vorhat, beziehungsweise private Parkrandlage beinhaltet. Ansonsten eben, wie gesagt, Blockrand bebaut. Das wurde auch in Vorstudien entsprechend bearbeitet und bewertet. Im Verfahren selbst wurde eine öffentliche Auflage über neun Wochen, von 4. April 2024 bis zum 6. Juni 2024, durchgeführt. Es wurde danach auch noch eine Anhörung von Grundstückseigentümer:innen durchgeführt. Eine öffentliche Informationsveranstaltung im Rahmen der Auflagezeit fand am 7. Mai 2024 im Trauungssaal statt. Es gab zwei Stellungnahmen, die bitte inhaltlich nachzulesen sind. Teilweise argumentieren diese in Richtung genauere Formulierungen, denen nachgegangen worden ist, und es gab zwei Einwendungen, insbesondere eine, einer Bürgerin, eines Bürgers, die sich um den Kaltluftstrom zwischen dem Klostergarten und dem Volksgarten besorgt gezeigt hat und den Abschluss der Blockrandbebauung in der Keplerstraße bei der Hausnummer 58 geändert sehen wollte. Diese Einwendung wurde ebenso behandelt wie die

Einwendung der Steiermärkischen Landesregierung, Referatsabteilung 13 Bau- und Raumordnung.

Gegenüber dem Auflageentwurf wurden, wie gesagt, einige Konkretisierungen, redaktionelle Änderungen und so weiter durchgeführt. Der Ausschuss für Stadt, Verkehr- und Grünraumplanung hat gestern darüber beraten und hat einen Beschluss dazu durchgeführt. In diesem Sinne ersuche ich, den Bebauungsplan 04.44.0, der aus dem Verordnungswortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt der Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht besteht, dementsprechend hier zu beschließen. Ich ersuche um Annahme.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. den 04.44.0 Bebauungsplan „Keplerstraße - Gabelsbergerstraße - Kleiststraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
- 2. die Einwendungserledigungen*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals. Wortmeldungen? Ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Bebauungsplan? Gegenprobe. Der ist so einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 10. Ich darf bitten, Herrn Gemeinderat Lenartitsch gleich auch den Punkt 11, beide Stücke gleich, genau, jetzt sind wir einmal beim Bebauungsplan Hohenstaufengasse Süd - Lazarettgürtel.

9.14 Stk.10) A14-098878/2019/0055

**05.38.0 Bebauungsplan
„Hohenstaufengasse Süd –
Lazarettgürtel“**

(Berichterstatter: GR Lenartitsch, SPÖ)

Gemeinderat **Lenartitsch:**

Danke Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Gemeinderatsmitglieder, liebe Zuseher:innen. Der nächste Bebauungsplan, den wir hier zu behandeln haben, ist der 05.38.0. Es geht um den Teil Hohenstaufengasse Süd, Lazarettgürtel im Bezirk Gries. Der Antragsteller hat sein Begehren schon im Jänner 2018 bekundet und möchte so quasi etwas verändern auf seinem Grundstück. Das Bebauungsplangebiet ist größer, hätte ich fast einmal gesagt, es sind fast 48.000 m². Die Zielsetzung ist aber aufgrund des Entwicklungsplans, des 4.0 Stadtentwicklungskonzeptes für den gegenständlichen Bereich. Der nördliche Teil des Planungsgebietes entlang der Hohenstaufengasse befindet sich im Funktionsbereich Wohnen mittlerer Dichte und der östliche Teil des Planungsgebietes entlang des Lazarettgürtels befindet sich im Gewerbe- und Mischbetrieb mit zwei Funktionen: Industriegewerbe und Wohnen hoher Dichte. Es gab bei diesem Bebauungsplan, der natürlich auch fristgerecht dem Planungsausschuss vorgelegt wurde und auch in der Zeit vom 23. Dezember bis einschließlich 8. März zehn Wochen zur Auflage einsichtig war, muss man dazusagen, dass während dieser Auflagefrist sehr, sehr viele Parteien dort im Planungsamt vorstellig waren, um Auskünfte beziehungsweise Beratungen in Anspruch zu nehmen. Die öffentliche Informationsveranstaltung ist am 30. Jänner 2024 im JUFA über die Bühne gegangen.

Einwendungen gab es einige, nämlich 43 Einwendungen, zwei Stellungnahmen und eine Nullmeldung.

Wenn man sich das Planungsgebiet anschaut, ist es ein bisschen eingeeengt, eben auf der östlichen Seite den Lazarettgürtel, auf der nördlichen Seite die Hohenstaufengasse und so quasi vom Osten her geht eben die Südbahn vorbei. Aus diesem Grund hat man sich dazu entschlossen, im vorderen Bereich, nämlich am Lazarettgürtel, hier eine höhere Bebauung zuzulassen, um den Lärm einfach nach den dahinterliegenden Einfamilienhäusern und kleinstrukturierten Wohngebieten einfach zu schützen.

Das, was ich dort sehr spannend finde und auch sehr gut ist, dass hier Wohnen im Erdgeschoß nur teilweise ausgeschlossen ist, sprich nach vorne zum Lazarettgürtel, nach hinten, nach Westen, wo es dann etwas ruhiger ist, wäre es hier möglich.

Es ist auch in diesem Bebauungsplan einiges berücksichtigt worden, nämlich die im Bebauungsplan befindlichen Einfamilienhäuser entlang der Hohenstaufengasse. Die hatten den berechtigten Einwand, sich mit ihren Gebäuden nicht mehr verändern zu können. Das geht aber, sprich Sanieren, ja, innen- und außen thermisch Sanieren, das geht ja immer, und auch im Bereich der Baugrenzlinien dürfen sie ihre Gebäude auch entsprechend verändern. Gestern im Ausschuss ist allerdings ein bisschen bekrittelt worden, dass hinten in der Wiesengasse es vielleicht noch zu hoch gebaut ist, wobei man sagen muss, die Dichte des Bebauungsplangebietes ist halt einfach dementsprechend, um nämlich in der Mitte einen entsprechenden Grüngürtel sozusagen zu haben, eine freie Wiese oder einen Park oder Spielmöglichkeiten. Es geht sich leider nicht anders aus, dass man links und rechts aufgrund dieser Grundstücke baut. Ich denke er wird auch hier noch diskutiert, deshalb halte ich mich kurz, würde aber Sie gerne bitten, dass ich den

Antrag

stellen darf, dass der Gemeinderat beschließen möge: Erstens den 05.38.0 Bebauungsplan „Hohenstaufengasse Süd, Lazarettgürtel“, bestehend aus dem Wortlaut der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und zweitens die Einwendungserledigungen zu beschließen. Vielen herzlichen Dank.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. den 05.38.0 Bebauungsplan „Hohenstaufengasse Süd - Lazarettgürtel“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
- 2. die Einwendungserledigungen*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wortmeldungen bitte. Her Gemeinderat Topf.

Gemeinderat **Topf**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung. Heute darf ich ein paar Mal zu Bebauungsplanstellung nehmen. Dieser Bebauungsplan ist erstellt worden und das ist vollkommen richtig auch referiert worden, weil im nordöstlichen Teil, also im Kreuzungsbereich Hohenstaufengasse, Lazarettgürtel, tatsächlich dort baufällige Häuser vorhanden sind. Es gibt auch das kleine Schlössl dort, das ist jetzt auch hier miterfasst. Was uns jetzt stört, bei diesem Bebauungsplan ist, dass der gesamte Bereich Hohenstaufengasse und der gesamte Bereich des Lazarettgürtels hier erfasst wurde. Es ist schon so, dass in der Hohenstaufengasse die Einwendungen deshalb so massiv waren, weil natürlich die Baufluchtlinie zur Hohenstaufengasse und die Baugrenzlinie sozusagen im rückwärtigen Teil der Gebäude doch einige Einschränkungen bietet, hier den Bestand zu erweitern. Das ist etwas, was eigentlich wirklich zu bekritteln wäre, wo man wirklich die Einwendungen versteht, dass man am

Bestand jetzt nur mehr innerhalb der Baufluchtlinie und der Baugrenzlinie, die zum Teil die Gebäude durchschneiden. Das muss man einmal im Bebauungsplan klar feststellen, dass das aus unserer Sicht wirklich nicht zielführend ist, insbesondere weil gerade dort der Bestand, der Häuserbestand, der Bestand der Gebäude durchaus noch in Ordnung ist. Ich sage das bewusst hier dazu.

Jetzt gehen wir zur Lazareggasse. Vollkommen richtig erwähnt, dass die Wohnsituation am Lazarettgürtel direkt natürlich kritisch ist und deshalb auch ausgeschlossen wird, also nur auf der Rückseite, wenn ich das so sagen darf, das Wohnen erlaubt ist. Wo ich einen größeren Einwand vorbringen möchte, ist tatsächlich, dass in der Wiesengasse, auf der Ostseite der Wiesengasse, bis zu vier Geschossen eine Bebauung möglicherweise auch durchgehend, es ist also nicht festgelegt, ob geschlossen gekuppelt oder offen gebaut werden kann. Hier sehen wir die größten Probleme. Wenn hier tatsächlich es möglich ist, aufgrund von Grundstücksverkäufen, das ist ja nicht auszuschließen. Ich kenne das von meiner Gegend, wo auf einmal dann in den Postkästen die Immobilienmakler sich mit durchaus guten Angeboten einstellen, wenn ich das so sagen darf. Also diese Verbauung oder diese drohende Verbauung in der Wiesengasse Ost sehen wir ausgesprochen kritisch, insbesondere viergeschossig. Wenn man auf die Westseite der Wiesengasse schaut, haben wir dort ein bis zwei Geschosse, also wirklich eine kleinteilige Verbauung. Wenn das auf der Ostseite so geschehen könnte, wie es hier angeführt ist, sehen wir die größten Probleme, insbesondere deshalb, weil bei zukünftigen Neubauten, auch die KPÖ in ihrer Aussendung schreibt, dass kleinteilige, auf den Bestand abgestimmte Neubauten durchaus anzustreben sind. Das ist also in der Wiesengasse auf keinen Fall sozusagen hier gesichert. Deshalb sind wir gegen diesen Bebauungsplan in dieser Form. Die Einwendungen wurden ja referiert.

Was noch interessant ist, sind die Baumbestände in der Wiesengasse. Diese befinden sich alle auf Privatgrund. Wie in irgendeiner Form hier die Bäume zu errichten wären, müssten alle ihre Grundstücke verkaufen, zur Verfügung stellen wir auch immer, also das ist etwas sehr nett dargestellt, aber völlig von einer Umsetzung derzeit ausgeschlossen aus meiner Sicht. Ich denke schon, dass das Bauen im Bestand,

insbesondere in der Hohenstaufengasse, auch möglich sein sollte und nicht durch Baugrenzenlinien oder Baufluchtlinien zum Teil sehr massiv eingeschränkt wird. Deshalb können wir diesem Bebauungsplan nicht zustimmen, aber insbesondere aufgrund der möglichen Bebauung in der Wiesengasse Ost.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es Wortmeldungen dazu? Bitte Frau Stadträtin.

Stadträtin **Schönbacher**:

Vielen Dank. Wir sehen das gleich wie der Kollege Gemeinderat Topf. Wir stimmen diesem Stück nicht zu, weil es jetzt genau in dieser Gegend schon sehr problematisch ist, einen Parkplatz zu bekommen, allein nur wenn die Kirchengänger dort parken, alles verparken. Die Straßen sind sehr schmal, die Menschen kommen nicht mit ihren Fahrzeugen von der Wiesengasse in die Hohenstaufengasse, weil da ein sehr hohes Verkehrsaufkommen ist. Uns fehlt dazu auch ein Verkehrskonzept. Wie soll das zukünftig funktionieren? Die Hohenstaufengasse wäre ideal dafür geeignet, eigentlich auch eine direkte Anbindung für Reininghaus zu sein. Das ist nicht der Fall, weil man vorne nicht links abbiegen kann. Zusätzlich, wenn dort sehr viele Menschen mehr wohnen werden, soll eine Parkgarage gebaut werden oder es können mehrere Parkgaragen gebaut werden. Ob die dann zusammenhängend sind, nur eine Einfahrt oder mehrere Einfahrten haben, ist bis jetzt noch nicht geklärt. Die Wiesengasse ist so schmal, dass auf einer Seite der Parkplatz so eng ist, dass der Gehsteig so eng ist, dass man gar nicht richtig darauf gehen kann. Das heißt, wir sehen diesen Bebauungsplan sehr kritisch, genauso wie die Nachbarschaft dort, und deshalb werden wir diesem Bebauungsplan nicht zustimmen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, möchte der Antragsteller ein Schlusswort? Bitte.

Gemeinderat **Lenartitsch**:

Herzlichen Dank für die Diskussion. Man muss sich auch ein bisschen vor Augen halten, dass sich dieses Gebiet sehr entwickelt. Wir haben auch hier im Gemeinderat beschlossen, dass eine Straßenbahnlinie dort beim benachbarten Einkaufszentrum vorbeifahren soll. Dadurch erschließt sich auch, dass dort, natürlich je näher das öffentliche Verkehrsmittel erreichbar ist, auch Wohnen attraktiver ist.

Was ich vielleicht vorher vergessen habe anzuführen, ist, dass entlang des Lazareggürtels es gelungen ist, eine Bundesstraße, die Zu- und Abfahrt über den Lazarettgürtel und nicht über die dahintergelegenen oder seitlichen oder die hinten angeführten Gassen zu ermöglichen, sondern vorne über den Lazareggürtel.

Die Baumbestände, ja, wir haben gestern auch schon ganz kurz darüber gesprochen.

Das ist wie bei vielen Bebauungsplänen, und wir hatten vor einigen Monaten einen in Andritz. Auch dort haben wir mit dem Bebauungsplan gesagt, wenn das da vorne entwickelt wird oder wenn das entwickelt wird, gibt es vorne eine Baumreihe, sprich, wenn sich diese Grundstücksbesitzer, wenn die ihr komplettes Haus abreißen und neu bauen wollen, was die wenigsten machen, sondern die wollen einen Zubau machen, dann wird diese Baumreihe schlagend und nicht, weil ich jetzt sage, ich baue irgendetwas um, was ich in meinem kleinen Bereich machen darf. Das ist ja nicht das erste Mal, dass eine Baumreihe eingezeichnet wird, sondern das kommt ständig vor. Ich finde es spannend, dass es gerade in diesem Bebauungsplan bekrittelt wird, wenn in der Wiesengasse, das ein sehr stark frequentiertes Gebiet ist, aufgrund des Verkehrs, hier auch ein paar Bäume gesetzt werden, die vielleicht dann, wenn es ein mehrgeschossiger Bau ist, der Bauwerber nicht setzen würde. Darum darf ich vielleicht noch einmal kurz appellieren, nachzudenken, mitzustimmen und den Bebauungsplan mit einer großen Mehrheit zu verabschieden. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön, ich darf bitten, wer mit dem Bebauungsplan einverstanden ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Ist mehrheitlich so angenommen. Danke schön.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ).

Wir kommen zum nächsten Bebauungsplan, "Josef-Huber-Gasse – Kindermannngasse – Lazarettgasse – Idlhofgasse“, Punkt 11.

9.15 Stk.11) A14-102238/2019/0099

05.39.0 Bebauungsplan, "Josef-Huber-Gasse – Kindermannngasse – Lazarettgasse – Idlhofgasse“

(Berichterstatter: GR Lenartitsch, SPÖ)

Gemeinderat **Lenartitsch**:

Herzlichen Dank, auch der nächste Bebauungsplan 05.39.0 in der Josef-Huber-Gasse, Kindermannngasse, Lazarettgasse und Idlhofgasse ist ein Stück, bei dem sehr intensiv mit den Anrainerinnen und Anrainern gearbeitet wurde. Der ist ja auch schon etwas länger aufgelegt und wurde dadurch auch noch einmal überarbeitet.

Wenn Sie sich die Begebenheiten dieses Bebauungsplans anschauen, dass auf der einen Seite die Kindermannngasse, die Josef-Huber-Gasse, auf der anderen Seite die Idlhofgasse so quasi das umringt und man sich dort auch selbst ein Bild gemacht hat, sieht man, dass irrsinnig viele Gebäude auch im inneren Bereich stehen. Jetzt hat man sich auch dadurch dazu entschlossen, hier eine Blockrandbebauung zu vollziehen. Und ebenfalls auch hier, und das ist gestern im Ausschuss nicht bekrittelt worden, aber vielleicht kommt es noch, auch hier in der Idlhofgasse eine Baumreihe, wenn auch nur

eine kurze. Warum auch nur eine kurze? Weil im südlichen Teil die Grundstücke zu klein sind, dass wenn einer sein Grundstück entwickeln möchte, sich vor keine Baumreihe ausgeht, um sich dahinter noch ein Haus entsprechend hinzustellen. Bei diesen Gesprächen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern ist eines ganz stark herausgekommen, nämlich, dass der innere Bereich dieses Blocks sozusagen eine kleine Oase ist, und in diesem Bebauungsplan ist es erstmalig gelungen, dass man dort eine Baumgruppe unter besonderen Schutz stellt. Das heißt, die bleiben dort bestehen, egal wie sich dort die einzelnen Bauwerber entwickeln wollen. Man hat auch die Tiefgaragen geregelt, beziehungsweise im unteren Bereich sind auch die Anwohner an die Behörden herangetreten und haben im Endeffekt dann die überarbeitete Version dieses Bebauungsplans sehr wohl begrüßt.

Ich weiß, wir werden natürlich auch wahrscheinlich hier etwas Gegenwind spüren, aber hier geht es ebenfalls um eine Gesamtgröße von über 22.000 m². Bitte, man darf es nicht außer Acht lassen, dass Bebauungspläne immer ein größeres Gebiet umschließen, nicht einzelne Belange oder einzelne Begehren, sondern größere Gebiete, wo wir als Gemeinderat auf unsere Stadt mit unseren Vorgaben, mit unseren Flächenwidmungsplänen, mit unseren sämtlichen Regelwerken, die wir haben, ein Stück schöner machen wollen und natürlich auch etwas geordneter und für die Zukunft fitter machen wollen.

Für diesen Bebauungsplan gab es 39 Einwendungen, drei Stellungnahmen und eine Nullmeldung. Er ist auch schon das erste Mal, vielleicht damit Sie sich ein Bild davon machen können, die Ersterscheinung war am 2. Juni 2021. Aufgelegen ist er vom 3. Juni 2021 bis 5. August 2021 und die öffentliche Informationsveranstaltung hat es gegeben am 22. Juni 2021. Sie sehen, wir sind hier auch schon ein bisschen im Verzug und versuchen natürlich, alle Einwendungen, die Bewohner beziehungsweise auch andere umliegende Leute aus der Bevölkerung haben, hier einzuarbeiten beziehungsweise auch in Verbesserungen umzuarbeiten.

Ich darf hier, nachdem das ein ganz starkes, dickes Papier ist, suche ich mir noch schnell den Antragstext, damit wir zu Ende kommen. Ich darf Sie bitten, ich stelle damit hier den

Antrag,

dass der Gemeinderat beschließen möge, erstens den 05.39.00 Bebauungsplan „Josef-Huber-Gasse – Kindermannngasse – Lazarettgasse – Idlhofgasse“ bestehend aus dem Wortlaut der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht und zweitens die Einwendungserledigungen zu beschließen.
Herzlichen Dank.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. den 05.39.0 Bebauungsplan „Josef-Huber-Gasse – Kindermannngasse – Lazarettgasse – Idlhofgasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
- 2. die Einwendungserledigungen*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Topf, bitte.

Gemeinderat **Topf**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, wieder zu einem Bebauungsplan. Es ist auf jeden Fall positiv und zwar sehr positiv zu begrüßen, dass es hier einen Partizipationsprozess gegeben hat, einen Beteiligungsprozess. Zum Teil war ich ja auch anwesend und dabei, sodass es gelungen ist, also hier diesen Bereich, der ursprünglich, das muss man ja klar sagen, ist auch angeführt worden, hätte ja im ersten Entwurf, der im Sommer 2021

aufgelegt wurde, wo wir alle eigentlich echauffiert waren, wenn ich das einmal so sagen darf, hier hätte es eine Verbauung innerhalb gegeben. Es ist nach wie vor im Bereich des Innenhofes, des großen Innenhofes, wenn ich das so sagen darf, sind nach wie vor natürlich Bestandsbauten da, die dazu geführt haben, dass man in einer Schraffur, das ist also toll dargestellt, das muss man klar sagen, hier eine Baumgruppe erhalten werden, eine Grünfläche erhalten werden kann.

Es ist also der Auslöser, interessanterweise, für diesen Bebauungsplan. Das ist dieser Bereich G, wo momentan Hochhaus stehen. Es wird also durch diesen Bebauungsplan suggeriert, sage ich einmal vorsichtig, dass es hier eine schöne Blockrandverbauung geben wird, die in Zukunft in der Form jedenfalls entlang der Lazarettgasse nie stattfinden wird. Das muss man mal ganz klar sagen, man wird ja dort wahrscheinlich das Hochhaus nicht abreißen können.

Die größten Beschwerden, die jetzt noch an uns herangetragen wurden, gelten dem Bereich der Flächen A, B, C, D, E, in der Idlhofgasse. Da fürchten einige Mieterinnen, einige Mieter, einige Anrainerinnen und Anrainer, es sind dort schon die Vermessungstrupps unterwegs, wenn ich das so sagen darf, dass hier doch etwas passiert, was nicht unmittelbar auch, oder was unmittelbar auch zu Befürchtungen, zu Beschwerden, zu Ängsten geführt hat. Es ist interessant, dass in diesem Bereich, da haben wir gestern nachgefragt, ohne natürlich genau zu erfahren, welche Grundstücke überhaupt sozusagen für einen Bauträger zur Verfügung stehen. Da scheint es der Bereich D zu sein, wo tatsächlich entwickelt werden kann. Ich habe danach noch gefragt bei der Baptistenkirche, ob die schon alles verkauft haben, damit man sozusagen auch die weiteren Grundstücke entlang der Idlhofgasse entwickeln kann. Das wurde verneint, aber vielleicht ist das jetzt gerade im Gang, weiß ich nicht. Jetzt muss man sich vorstellen, wenn tatsächlich nur der Bereich D momentan entwickelt werden kann, natürlich zurückgesetzt aufgrund der Baufluchtlinie, dann stehen dort zwei Bäume. Also das muss man sich einmal vorstellen. Es sind mehrere Bäume eingezeichnet, nur die Grundstücke sind noch nicht verfügbar. Also ich denke, dass man, bevor man tatsächlich das so entwickelt, schon schauen muss, ob überhaupt in der Entwicklung dieser Grundstücke A, B, C, D, E tatsächlich die Baumreihe in der Form

entwickelt werden kann. Also derzeit, gerüchteweise, ist nur der Bereich D verbaubar. Die anderen Grundstücke sind möglicherweise gerade Thema eines Verkaufs. Das ist durchaus möglich, wissen wir nicht. Aber so können wir insbesondere in dem Bereich, dem Bebauungsplan, nicht zustimmen, insbesondere auch deshalb, weil Anrainerinnen und Anrainern, Mieterinnen und Mieter sich intensiv, noch einmal, mit uns auseinandergesetzt haben, insbesondere in dem Bereich, wo diese Entwicklung nicht nachvollziehbar ist.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Klubobmann Dreisiebner.

Klubobmann **Dreisiebner**:

Nachdem Kollege Lenartitsch, danke für den Bericht, sehr ausführlich berichtet hat und auf die Dauer des Prozesses bei diesem Bebauungsplan verwiesen hat, möchte ich nur eines noch zu Protokoll geben. Der ist noch unter dem vormalig für die Stadtplanung zuständigen Referenten Mag. Sigfried Nagl, Bürgermeister Mag. Sigfried Nagl gestartet worden, der Widerstand und die vielen Irritationen, die da hervorgegangen sind, die sind jetzt aus meiner Sicht, meine ich einmal, vorbildlich. Da danke ich allen beteiligten in der Baudirektion, in der Stadtplanung, und natürlich auch dem Ausschuss beziehungsweise der Vizebürgermeisterin, vorbildlich mit einem, auch im Prozess, noch nie vorher so dagewesenem Beteiligungsprozess, auf einen, glaube ich, doch guten Weg, ich weiß, es werden nicht alle jubeln, aber auf einen doch guten Weg gebracht worden, weil der Erstentwurf aus Frühjahr 2021, das sage ich nur, dann Gnade uns Gott, wenn das gekommen wäre.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Gibt es noch Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann darf ich dich bitten zum Schlusswort, Herr Gemeinderat.

Gemeinderat **Lenartitsch**:

Danke schön, Frau Bürgermeisterin, nur noch ganz kurz, wenn man sich die Straßenzüge anschaut und auch wenn sich dort nur ein Eigentümer entschließt, so quasi seinen Bauplatz zu entwickeln und dort kommen nur, unter Anführungszeichen, zwei Bäume hin, sind das mehr als jemals in dieser Straße jetzt stehen oder wahrscheinlich gestanden sind. Somit verstehe ich es eben nicht, wenn man sagt, ok, man kann sie nicht entwickeln, das wurde sehr wohl betrachtet, deswegen habe ich auch angeführt, dass im unteren Bereich, im südlichen Teil das nicht mehr geht, aufgrund der Grundstücksgrößen und dort verzichtet wurde, weil man sonst natürlich dieses Gebiet selber nicht mehr entwickeln kann, außer, wie der Kollege Topf natürlich angeführt hat, berechtigterweise, wenn es einen Investor gibt, der mehrere Grundstücke kauft und dann dort etwas entwickelt. Vor dem ist leider niemand gefeit, also ich kann nur sagen, behaltet eure Häuser dort, aber leider, ich bin nicht dort, ich würde es auf jeden Fall behalten, wobei ich aber sage, spannend finde ich, dass die Baumreihe in der Kindermannngasse nicht bekrittelt wurde, die dort entsteht. Daraufhin kann ich nur eines bitten, noch einmal um breite Zustimmung und danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön, wir kommen zur Abstimmung. Wer einverstanden ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Das ist eindeutig so mehrheitlich angenommen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, FPÖ).

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 13. Ich darf bitten, die Frau Klubobfrau Daniela Schlüsselberger um Berichterstattung.

9.16 Stk.13) A5-144129/2023/0013

**Pflegende Angehörige - Beschluss einer
Richtlinie über die Fortführung des
Pilotprojektes**

(Berichterstatterin: KO GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Schlüsselberger, MBA, SPÖ)

Klubobfrau **Schlüsselberger:**

Liebe Bürgermeisterin, liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat, liebe Zuhörer:innen, ich möchte den Bericht kurz mit einem Zeitsprung beginnen. 2021 haben wir in der Sozialdemokratie dieses wichtige Thema aufgegriffen und gesagt, für uns ist es essentiell, dass pflegende Angehörige endlich eine Möglichkeit haben, sozial abgesichert zu sein. 2022 begann dann die Terminfindung, die Suche. Ich kann mich nur gut erinnern und ich habe es auch noch im Ohr, wie die Telefone heißgelaufen sind bei uns im Klub, dass wir das organisieren, weil wir im Dezember 2022 mit einer Delegation der Stadt Graz dann im Burgenland waren, um dieses Erfolgsmodell angeschaut haben, um schlussendlich im Oktober 2023 zum Beschluss zu gelangen, dass es ein Pilotprojekt der pflegenden Angehörigen geben wird.

Damals hätte ich es fast nicht mehr geglaubt, weil es wirklich viele Vorgespräche gab und weil wir dann auch viele Aufgaben zu erledigen hatten und mein Dank gilt hier jetzt nicht nur dem Stadtrat in seiner Zugehörigkeit, sondern vor allem auch den Abteilungen, die hier wirklich sehr viel konstruktiv geleistet haben, sehr viel sich überlegt haben und uns dort großartig unterstützt haben. Seit 2023 im Oktober läuft das. Wir dürfen jetzt schon erfreut eine Zwischenbilanz führen und jetzt nur ein paar Eckdaten: Fünf Männer und zehn Frauen sind dort angestellt in der Stadt, unterschiedliche Anstellungsausmaße von 20 bis 40 Wochenstunden, ausgehend von der Pflegestufe 3 bis hin zur Betreuung von pflegenden Angehörigen in der Pflegestufe

7. Es ist durchaus positiv und da lasse ich mich jetzt gerne noch einmal korrigieren, aber ich glaube auch du hast durchaus nur positive Rückmeldungen von dem Projekt. Es ist nicht nur eine Erleichterung, es ist eine Entlastung, die merkbar ist für die Gepflegten, aber auch für die Pflegenden. Es gibt Vernetzungstreffen, denn wir alle wissen, Austausch ist das Wichtige, gegenseitige Unterstützung ist das Wichtige. Es zeigt auch, wenn ich jetzt an eine oder aller ersten Wortmeldungen heute im Gemeinderat denken darf, von der Kollegin Gmeinbauer, die das Thema pflegende Angehörige auch auf ihrer Agenda hat, dass es ein Thema ist, das uns nicht nur alle irgendwann einmal treffen kann, sondern an dem wir alle auch gemeinsam arbeiten. Deswegen will ich euch jetzt gar nicht mehr zu viel darüber erzählen, weil ich glaube, ihr kennt es alle, das Projekt. Wir haben schon oft genug darüber diskutiert. Ich freue mich heute, ich freue mich dafür, dass es uns gelungen ist, das gemeinsam umzusetzen. Ich freue mich noch mehr, dass wir jetzt in die zweite Runde gehen. Die kleine Adaptierung mit der Abänderung, dass der Basiskurs auch während der Anstellung schon passieren kann, ist jetzt auch so ein „Lesson Learned“ nach diesem Jahr und ist, glaube ich, eine gute Erleichterung, die für nachrückende Personen da noch eine Erleichterung darstellt. Ich freue mich auf die abzeichnende breite Unterstützung und kann halt wirklich nur sagen, ein guter Tag für viele Menschen in Graz. Danke schön.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege, Soziales, Senior:innen und Integration stellt gemäß § 45 Abs 1 und Abs 2 Z 25 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBL. Nr. 130/1967 idF LGBL. Nr. 77/2024 den

Antrag

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem gegenständlichen Bericht wird zugestimmt und die Richtlinie über die Fortführung des Pilotprojektes „Pflegende Angehörige“ wird vorbehaltlich der Zurverfügungstellung

der budgetären Mittel beschlossen. Die gegenständliche Richtlinie tritt mit 01.01.2025 in Kraft.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Herr Stadtrat Krotzer bitte.

Stadtrat **Krotzer**:

Werte Mitglieder des Gemeinderates, werte Mitglieder der Stadtregierung, vielen Dank Daniela, für die Berichterstattung und ein großes Dankeschön an viele Beteiligte, insbesondere natürlich unser Sozialamt mit dem Pflegereferat, die das ganz wunderbar umgesetzt haben und auch ganz wunderbar begleiten. Das ist auch etwas ganz, ganz Wichtiges, dass eben die Personen, die Tag für Tag Angehörige in sehr, sehr schwierigen Situationen begleiten, unterstützen und pflegen, dass die eben auch die Möglichkeit haben, hier gut und nicht nur gut, sondern bestens begleitet zu werden. Es werden viele Entlastungsgespräche auch geführt, dass eben Menschen in der Situation nicht alleine sind. Also ein großes Dankeschön an das Pflegereferat des Sozialamts. Ein Dankeschön auch natürlich an den Finanzstadtrat, dass wir die Möglichkeit haben, eben dieses Stück oder dieses Pilotprojekt der Stadt Graz fortsetzen zu können. Wir haben eben im Jänner dieses Jahres starten dürfen. Wir dürfen jetzt auch beschließen, dass wir es ins Jahr 2025 fortsetzen. Ich glaube, ich darf auch den Dank all der Personen, die in diesem Projekt sind, die von diesem Projekt profitieren hier weitergeben und darf mich auch bedanken, also sozusagen für die schon breit im Ausschuss signalisierte Zustimmung, dass wir dieses Projekt fortsetzen können. Dafür ein großes Dankeschön. Ich kann es nur ganz persönlich wiedergeben. Ich habe im Sommer dabei sein dürfen bei einem der monatlichen Vernetzungstreffen mit den pflegenden Angehörigen, und das ist wirklich ganz wunderbar zu sehen, wie bedeutsam sie es einschätzen, wie wichtig dieses Projekt ist, dass man diese soziale Absicherung hat, dass man diese Begleitung hat, dass man hier eben nicht alleine

gelassen wird. Ich hoffe, oder ich bin sehr froh, dass wir es fortsetzen können, und ich hoffe, mit unserem Grazer Pilotprojekt sozusagen bringen wir auch Inspiration ins Land Steiermark. Auch dort gibt es ja Interesse. Wir sind natürlich laufend in Gesprächen, stellen natürlich auch all unsere Erfahrungen dem Land zur Verfügung und hoffen, dass sozusagen vielleicht aus dem heraus in weiterer Folge sich auch auf Landesebene in der Sache etwas tun kann. Nicht zuletzt, weil wir auch viele Anfragen bekommen, nicht nur aus Graz-Umgebung, sondern aus vielen steirischen Bezirken, und dort auch das Interesse sehr groß ist. Ich hoffe, dass weitere Schritte dem folgen. Den ersten setzen wir, und dafür ein Dankeschön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Clubobfrau Dani Gmeinbauer.

Gemeinderätin **Gmeinbauer**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Stadtregierung, lieber Herr Stadtrat Krotzer, ich bedanke mich auch, dass diese Absichtserklärung heute mit dieser Berichtsinformation getan wird, dass das Pilotprojekt dann quasi ein abgeschlossenes Pilotprojekt ist und dass es dann hoffentlich zukünftig die nächsten kommenden Jahrzehnte im Regelwerk der Stadt Graz drinnen bleibt. Natürlich wäre es gescheiter, wir bräuchten diese Maßnahmen oder dieses Angebot nicht, aber wie wir wissen, haben sich auch unsere Lebensabläufe geändert. Gott sei Dank gibt es Familienverbände, wo es möglich und schaffbar ist, dass Angehörige zu Hause leben können, aber natürlich Unterstützung brauchen. Wenn es dann nicht mehr möglich ist, dass die Angehörigen, die ihre Familienmitglieder pflegen, dann einer geregelten Arbeit nachgehen können und dann vor quasi dem finanziellen Nichts stehen, ist das wirklich ein tolles Angebot.

Ich habe in diesem Jahr in der Fragestunde an dich gefragt, wie es ausschaut und ob es weitergeführt wird. Da bekam ich die Zustimmung bereits, aber ich bekam da auch die

Information, dass eben 15 Personen angestellt worden sind zu dem Budget, das damit erstmalig zur Verfügung gestellt worden ist, aber es kam auch von dir die Info, dass 100 Personen sich beworben haben, und jetzt würde ich gerne dalassen, ich weiß, es sind Budgetverhandlungen, wir müssen sparen in der Stadt, aber es kann nicht sein, dass man in diesem Bereich, wo wir wissen, dass die Nachfrage so groß war und wahrscheinlich auch für das kommende Jahr sein wird, dass man dieses Budget dann gleich lässt. Ich würde einfach darum bitten, dass man bei den zukünftigen Budgeterstellung in diesem Bereich das Budget bitte deutlich erhöht, um vielen weiteren Familien auch die Möglichkeit zu bieten, dass sie eine Anstellung bekommen. Denn wenn man so Großartiges hat und so großartig darüber redet und dann bedauerlicherweise nur 15 Familien eine Unterstützung geben kann, dann ist es, auch so toll das Angebot ist, aber bedauerlicherweise dann sehr klein den Menschen oder den Familien gegenüber, die Unterstützung brauchen. Danke.

Bürgermeisterin Kahr:

Weitere Wortmeldungen? Bitte Frau Gemeinderätin Heinrichs.

Gemeinderätin Heinrichs:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Dani, es tut mir leid, dass ich das ausgerechnet heute sagen muss. Ich wünsche dir ja auch alles Gute von Graz weg nach Wien, aber ich muss da jetzt schon die Frage stellen: Wieso ist das nicht schon längst passiert? Warum ist unter euch das nicht passiert, dass wenigstens eine Familie diesbezüglich unterstützt worden ist? Nein, das ist kein Hin und Her, sondern angesichts der Budgetsituation. Du hast dich jetzt gerade diesbezüglich zu Wort gemeldet und da drängt sich das auf, dass ich als Gesundheitssprecherin, wenn ich das nur noch fertig sagen darf, auf diese Art und Weise antworte. Ich wundere mich, dass diese Dinge, demographische Entwicklungen gibt es ja nicht seit dem Jahr 2021, sondern seit langer Zeit, seit Jahrzehnten, erstens nicht eingesehen worden sind und nicht zweitens schon

längst seitens der Stadt von mir aus, wenn es budgetmäßig früher gegangen ist, warum ist es nicht gemacht worden, seitens des Landes und seitens des Bundes nicht stattfindet. Danke für die Aufmerksamkeit.

Bürgermeisterin Kahr:

Danke, gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Stadtrat Krotzer.

Stadtrat Krotzer:

Ich darf vielleicht nur eines in die Debatte einbringen, weil Daniela Gmeinbauer erwähnt hat, die Anzahl von 100 Anfragen, das ist korrekt, wobei man da auch dazusagen muss, dass wir sehr, sehr viele Anfragen eben auch aus anderen steirischen Bezirken bekommen haben, beziehungsweise auch sehr viele von Eltern, die pflegebedürftige Kinder haben. Sozusagen diese beiden Themen, sind Themen, die uns auch veranlassen, da in regelmäßigen Austausch zu treten, sowohl mit den politisch Zuständigen für die Abteilung 8, beziehungsweise auch die Abteilung 11, dass wir hier weitere Schritte brauchen, auch auf Landesebene, dass wir hier auch dazu kommen, dass wir idealerweise Ausweitungen dieser Projekte haben, dass wir sie auch ergänzen können. Einerseits auf die steirischen Bezirke, dass wir sie auch ausweiten können, eben auch auf Eltern mit pflegebedürftigen Kindern. Und, das erlaube ich mir eben als Hinweis: Während wir in allen anderen Pflegebereichen ja eine Kostenteilung zwischen Land und Stadt haben, 60:40, wäre es natürlich wünschenswert, wenn wir sozusagen zumindest mittelfristig dorthin kommen, dass auch dieses Pflegesegment in diese Kostenteilung fällt, und dann tun wir uns natürlich auch etwas leichter in der Ausweitung der Plätze.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke für den wichtigen Hinweis. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, Dani, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für das wichtige Stück? Gegenprobe, ist...Gegen die...Das war schon vorbei dann.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt, und zwar 16 und ich darf bitten die Frau Klubobfrau Mohsenzada, um Berichterstattung.

9.17 Stk.16) A8-115740/2023-60 Dachsanierung Tennenmälzerei

(Berichterstatterin: KO GRⁱⁿ Mag.^a Mohsenzada, KPÖ)

Klubobfrau **Mohsenzada**:

Einen schönen Nachmittag auch meinerseits, werte Zuseher:innen und liebe Kolleg:innen. Zur Historie: Die Stadt Graz hat die denkmalgeschützte Tennenmälzerei in Reininghaus gekauft, um ein kulturelles Zentrum auszubauen. Da aber eine Generalsanierung des historischen Gebäudes derzeit finanziell nicht darstellbar ist, wurden im November 2023 Mittel in der Höhe von € 996.000,00 für die Schaffung der baulichen Voraussetzungen einer Zwischennutzung zur Verfügung gestellt. Nach der Durchführung eines Wettbewerbes wird mit diesen Mitteln im unteren Geschoss ein Veranstaltungsort und im Geschoss darüber ein Stadtteilzentrum hergestellt. Eine Dachsanierung wurde in diesem Zuge nicht vorgesehen, da sich die Dachfläche und der Dachstuhl unter Berücksichtigung der großteils alten Ziegel in einem guten Zustand befanden. Seit dem Ankauf der Tennenmälzerei wurden nur punktuell einzelne Ziegel erneuert. Der Sturm im September hat aber leider großflächigen Schaden angerichtet,

sodass eine punktuelle Schadensbehebung nicht mehr möglich ist. Die Bauführung musste unterbrochen werden. Notsicherungen unter der Dachhaut und des bestehenden Baugerüsts wurden durchgeführt. Eine Neudeckung und punktuelle Instandsetzung an der Dachkonstruktion sowie die Erneuerung des Blitzschutzes wurden durch den Sturm notwendig. Alle Arbeiten erfolgen in Abstimmung mit dem Bundesdenkmalamt. Laut Kostenschätzung der GBG ist für diese Arbeit mit Kosten von ca. € 500.000,00 netto zu rechnen. Da nur ein anteiliger Vorsteuerabzug von 55 % für das Veranstaltungsgeschoss berücksichtigt werden kann, belaufen sich die Kosten der Stadt voraussichtlich auf € 550.000,00. Die Arbeiten an der Zwischennutzung können in eingeschränktem Umfang weiterlaufen. Die Dacharbeiten werden nach Ausschreibung und Vergabe parallel dazu im Zeitraum November 2024 bis Jänner 2025 durchgeführt. Da die Durchführung witterungsbedingt ist, ist ein genauer Fertigstellungstermin nicht planbar. Der Beginn der Zwischennutzung der Tennenmälzerei wird sich auf das Frühjahr 2025 verschieben.

Wichtig ist zu sagen, dass man für das Jahr 2024 die Summe von € 275.000,00 und 2025 dieselbe Summe bereitgestellt wird und dies erfolgt aus einer Umschichtung aus dem Investitionsfonds. Zusätzlich ist auch noch zu erwähnen, dass der Sturmschaden bei der Versicherung eingereicht wurde und es ist davon auszugehen, dass ein Betrag von € 10.000,00 seitens der Versicherung rückerstattet wird.

Ich bitte um Annahme. Danke.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellt daher gemäß § 93 Abs. 1 und § 95 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 77/2024, den

Antrag

der Gemeinderat wolle beschließen:

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 17. Oktober 2024

1. Die Projektgenehmigung „Tennenmälzerei Dachsanierung“ in Höhe von insgesamt € 550.000,- wird wie folgt erteilt:

Jahr	Betrag
2024	275.000,-
2025	275.000,-
Summe	550.000,-

2. Der Budgetvorsorge in Höhe von insgesamt € 275.000,- für das Jahr 2024 wird zugestimmt.

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2024 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2024	EVA 2024
210	030000	1.061000	12103420	Tennenmälzerei Dachsanierung / Im Bau befindliche Gebäude und Bauten	D.210342	+150.000	
210	853100	1.061000	12103420	Tennenmälzerei Dachsanierung / Im Bau befindliche Gebäude und Bauten	D.210342	+125.000	
180	030000	2.346000		Investitionsdarlehen		+140.000	
180	853100	2.346000		Investitionsdarlehen		+125.000	
210	030000	2.829000	42103420	Tennenmälzerei Dachsanierung /	D.210342	+10.000	+10.000
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel			+10.000

Die Budgetmittel iHv. € 150.000,- für das Jahr 2025 werden in SAP auf folgender Budgetstrukturplan- Kombination zur Verfügung gestellt: Fonds: 030000 / Sachkonto: 1.061000 / D.210342 / HHP 12103420 „Tennenmälzerei Dachsanierung“

Die Budgetmittel iHv. € 125.000,- für das Jahr 2025 werden in SAP auf folgender Budgetstrukturplan- Kombination zur Verfügung gestellt: Fonds: 853100 / Sachkonto: 1.061000 / D.210342 / HHP 12103420 „Tennenmälzerei Dachsanierung“

Die Bedeckung von insgesamt € 540.000,- {€ 265.000,- für 2024 und € 275.000,- für 2025) erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

Vorsitzwechsel – VizeBgm. Mag. Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.15 Uhr)

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Danke der Berichterstatterin, gibt es Wortmeldungen? Bitte Frau Gemeinderätin Unger zuerst, dann Herr Stadtrat.

Gemeinderätin **Unger:**

Sehr geehrte Damen und Herren, die Tennenmälzerei ist, wie wir schon seit vielen Monaten und eigentlich seit Jahren diskutieren, für den Bezirk Reininghaus in vielfacher Hinsicht von großer Bedeutung. Einerseits natürlich für die Kulturschaffenden, die sich seit langer Zeit damit beschäftigen, was vor Ort sein kann, um auch sozusagen den Bezirk mitzuprägen und auf der anderen Seite natürlich für die Anwohner und Anwohnerinnen, die auch sozusagen ein Zentrum in ihrem Stadtteil als großen Vorteil und Nutzen erachten. Es kommen jetzt zu den planerischen Bedarfen, sowohl was das Gebäude anbelangt als auch den Inhalt, auch entsprechende Erhaltungsmaßnahmen hinzu. Das ist jetzt einem Wetterereignis geschuldet, aber das Zusammenspiel dieser Aspekte, der Bespielung, der Organisation und auch der Investition in die Bausubstanz, muss eigentlich angesichts der herandrohenden Kosten auch entsprechend gemeinsam gedacht werden. Wir haben das schon immer wieder eingefordert, auch dass sozusagen nicht nur eine Zwischennutzung, sondern auch eine langfristige, verlässliche Bespielung, auf die man sich einstellen kann, vonnöten wäre,

drauf hingewiesen und das darf ich heute noch einmal betonen, vor allem deswegen, weil die Tennenmälzerei nach wie vor als wichtiger zentraler Ort für viele Menschen in diesem jungen Stadtteil von großer Bedeutung ist. Wir haben in letzter Zeit viel über das Provisorium gesprochen, wir haben es auch jetzt im Motiventext gehört, die Nutzungsmöglichkeiten sollten aus unserer Sicht trotzdem langfristiger angelegt werden. Und zwar, einfach aus dem Grund der Identifikation.

Jetzt sind einmal Kosten genannt worden, von der Kollegin im Motiventext, insgesamt geht es um € 1.500.000,00, eigentlich, die hier gebraucht werden und dann weitere Kosten vielleicht noch bedingen, die wir heute noch nicht absehen können. Deswegen wäre es aus unserer Sicht dringend notwendig, dass man im Hinblick auf die Mittelverwendung auch darauf schaut, das langfristig anzulegen.

Es sind mehrere Vorschläge eingebracht worden von unserer Seite dazu in den letzten Monaten und Jahren. Einer hat eben die Einbindung von Stadtbibliotheken und von einem Jugendzentrum, beides Einrichtungen, die dort dringend notwendig sind. Das ist sozusagen keine parteipolitische Überlegung, sondern das wird uns auch in ganz vielen Gesprächen gesagt, dass das einfach auch notwendig ist, um junge Menschen zu vernetzen, ihnen Möglichkeiten zu geben, sich zu betätigen und so weiter. Aber eben auch in der Bibliothek, wir haben das gestern auch sehr ausführlich und emotional diskutiert, Bibliotheken ganz wichtig sind als Bildungsstätte und als Treffpunkt. Im Zusammenhang mit diesen Überlegungen möchten wir, dass das auch wieder in die Überlegungen aufgenommen wird im Zusammenhang mit dieser Dachsanierung. Ich darf deswegen einen

Abänderungsantrag

stellen, der folgendermaßen lautet:

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, wie im Motiventext beschrieben, einen Runden Tisch einzuberufen, der im Zusammenhang mit dem Vorhaben der Dachsanierung, die zweifelsfrei notwendig ist, ein umfassendes Konzept zu erarbeiten, das die kombinierte Sanierungs- und Nutzungsvorhaben für eine längerfristige Nutzung der Tennenmälzerei darlegt.

Ich darf um Zustimmung bitten und danke für die Aufmerksamkeit.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Tennenmälzerei soll im Bezirk Reininghaus, für AnwohnerInnen und Kulturschaffende Bedeutung haben und ein Zentrum für Menschen und Inhalte sein. Darum wird seit Jahren gerungen, nun kommt zu den planerischen Bedarfen auch jener der Gebäudeerhaltung dazu. Diese Aspekte – Bespielung, Organisation und Investition in die Bausubstanz – sind angesichts der Erwartungshaltung vieler, aber auch im Sinn der sorgsamsten Mittelverwendung und der zentralen Rolle der Tennenmälzerei für den jungen Stadtteil bestmöglich zu vereinen.

Leider bietet das geplante Provisorium, das auf zehn Jahre angelegt ist, nur sehr eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten. Die geplanten Bespielungen sind bis dato weder organisatorisch noch finanziell ausreichend abgesichert, so dass die Sorge besteht, viele Erwartungen zu wecken, aber in der Umsetzung hinter diesen zurückzubleiben.

Zudem wird das Provisorium offenbar von Woche zu Woche teurer. Mit dem geplanten heutigen Beschluss liegt die Investitionssumme mittlerweile bei 1,5 Millionen Euro. Dabei ist noch nicht abzusehen, ob in den kommenden Jahren nicht noch zusätzliche Kosten entstehen werden. Angesichts dieser Entwicklungen wird es umso dringender, die Nutzungsmöglichkeiten und die geplanten Bespielungsmöglichkeiten zu optimieren und die nun leider nötigen Dachsanierungsmaßnahmen unmittelbar mit der notwendigen Diskussion über die konkrete und tatsächlich umsetzbare Nutzung zu führen, in die auch neue Ideen bzw. Vorschläge wie die Ansiedlung einer Stadtbibliothek und eines Jugendzentrums eingebunden werden.

Im Sinne einer verantwortungsbewussten Mittelverwendung, aber auch in Hinblick auf die Befürwortung des Projekts durch weite Teile der Bevölkerung ist dieses Bemühen aus Sicht der Grazer VP zeitnah umzusetzen, um das Ziel, die Tennenmälzerei zum Mittelpunkt des neuen Stadtteils zu machen, auch tatsächlich erreichen zu können.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Abänderungsantrag:

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, wie im Motiventext beschrieben, einen runden Tisch einzuberufen, der in Zusammenhang mit dem Vorhaben der Dachsanierung ein umfassendes Konzept erarbeitet, das die kombinierten Sanierungs- und Nutzungsvorhaben für eine längerfristige Nutzung der Tennenmälzerei darlegt.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Der Abänderungsantrag liegt vor. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte.

Stadtrat **Riegler:**

Danke schön. Dieses Stück und der ganze Sachverhalt Tennenmälzerei steht pars pro toto für den neuen Stil dieser Koalition und der Frau Vizebürgermeisterin Schwentner. Wir blenden zurück drei Jahre, als ihr hier im Rathaus das Kommando übernommen habt. Der erste Schritt war zunächst, ziehe ich mal in meiner unermesslichen Gestaltungsvielfalt einmal die Materie an mich, nämlich jetzt eben die Frau Vizebürgermeisterin, und macht also die Tennenmälzerei zur Cheffinnensache. Anschließend gibt es unter Ausschluss des Kulturressorts einen Wettbewerb, von dem ich bis heute kein Blatt Papier bekommen habe über das Wettbewerbsergebnis. Es gab dann einmal eine Präsentation mündlich, bei der wurden allerdings auch keine Unterlagen ausgeteilt, wo das Breathe Earth Collective vorstellen durfte, was sie sozusagen an der Außenhaut planen. Bis heute ist mir nicht bekannt, und ich habe dir auch schon mehrfach Briefe geschrieben zu diesem Thema, wo ich dich gebeten habe, schick uns doch, mir und dem Kulturressort, Unterlagen darüber, was möchtest du in welchem Stockwerk machen, wie soll das mit der Bühnenarchitektur ausschauen, wie soll es mit der Beleuchtung, mit der Akustik ausschauen, welche Arten von

Veranstaltungen können stattfinden. Ich habe dir das übrigens alles vor paar Monaten schon in einem höflichen Brief unter vier Augen geschickt, den du nie beantwortet hast. In diesem Brief ist natürlich auch drinnen gestanden, dass sich Kulturinstitutionen bei mir bereits melden, beim Kulturressort, die sagen, sie würden dort gerne Veranstaltungen machen. Ich muss Ihnen leider sagen, ich habe keine Ahnung, welche Veranstaltungen überhaupt möglich sein werden, in welchem Zeitrahmen, mit welcher infrastrukturellen Ausstattung. Also auch das ist pars pro toto, ein Beispiel für den neuen politischen Stil auf Augenhöhe, den du bei der Eröffnungspressekonferenz dieser Koalition angekündigt hast, nämlich wir werden auf Augenhöhe miteinander reden, wir werden alle einbinden. Gar nichts ist geschehen, es hat bisher, ich schwöre, keine Einbindung gegeben.

Das Kulturressort wurde einmal aufgefordert, sich um die kulturpolitische Bespielung zu kümmern, da habe ich gesagt, € 100.000,00 wäre pro Jahr ein notwendiges Budget, damit wir das auch insgesamt gut kulturpolitisch nach außen hin verkaufen. Diese € 100.000,00 waren nicht vorhanden, jetzt zerfällt das Gebäude halt, die Jahre vergehen und es gibt bis heute keine Information über irgendeine Art von Bespielungskonzept. Jetzt wird halt wieder um eine halbe Million geflickschustert. Die Koalition ist, und das kann man an diesem Beispiel schön illustrieren, völlig überfordert sowohl in der baupolitischen, stadtentwicklungspolitischen als auch in der kulturpolitischen Arbeit. Daher können wir diesem Stück nur dann zustimmen, wenn es tatsächlich im Sinne unseres Abänderungsantrages eine Einbeziehung aller Stellen mit offenem Visier und auf Augenhöhe gibt.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Bitte Frau Gemeinderätin.

Gemeinderätin **Aygan-Romaner:**

Sehr geehrte Kolleg:innen, liebe Stadtregierung, sehr geehrte Zuseher:innen. Ich habe mir das jetzt alles ein bisschen notiert. Herr Stadtrat, also ich wäre ein bisschen vorsichtig mit dem Schwören, dass Sie nicht eingebunden waren, weil ich weiß, dass Sie eingebunden waren und ich weiß, dass das Kulturamt auch immer informiert wird, was da gerade passiert, wie das angedacht ist und was die Sanierungsmaßnahmen sind.

Ganz unabhängig davon, bei diesem Stück geht es gar nicht um die Bespielung der Tennenmälzerei, sondern um etwas ganz, ganz Notwendiges, nämlich die Dachsanierung. Wir sind als Stadt haftbar, wenn da jemand vorbeigeht und der Dachziegel auf den Kopf fällt. Also das ist super gefährlich, das muss behoben werden, darum geht es in dem Stück.

Die kurzfristige oder mittelfristige Bespielung auf die nächsten zehn Jahre ist notwendig, weil der Gesamtausbau in die zig Millionen gehen würde und wir wissen alle ganz genau, dass wir das im Moment nicht stemmen können, aber wir wollen dieses Gebäude nicht verfallen lassen und dann irgendwann abreißen müssen, weil es dann nur noch eine Gefahr wird, sondern soweit sanieren, dass man es temporär benutzen kann. Dass es irgendein Stadtteilzentrum ist, möchte ich auch zurückweisen, weil es das Stadtteilzentrum Reininghaus ist, die schon seit Jahren dort super Arbeit machen, das Weiterführen und sich auch sehr, sehr um die Menschen in der Umgebung kümmern.

Die Ideen für Reininghaus gibt es ja schon sehr, sehr lange. Ich verfolge das ja auch seit, ich weiß nicht, zehn Jahren mindestens, beginnend mit Reiningherz, was es da für Ideen geben könnte. Also wir wissen ganz genau, dass da von wegen nicht eingebunden sein, dass das nicht so ganz stimmt. Deswegen, liebe Claudia, es spricht nichts dagegen zu sagen, wir müssen unsere langfristige Nutzung überlegen. Das tun wir ja auch die ganze Zeit. Wir überlegen uns ja langfristige Nutzung, aber bis wir die Mittel haben, dass wir das umsetzen können, könnte das Gebäude total zerfallen. Bis dahin müssen wir es temporär herrichten. Das Breathe Earth Collective hat ein super Projekt vorgelegt, dass das Wesen dieses Gebäudes widerspiegelt, aber trotzdem eine

neue Nutzung und Einbindung aller Menschen, die dort leben, ermöglicht. Das Stadtteilzentrum, das ist im oberen Geschoss, was ich weiß. Die waren auch eingebunden. Sie haben mitentscheiden können, wie die Räume aussehen sollen, wie sie da arbeiten sollen, welche Veranstaltungen es da geben kann. Also der Kulturstadtrat muss da schon noch ein bisschen anschauen, wie er das bespielen könnte, ohne im Vorhinein die Räume total umzugestalten. Es ist eine temporäre Nutzung und keine endgültige Nutzung. Das möchte ich schon, dass das ankommt bei allen Beteiligten.

Abänderungsantrag würde auch heißen, dass wir quasi von unserem Vorhaben, das Ganze zu sanieren, das wieder benutzbar zu machen und aus den Haftungsfragen herauszukommen, total ausweiten würden, auf das große Thema, wie wollen wir das in den nächsten 30 Jahren bespielen. Das ist ein komplett anderes Thema. Deswegen den Abänderungsantrag werden wir leider nicht annehmen können oder zum Glück nicht annehmen können, wie man es sehen mag. Aber die Dachsanierung ist unbedingt notwendig und übrigens ungefähr ein Zehntel des Gesamtausbauvolumens, das man brauchen würde.

Bitte zuzustimmen und gegen den Abänderungsantrag zu stimmen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Bitte Herr Kollege.

Stadtrat **Riegler**:

Und ich schwöre doch, und zwar, ich möchte bitte noch einmal alle, die es gerne überprüfen möchten, darauf hinweisen, dass das Gemeinderatsstück im Dezember 2023 zum Gegenstand hatte, die temporäre Nutzung ohne Einbeziehung der A16 des Kulturamtes stattgefunden hat. Das hat die Frau Vizebürgermeisterin eigenmächtig mit der Baudirektion allein beschlossen, weil sie sich eben geweigert hat, wenigstens in der Koalition dafür zu sorgen, dass man mir wenigstens € 100.000,00 für die

kulturpolitische Bespielung zur Verfügung stellt. Es hat auch keine Einbeziehung weder von mir noch von jemandem aus dem Kulturamt beim Hearing gegeben, aus dem Breathe Earth Collective als Bestbieter hervorgegangen ist. Und ich habe bis heute, und ich wiederhole es noch einmal, keine schriftliche Unterlage über das Ergebnis bekommen, indem irgendwo auch dann nachlesbar wäre, wie die Bühneninfrastruktur, wie die Schallinfrastruktur etc. wäre. Ich möchte Sie nur noch einmal darauf hinweisen, auch wenn Sie es jetzt lustig finden, Frau Aygan-Romaner, dass es zum Beispiel so ist, dass es allein schon wegen der nahen Wohnbauten eigentlich nach meiner Information, aber das ist auch nur hier, Sehe- und Hörensagen, angeblich nicht viel lauter als Sprechlautstärke überhaupt Kunst drinnen stattfinden darf.

Über alle diese Dinge hätten wir uns vom Kulturressort, hätte ich mich gerne und auch das Kulturamt gerne eingebracht. Wir wurden bisher nicht informiert, ich besitze kein Blatt Papier, das darüber Aussagen trifft und ich habe es mehrfach angefordert und das ist jetzt mittlerweile zehn Monate her, seit der Dezemberbeschlussfassung im Jahr 2023. Das zur korrekten Darstellung der nicht Einbeziehung des Kulturressorts.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Bitte Herr Klubobmann.

Klubobmann **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat, also wir werden mit dem Abänderungsantrag der ÖVP auch nicht mitgehen. Ich glaube die Sache mit der Dachsanierung, das pressiert und sollte man möglichst schnell das auch umsetzen. Nur alles andere, was der Herr Stadtrat Riegler sagt, zu dieser Thematik kann ich dann voll und ganz unterstreichen. Und man könnte eigentlich einen Witz erzählen: Was hat die Zelinkagasse, die Burgruine Gösting oder auch die Tennenmälzerei miteinander zu tun? Gar nichts eigentlich, aber sie zeigt überall, wie intransparent und wie eigentlich diese Frau Vizebürgermeisterin arbeitet.

Bei der Tennenmälzerei, und da glaube ich, ist der Herr Stadtrat Riegler ein sehr glaubwürdiger Zeuge, wird er als Kulturstadtrat nicht eingebunden. Schon sehr makaber. Dann haben wir auch heute zu Beginn die Burgruine Gösting thematisiert, wo sich der Herr Finanzstadtrat hinter die Burgmauern zurückzieht und sagt, das ist ein Geheimnis, was wir hier aushandeln, ihr werdet schon sehen, was passiert. Dann haben wir die Frau Vizebürgermeisterin gestern bei der Bezirksversammlung, wo es dann zur Zelinkagasse darum geht, wo man im Februar noch hört, naja, da kommt die Wohnstraße. Acht Monate später kommt sie nicht mehr, aber es kommt die viel bessere Lösung, die demnächst präsentiert wird. Wir wissen noch nicht wann, aber sie kommt ganz sicher, die viel bessere Lösung als die Wohnstraße, die dem Bezirksrat Andritz versprochen wurde und auch uns als Gemeinderäte mitgeteilt wurde.

Also man sieht bei diesen drei Projekten, und gerade bei der Tennenmälzerei auch sehr deutlich, wo der Kulturstadtrat ausgeschlossen wird, dass man einfach von Seiten der Frau Vizebürgermeisterin intransparent arbeitet. Nicht in allen Bereichen, manchmal gibt es auch sehr viel Information, das ist natürlich zu begrüßen, aber bei gewissen Bereichen, da kocht man das eigene Süppchen. Das hätte man früher sicher kritisiert, weil es ja auch zu kritisieren ist. Ich nutze jetzt die Möglichkeit einfach, dass ich das kritisiere, Frau Vizebürgermeisterin, dass Sie da in diesen Bereichen intransparent arbeiten und die Bürger ausschließen. Ok, das müssen Sie selbst mit den Menschen dann ausmachen, aber Sie schließen ja auch den Gemeinderat aus und der als oberstes Organ hat dann doch, sage ich, das Recht, überall die Nase hineinzustecken und auch das Recht, da Informationen zu bekommen. Gerade der Herr Kulturstadtrat hat wohl, wenn etwas, sage ich, so etwas Kulturelles wie die Tennenmälzerei, wo es ihn ja wirklich betrifft, dass der dort Informationen bekommt. Also ich bitte wirklich, sollte der Zeuge in seiner Funktion als Kulturstadtrat da jetzt nicht gelungen haben, was ich absolut nicht glaube, dann würde ich schon darum bitten, dass er diese Informationen, die er seit einer Zeit lang nicht erhält, endlich bekommt. Das kann es einmal wirklich nicht sein.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Jetzt möchte ich doch dazu etwas sagen, bitte. Es geht zwar um, wie erwähnt, um die Dachsanierung der Tennenmälzerei und in dem Fall würde ich gerne darüber abstimmen lassen, weil das eine ganz wichtige, notwendige, dringende und kurzfristige Reparatur ist aufgrund der Sturmschäden.

Aber was richtig ist, Herr Klubobmann, Sie waren nicht dabei, aber es hat mehrere Runden gegeben und der Herr Stadtrat war sehr wohl dabei. Er war mehrfach eingeladen, an dem Projekt gemeinsam das zu entwickeln. Er war eingebunden in den Wettbewerb, zumindest in die Ergebnisse, die uns gemeinsam präsentiert wurden mit einer Power-Point-Präsentation. Nicht mehr habe ich in der Hand. Der Herr Stadtrat war eingeladen, mit mir gemeinsam die temporäre Nutzung der Tennenmälzerei vor der Presse zu präsentieren. Er hat am Tag, glaube ich, oder am Tag davor, abgesagt, an der Pressekonferenz teilzunehmen. Er war von Anfang an umfänglich eingebunden. Sogar auf Verwaltungsebene gibt es intensive Zusammenarbeit zwischen dem Kulturamt und der zuständigen Beamtin, Frau Diplomingenieur Frisch, die tadellose, großartige Arbeit macht im Zusammenhang mit der Entwicklung der Tennenmälzerei. Ich möchte das einfach jetzt so nicht stehen lassen. Ich bitte um Abstimmung. Der Herr Stadtrat möchte eine tatsächliche Berichtigung.

Stadtrat **Riegler**:

Es stimmt einfach nicht. Ich habe tatsächlich keine Unterlage und ich bitte dich noch einmal, liebe Frau Vizebürgermeisterin, dass du mir dann endlich einmal jenes Konzept aushändigst oder aushändigen lässt. Es muss ja irgendjemand in der Stadt Graz wissen, wo eine Bühneninfrastruktur stattfinden soll, wo ein Ringing, wo eine Schall-, wie die Schallsituation und die Lichtsituation sein soll, damit wir beantworten können, was überhaupt stattfinden kann. Das muss ja irgendwo verschriftlicht sein. Das kann ja nicht sein, dass das einfach nirgends... Wenn du das auch nicht weißt, wer weiß es denn dann?

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte.

Gemeinderätin **Aygan-Romaner**:

Eigentlich sollten wir es dabei belassen, aber ich kann einfach nicht anders.

Ich habe auch nicht mehr Unterlagen als du hast, Günter, aber ich habe das Wettbewerbsergebnis und ich kann Pläne lesen. Ich kann sehen, was die Breathe Earth Collective, was sie für einen Plan vorschlagen, was die Pläne aussagen, wo die Räumlichkeiten sind, wo gewisse Bespielungen möglich sein könnten. Aber es hat vielleicht damit /.

Zwischenruf

Gemeinderätin **Aygan-Romaner**:

Das hast du doch, natürlich hast du das. Klar hast du das. Also ich kann es dir gerne noch einmal zusenden, es ist kein Geheimnis, es ist nichts, was bitte... Also diese Ergebnisse, es ist überhaupt kein Geheimnis. Vielleicht hat es damit zu tun, ich bin studierte Architektin und du nicht, du kannst das vielleicht nicht lesen, ich weiß das nicht. Wir können uns gerne zusammensetzen und das gemeinsam erarbeiten. Danke schön.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Bitte Frau Gemeinderätin.

Gemeinderätin **Unger:**

Als erstes möchte ich darum bitten, dass wir uns hier in angemessenem Ton und auch in angemessenem Verhalten gegenüber den Funktionsträgern verhalten, das einmal das erste.

Es halte ich für irritierend, wir haben alle unsere Fachrichtungen, wir sind alle Experten in gewissen Gebieten. Die eine ist Architektin, die andere ist Betriebswirt, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer etc. Ich glaube, es ist wichtig, dass sich jeder vor dem Hintergrund einbringt, wo er als Experte da ist. Ich glaube, diese despektierlichen Bemerkungen sind, glaube ich, einem Stadtrat gegenüber unangemessen, das möchte ich festhalten, gilt für alle übrigen.

Das zweite ist, wenn wir den Abänderungsantrag noch einmal durchlesen, steht genau eigentlich das drinnen, was im Interesse aller sein müsste, dass die Dachsanierung wichtig ist, dass sie zeitnah erfolgen soll, vollkommen klar. Dass die Tennenmälzerei nach Erfolg der Dachsanierung aber auch gut zur Verfügung stehen soll, ist hoffentlich auch allen klar, weil das ist trotz allem sehr viel Geld. Es werden viele Budgets gekürzt, wir haben viele Debatten darüber, wie das Geld verteilt werden muss. Deswegen ist, glaube ich, da eine gewisse Sorgfalt angebracht und durchaus einzufordern, dass man längerfristig denkt. Ich halte das für keinen Fehler, sondern eigentlich für einen sehr guten Vorschlag, grundsätzlich dazu.

Das Dritte ist, wenn man das Kulturressort, und ich spreche jetzt wirklich nicht nur von der Politik, sondern vor allem von der Verwaltung, für dieses große Unterfangen mit im Boot haben möchte, sind zwei Dinge zu berücksichtigen. Erstens, das Kulturamt und der Kulturstadtrat beschäftigen sich seit vielen Jahren mit dem Thema, haben viele Pläne eingebracht, haben also auch eine große Expertise, was diese Dinge anlangt. Zweitens geht es natürlich auch um die Machbarkeit. Ich kann mich schnell hinstellen und sagen, ja der Herr Kulturstadtrat, der muss sich halt überlegen, was er dann daraus machen kann. Was soll das heißen bitte? Wir haben Verwaltungskollegen und -kolleginnen, wenn ich das so sagen darf, mit denen es ein gutes Einvernehmen gibt. Ich halte es für wirklich verantwortungslos, denen das einfach hinzuschmeißen und zu sagen, jetzt macht halt einmal. Lasst euch etwas einfallen, was dann auch allen passen

soll. Wie soll das gehen? Wir legen großen Wert auf eine kollegiale Zusammenarbeit mit den Ämtern. Das funktioniert mit dem Kulturamt ausgezeichnet und ich glaube, ich kann da für uns alle sprechen, zumindest aus unserer Fraktion: Wir lassen ganz sicher nicht die Kulturamtsmitarbeiter und Kulturamtsmitarbeiterinnen ins Messer rennen mit einem unausgegorenen Plan. Denn so viel steht auch fest: Die Kulturschaffenden und auch die Anwohner und Anwohnerinnen haben große Erwartungen. Die können wir erfüllen, die können wir schüren, aber wir müssen sie bestmöglich planen.

In dem Sinn darf ich noch einmal darum werben: Dachsanierung ist selbstverständlich dringend notwendig. Trotzdem bitte ich, dem Abänderungsantrag nach Möglichkeit auch eine Chance zu geben, weil er tatsächlich eine längerfristige Nutzung, glaube ich, gut abdeckt. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Frau Braunersreuther.

Gemeinderätin **Braunersreuther**:

Sehr geehrte Kolleg:innen, ich möchte eigentlich nur eine fachliche Berichtigung machen, nämlich dass diese Pläne geheim wären und nicht zugänglich. Ich habe jetzt gerade einmal gegoogelt: Auf der Website der Stadt Graz stehen die Pläne des Siegerprojektes des Breathe Earth Collective komplett zur Verfügung. Man braucht es sich nur anzuschauen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Sonst kommen wir zur Abstimmung. Entschuldige bitte, das habe ich jetzt nicht gesehen, du bist ja herausgehuscht.

Klubobfrau **Mohsenzada:**

Ein Schlusswort nur, ich werde nur ganz kurz den Herrn Hohensinner zitieren, der immer sagt: Bitte greift zum Telefon, ruft mich an, wenn etwas nicht passt. Also das könnten Sie auch, sehr geehrter Herr Riegler. Wenn da irgendwas nicht passt, können Sie Kollegin Schwentner anrufen und um so etwas bitten. Also da spricht nichts dagegen.

Zum Abänderungsantrag wollte ich sagen, liebe Frau Unger: Es geht lediglich um einen Dachschaden, der repariert werden muss. Einen Sturmschaden, der repariert werden muss. Gespräche gab es im Vorfeld genug und Konzepte, wurden uns vorgestellt haben. Aber das enge finanzielle Korsett erlaubt uns nicht viel mehr. Es geht jetzt eigentlich nur darum, das Haus zu sichern, bevor Schlimmeres passiert und der Winter einbricht. Vielen Dank.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Gut, dann kommen wir zur Abstimmung über den Abänderungsantrag. Wer ist für den Abänderungsantrag? Das ist die Minderheit. Gegenprobe. Der Abänderungsantrag ist nicht angenommen.

Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, NEOS).

Wir kommen zum eigentlichen Stück. Wer ist für das Stück der Dachsanierung. Das ist die Mehrheit. Gegenprobe, gegen die Stimmen der ÖVP angenommen. Danke.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP).

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, zu den Zweckzuschüssen des Bundes, für die Straßenbahnen. Bitte Herr Kollege.

**9.18 Stk.17) A8-20081/2006/0330,
A8-115740/2023-09**

**Zweckzuschüsse des Bundes für die
Finanzierung von
Straßenbahnvorhaben 2023-2027**

(Berichterstatter: GR Dr. Hackenberger, Grüne)

Gemeinderat **Hackenberger:**

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer und Zuhörer hier und an den Bildschirmen, ich habe ein erfreuliches Stück zu vermelden. Wie Sie alle wissen, hat der Bund im Dezember 2023 ein Gesetz erlassen, das der Stadt Graz für ein wichtiges Infrastrukturprojekt mehr als € 38.000.000,00 einbringt. Nämlich angedacht ist, dass 50 % des gesamten Aufwandes für die Innenstadtentflechtung für den zweigleisigen Ausbau der Linie 5 und für jene der Linie 1 sein soll. Wir haben schon die erste Tranche von mehr als € 11.000.000,00 im Jahr 2024 bekommen oder sind unmittelbar zu erwarten. Die weiteren Zahlungen von € 15.000.000,00 werden im Jahr 2025 und dann ungefähr € 4.000.000,00 in den Jahren 2026 und 2027 an die Stadt fließen. Die Aufteilung dieser Unterstützungsbeträge richtet sich nach dem Baufortschritt und ist deswegen relativ lang gestreckt, weil die Linie 1 erst im Jahr 2028 fertig werden wird. Das Stück selbst hat das als Voraussetzung und behandelt das Thema, dass ja nicht die Stadt Graz selbst, sondern die Holding die Straßenbahnen bauen wird. Daher muss das Geld an die Holding weitergegeben werden. Dazu ist naturgemäß ein Vertrag mit der Holding erforderlich, der im Entwurf dem Stück beigezeichnet ist, mit der Überschrift Finanzierungsvertrag. Da ist abgebildet, was die Stadt Graz bekommt, und die Stadt Graz muss das naturgemäß weiterreichen an die Holding, die ja die Bauarbeiten durchführen wird, um das Ganze zum Abschluss zu bringen. Das heißt, wir sind jetzt in der Situation, dass wir nicht nur

in der Realität erhebliche Fortschritte im Stadtbild erkennen können, sondern dass auch die Zahlungen, die wir vom Bund zusätzlich erhalten, nun begonnen haben zu fließen.

Also zusammengefasst, ein sehr schönes Stück, formal ist ein Gesellschafterbeschluss der Holding erforderlich, in dem das abgebildet ist und eine Umbuchung im Rahmen der Stadt Graz naturgemäß. Ich bitte Sie um Annahme dieses Stückes, was jedenfalls ein guter Fortschritt für die Stadt Graz sein wird. Danke.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellt daher gemäß § 93 (1), § 95 und § 87 (4) des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl 130/1967, in der Fassung, LGBl 77/2024 den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Folgende Budgetveränderungen werden im Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2024 genehmigt:*

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2024	EVA 2024
180	651000	2.300000	11803120 (VC 3)	Zweckzuschussgesetz / Kap.trans. von Bund, Bundesfonds u. -kammern		+11.015.000	
180	651000	2.813000	11803120 (VC 3)	Zweckzuschussgesetz / Erträge aus der Auflösung v. Inv.Zusch. (Kaptrf.)			+11.015.000
180	651000	1.786000	11803120 (VC 3)	Zweckzuschussgesetz / Kap.trans. an Beteiligungen d. Gemeinde		+11.015.000	+11.015.000

Im SAP werden für die Jahre 2025 bis 2028 folgende Beträge auf oben genannten Einzahlungs- sowie Auszahlungsfipossen eingestellt:

2025: 14,911 Millionen Euro

2026: 4,525 Millionen Euro

2027: 4,316 Millionen Euro

2028: 3,398 Millionen Euro

Sollte es im Rahmen der 38,165 Millionen Euro zu jährlichen Verschiebungen kommen, so können diese Budgetverschiebungen mittels AV durch den Finanzreferenten freigegeben werden.

Betreffend die Verbuchung in SAP:

Die Einzahlungen erfolgen in einem ersten Schritt über den FHH (Zeile 1) und werden manuell in einem zweiten Schritt in den EHH umgebucht (Zeile 2). Eine diesbezügliche jährliche Meldung betreffend Umbuchung erfolgt seitens der Baudirektion an die A8/3 nach Zahlungseingang. Betreffend der fristgerecht zu veranlassenden Auszahlung erfolgt seitens der Baudirektion an die A8 nach Zahlungseingang jährliche eine Meldung.

2. Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH, StR Manfred Eber, wird ermächtigt, mittels beiliegendem Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

- Zustimmung zur Beschlussfassung im schriftlichen Weg gern. § 34 GmbHG*
- Zustimmung zum Abschluss eines Finanzierungsvertrages zwischen der Stadt Graz und der Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH betreffend die Weiterleitung der Zweckzuschüsse des Bundes für die Finanzierung von Straßenbahnvorhaben in Graz, BGBl. I Nr. 202/2023 vom 31.12.2023, an die Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH.*
- Zustimmung zur Anpassung des Wirtschaftsplans der Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH für das Jahr 2024 und Aufnahme*

der Mittel ab 2025 in das Doppelbudget 2025/2026 sowie in die Mittelfristplanung bis 2030 wie im Motivenbericht dargestellt.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Wenn es keine gibt, will ich nur ergänzen wollen, dass das wirklich etwas ganz, ganz Besonderes ist. Das würde ich gerne auch noch einmal in diesem Raum erwähnen. Das ist zum ersten Mal, dass es vom Bund eine Förderung gibt für einen Straßenbahnausbau in Graz. Das sind immerhin € 38.100.000,00 Dank der jetzt noch amtierenden Bundesministerin. Wenn ich einen Wunsch äußern darf an die künftige Regierung, und der wahrscheinlich, du liebe Dani, auch in einer Regierungskoalition, zumindest im Parlament, sitzen wirst, dass wir dafür Sorge leisten, dass wir auch in Zukunft, weil wir haben große Projekte, wir diskutieren heute auch noch die Linie 8, wir werden auch da Bundeszuschüsse brauchen, weil das sonst nicht zu stemmen ist, dass du diesen Wunsch oder dieses Anliegen auch in Wien gut vertrittst, weil es ganz wichtig ist. Ich bin sehr froh, dass uns das gelungen ist und dass wir jetzt die ersten 11 Millionen in die Grazer beziehungsweise in die Holdingkasse kriegen, um das Projekt durchzuführen. Zwei Projekte davon sind ja schon bald fertig, das eine demnächst, der zweigleisige Ausbau der Linie 5, ganz wichtig und sehr gut gelaufen und wird sehr schön im Gesamtausbau sein. Die Innenstadtentlastungsstrecke, die Neutorlinie wird auch bald fertig und mindestens so schön, ein bisschen weniger rundgelaufen in dem Außen, da hat es mehr Widerstand gegeben, weil das natürlich ein Projekt ist, das viel mehr die Umgebung beeinflusst als der zweigleisige Ausbau. Aber beides sind sehr gelungene Projekte und da kann ich mich nur bedanken und dem Dank anschließen.

Gut, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für dieses Stück? Das ist einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, zur Partnerschaft mit dem Bundesministerium zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Bitte Frau Gemeinderätin.

9.19 Stk.18) Präs-144230/2024/0001

**Partnerschaft mit dem BMK;
nachhaltige öffentliche
Beschaffung (naBe)**

(Berichterstatterin: GRⁱⁿ Gamsjäger-Katzensteiner, KPÖ)

Gemeinderätin **Gamsjäger-Katzensteiner:**

Das ist ein sehr wichtiges Stück, die öffentliche Hand ist ja ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor, auch im Bereich der öffentlichen Beschaffung und diese soll natürlich auch nachhaltig sein. Da geht es um eine gezielte Nachfrage nach ökologisch, sozial und verträglichen Produkten unter dem Gebot der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Dies kann zu zahlreichen positiven Wirkungen für Wirtschaft, Umwelt und Menschen führen. Aus diesem Grund legt auch die städtische Richtlinie für Rechnungswesen fest, dass die Leistungen für die Stadt umweltgerecht erbracht und auch soziale Aspekte, wie beispielsweise der Beschäftigung von Frauen, Langzeitarbeitslosen oder von Menschen mit Behinderungen, bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen sind. Am 11. Juli 2010 wurde ein Ministerratsbeschluss beschlossen, der sich bewusst für die Förderung der Nachhaltigkeit in ihren drei Dimensionen, wie schon angesprochen, eben ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit, entschieden hat und das Bundesministerium für Klimaschutz wurde mit der Koordination der Maßnahmen und der Implementierung dieses Aktionsplans betraut. Die bei der Bundesbeschaffung GmbH eingerichtete naBe-Plattform ist die erste Anlaufstelle für alle Fragen eben rund um den naBe-Aktionsplan.

Die Stadt Graz ist ja schon sehr bemüht, auch was den Bereich der nachhaltigen Beschaffung anbelangt, beispielsweise die ITG, welche Mitglied bei Electronics Watch ist, wo es eben sehr stark um die nachhaltige Beschaffung von elektronischen Geräten und eben auch um soziale Aspekte dabei geht. Mit der vorgeschlagenen Partnerschaft soll eben die Verantwortlichkeit bei der Stadt Graz in der täglichen Arbeit bei Beschaffungsprozessen eine Position geschaffen werden, die diesen Prozess eben noch besser unterstützt in der täglichen Arbeit. Diese Mitgliedschaft beinhaltet eben

folgende Kooperationsleistungen: die Nominierung und die Etablierung eines naBe-Beauftragten bei der Stadt Graz oder die Inanspruchnahme von naBe-Schulungen, Workshops, Trainings, Webinaren und so weiter. Diese Partnerschaft ist kostenlos und jederzeit kündbar. Der Stadtsenat stellt daher den

Antrag,

der Gemeinderat wolle gemäß dem Statut der Landeshauptstadt Graz den Abschluss der einen integrierenden Bestandteil dieses Berichts bildenden Vereinbarung strategischer Partnerschaft zwischen dem Bundesministerium für Klimaschutz und der Stadt Graz und der Nutzungsvereinbarung zur Verwendung der naBe-Marke beschließen. Bitte um breite Zustimmung.

Originaltext des Antrages:

Der Stadtsenat stellt daher gemäß § 61 Abs. 1 Statut der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967 in der Fassung LGBl. Nr. 20/2024, den

Antrag,

der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z 18 Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 den Abschluss der einen integrierenden Bestandteil dieses Berichts bildenden Vereinbarung „Strategische Partnerschaft zwischen dem Bundesministerium für Klimaschutz und der Stadt Graz“ und der Nutzungsvereinbarung zur Verwendung der naBe-Marke beschließen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? Bitte Herr Kollege.

Gemeinderat **Huber**:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss leider auch vornewegschicken, dass wir diesem Stück nicht zustimmen werden, denn für uns ist dieser Bericht eigentlich ein gutes Beispiel dafür, dass wir gewisse Prozesse auch oder beziehungsweise überregulieren können. Denn eines muss man sagen, dass die Beschaffung in der Stadt Graz auch heute schon dem Gebot der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit, vor allem aber auch den ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeiten genauso Rechnung tragen. Beim besten Willen eben bei der beschriebenen Leistung, die uns da erwartet, glaube ich nicht, dass uns da wirklich Kosten erspart bleiben werden und aus diesem Grund können wir diesem Stück leider nicht zustimmen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Bitte Herr Kollege.

Stadtrat **Krotzer**:

Ich darf hier nur ganz kurz berichten, weil wir das ja vergangene Woche am Freitag auch schon im Stadtsenat diskutiert haben, das Stück, der das ja vorbereitend gehabt hat, und ich war da sehr dankbar auch über die Ausführungen, insbesondere vom Mag. Schmalenberg und aus der Präsidualabteilung, die das aus Sicht der Verwaltung sehr deutlich formuliert haben, dass eben genau das eine massive Erleichterung ist. Weil ansonsten eben die städtischen Beschäftigten sich in all diesen Fragen das selbst überlegen müssen, aber hier eben über diese Plattform die Möglichkeit haben, dass man hier auch bereits Erdachtes, dass man an diesem Wissen teilnehmen kann und dass das eine deutliche Erleichterung ist. Insofern, glaube ich, ist es ein sehr positives Stück.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Gemeinderat.

Gemeinderat **Kozina-Voit**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schon interessant, wo man überall dagegen sein kann, also das hätte ich jetzt auch nicht erwartet, dass man da einen Widerstand bekommt. Lieber Kollege Huber, es geht da jetzt nicht um die Kosten, es geht nicht um eine möglichst billige Beschaffung, sondern es geht darum, dass man da ökologische und soziale Kriterien auch wirklich konsequent anwendet im Sinne eines Best- und nicht eines Billigstbieterprinzips. Gerade als Stadt haben wir da die Verantwortung, dass wir da als Vorreiter vorgehen. Da geht es eben nicht nur um Klimaschutz, da geht es um Nachhaltigkeit insgesamt, und ich finde das sehr gut, dass wir da wirklich auf dieser präventiven Ebene auch Maßnahmen setzen, dass da einfach andere Richtlinien, andere Regeln, andere Rahmenbedingungen gelten, weil das ist letzten Endes etwas, was dann in vielen Detailmaßnahmen wieder aufschlägt und wenn dann neue Dinge beschafft werden von der Stadt, dann sind die in Zukunft nachhaltiger, dann sind sie wahrscheinlich auch langlebiger. Also es gibt dann ökonomische Umwegeeffekte auch, die jetzt vielleicht nicht kurzfristig tragend werden, weil es ein bisschen mehr kostet, aber langfristig dann auch ökonomisch durchaus sinnvoll sind. Insofern natürlich vollste Zustimmung von unserer Seite.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann kommen wir zur Abstimmung. Entschuldigung, schon wieder.

Gemeinderätin **Gamsjäger-Katzensteiner:**

Ich dachte auch nicht, dass ich ein Schlusswort mache, aber in dem Fall jetzt schon. Ich schließe mich hier meinem Vorredner an, ich verstehe es auch nicht ganz, wie man da dagegen sein kann. Mich beschäftigt das Thema ja schon lange. Wie gesagt, wir haben dann auch vor einiger Zeit schon einmal geschaut, was kann die Stadt Graz denn noch besser machen im Sinne einer sozialeren und nachhaltigeren Beschaffung. Da waren verschiedene Bereiche eigentlich. Wir sind dann einmal auf die ITG eben zugegangen, aber es macht absolut Sinn, dass es da jetzt eine Person gibt, wenn man gewisse Bereiche Vorschläge hat, die dann dafür zuständig ist und man da nicht mit allen Abteilungen einzeln Gespräche darüber führen muss. Wie schon gesagt, es ist sehr wichtig, dass gerade die öffentliche Hand hier mit einem guten Beispiel vorangeht, was Nachhaltigkeit und vor allem auch soziale Gerechtigkeit in der Beschaffung betrifft. Wie gesagt, deswegen wundert mich jetzt das Abstimmungsverhalten das Voraussichtliche der ÖVP. In anderer Hinsicht dann, aber eigentlich auch wieder nicht, weil die ÖVP ist ja auch ziemlich stark aufgetreten gegen das EU-weite Lieferkettengesetz, das für Unternehmen gilt. Von dem her gibt es da vielleicht einen Zusammenhang, keine Ahnung. Ich freue mich auf jeden Fall trotzdem, wenn wir das auch gegen die Stimmen der ÖVP beschließen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für dieses Stück? Das ist die Mehrheit. Gegenprobe. Angenommen, gegen die Stimmen der ÖVP.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP).

Wir kommen zum nächsten Stück, zur Richtlinie über den Grazer Fonds für Aufstieg und Entwicklung, Berichterstatter bitte.

9.20 Stk.19) A5-046543/2017/0023

**Richtlinie über den Grazer Fonds für
Aufstieg und Entwicklung (GraFo)**

(Berichterstatter: StR Mag. Krotzer, KPÖ)

Stadtrat **Krotzer**:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe ein zweites erfreuliches Stück, zu dem ich mitberichten darf. Als gelernte Österreicherinnen und Österreicher wissen wir, dass Provisorien bekanntlich am längsten halten. Ein solches ist in einer gewissen Art und Weise hier vorgelegen, wenngleich es eben seit 2015 sehr vielen Grazerinnen und Grazern zugutegekommen ist. Die Rede ist vom Grazer Fonds für Aufstieg und Entwicklung in der Kurzfassung GraFo, den wir in der Stadt Graz seit Herbst 2015 haben und mit dem Menschen, die berufstätig sind, allerdings ein geringes Einkommen haben, unterstützt werden, wenn sie Ausbildungen, Weiterbildungen, Fortbildungen machen. Das Ganze war mir insofern auch wichtig mitzunehmen hier in die Berichterstattung, um das vielleicht auch wieder in Erinnerung zu rufen, dass wir so etwas haben, damit eben auch Mandatarinnen und Mandataren, wenn ihr einmal ins Gespräch kommt, auch darauf hinweisen könnt.

Abgewickelt wird das Ganze von ÖSB Consulting und finanziert eben vom Sozialamt der Stadt Graz. Die Geschichte ist wirklich beachtlich. Seit 2015 sind fast 1.000 Fördernehmerinnen und Fördernehmer in den Genuss dieser Förderung gekommen, mit der eben Aus- und Weiterbildungen von Grazer:innen unterstützt worden sind, die eben dann auch wieder helfen sollen, dass Menschen bessere berufliche Perspektiven gewinnen, dass sie höhere Sicherheit haben, ihren Arbeitsplatz zu erhalten, dass sie eben dann auch die Möglichkeit haben, ein höheres Einkommen zu haben. Das wird

jetzt sozusagen noch einmal in eine Richtlinie gegossen, wo ich um die Zustimmung ersuchen darf, und freue mich schon vorweg über die auch im Ausschuss signalisierte breite Zustimmung.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege, Soziales, Senior:innen und Integration stellt gemäß § 45 Abs 1 und Abs 2 Z 25 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. Nr. 77/2024 den

Antrag

der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem gegenständlichen Bericht wird zugestimmt und die Richtlinie über den „Grazer Fonds für Aufstieg und Entwicklung“ (GraFo) wird vorbehaltlich der Zurverfügungstellung der budgetären Mittel beschlossen. Die gegenständliche Richtlinie tritt mit 01.01.2025 in Kraft.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Gibt es Wortmeldungen? Keine. Wünscht du ein Schlusswort? Gut, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für dieses Stück? Das ist einstimmig angenommen. Danke.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, wenn ich das jetzt richtig habe, zur Machbarkeitsstudie Erweiterung Stadion Graz Liebenau. Bitte, Herr Kollege Hackenberg.

**9.21 Stk.22) A10/BD-099573/2024,
A8-115740/2023-38,
A8/4-028973/2010-267**

**Machbarkeitsstudie „Erweiterung
Stadion Graz Liebenau“**

(Berichterstatter: GR Dr. Hackenberger, Grüne,

Gemeinderat **Hackenberger:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Stadtregierung, was ganz Neues: Projektgenehmigung für die Prüfung, inklusive der Machbarkeitsstudie, für die Jahre 2024 und 2025 betreffend die Erweiterung des Stadions Graz Liebenau. Eine Konsequenz aus der Entscheidung, es bei einem Stadion zu belassen. Laufend werden seitens der Stadion Graz Liebenau GmbH die Ertüchtigungen, Sanierungen, die Verbesserung der Sicherheitsinfrastruktur, die laufenden Anpassungen an Auflagen der Bundesliga und die Planung für einen Ausbau des Sporttagungszenrums und Sky-Boxen verfolgt. Jetzt steht aber neu und erweitert an, die Überlegung der Aufstockung der Stadionkapazität auf idealerweise 23.000 Menschen und die Schaffung der Eignung für sämtliche UEFA-Bewerbe, inklusive Champions League sowie Länderspiele der Fußballnationalmannschaft, eine Erweiterung des Hospitality-Bereiches, eine Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten und die Ermöglichung eines unterschiedlichen Brandings für die zwei Grazer Fußballclubs. Wir sprechen hier über eine Planung, über eine Auslotung was möglich sein wird. Der Motivbericht erwähnt die Möglichkeit der Notwendigkeit eines UVP-Verfahrens, weiß man noch nicht sicher. Kosten soll das Ganze € 270.000,00. Finanziert soll es durch die Neuanlage im SAP mit dem Titel „Prüfung Stadion Graz Liebenau“ und einem neuen Deckungsring. Die Bedeckung der Kosten für die Machbarkeitsstudie in Höhe von € 150.000,00, das ist jener Teil der für das Jahr 2024 erforderlich ist, erfolgt aus Verstärkungsmitteln. Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen beantragt daher, diesem Stück zuzustimmen und im Sinne des Motivenberichtes den Beschluss zu fassen. Danke schön.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien sowie der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung stellen daher gemäß 8 45 Abs. 2 Z 5 iVm 8 93 Abs. 1 bzw. 8 95 Statut der Landeshauptstadt Graz, LGBl.130/1967 idF LGBl. 77/2024 den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1) Die Projektgenehmigung „Prüfung Stadion Graz Liebenau“ in Höhe von € 270.000,- wird beschlossen.

Die Mittel verteilen sich in den Jahren 2024 bis 2025 wie folgt:

2024:	€	150.00, -
2025	€	120.00, -

- 2) Der Budgetvorsorge über € 150.000, - für 2024 wird zugestimmt.

Der Finanzierungshaushalt 2024 wird wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2024	EVA 2024
220	030000	1.728000	42204570	Prüfung Stadion Graz Liebenau / Entg. sonst.Leist.	D.220457	+150.000	+150.000
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel		-150.000	-150.000

Die entsprechenden Budgetmittel für das Jahr 2025 in Höhe von € 120.000, - werden auf der Kombination Finanzstelle 220 / Fonds 030000 / Finanzposition 1.728000 / HHP 42204570 / Deckungsring D.220457 in SAP zur Verfügung gestellt.

- 3) *Erstellung einer umfassenden Machbarkeitsstudie für die Erhöhung der Zuschauerkapazität auf bis zu 23.000 am bestehenden Standort Stadion Graz Liebenau.*
- 4) *Die Stadtbaudirektion wird mit der Durchführung der Machbarkeitsstudie unter Einbeziehung der zuständigen Fachabteilungen und Stakeholdern (Vereine, Stadion Graz Liebenau GmbH, externe Konsulenten) beauftragt.*
- 5) *Die Abteilung für Immobilien wird beauftragt, in Angelegenheiten der Grundstücksakquisition sowie der gutachterlichen Betreuung hinsichtlich etwaiger Bewertungen, mitzuwirken.*

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es Wortmeldungen? Keine Wortmeldungen zur Machbarkeitsstudie? Doch, ok. Du musst nur aufzeigen. Bitte Herr Gemeinderat.

Gemeinderat **Huber**:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir als Grazer Volkspartei sehen dieses Stück jetzt nicht ganz so positiv wie unser Vorredner. Man muss ehrlicherweise sagen, dieses Stück ist der Höhepunkt einer dreijährigen Reise der Kahr-Schwentner-Koalition, die da wirklich in dieser Frage eigentlich mehr oder weniger versagt hat und jedes Wahlversprechen gebrochen hat, das vor der Wahl 2021 gemacht wurde. Aber wir haben uns als Volkspartei jetzt einmal auch die Mühe gemacht und diese dreijährige Reise etwas aufgearbeitet. Da haben wir ein bisschen ein Best-Of herausgearbeitet von den agierenden Personen.

Da haben wir zum Beispiel eines gefunden, ein Statement von Christian Jauk, dem Sturmpräsidenten, im Februar 2022, der gesagt hat: „Ich habe das Gefühl, dass die jetzige Regierung diese Stadionfrage sehr ernst nimmt. Vielleicht gelingt es ja, die

Pläne bis Ende des Jahres entscheidungsreif auf den Tisch zu bekommen.“ Also da sieht man auch, ein Sturmpräsident kann sich hier und da irren. Oder: „Die Zwei-Stadion-Lösung ist ein großer Fortschritt. Im Idealfall wird das Stadion im Norden von Graz gebaut“, das war Matthias Dielacher im März 2023. Oder: „Das, was wir versprochen haben, halten wir“, das war Michael Ehmann im Juni 2023. Das ist übrigens der einzige Gewinner in dieser Sache, weil der hat mit der Sache nichts mehr zu tun, also das ist ja etwas Schönes. Oder wieder der Sturmpräsident Christian Jauk, der sagt: „Frau Kahr hat uns zugesagt, dass der Prozess nun offiziell gestartet wurde. Bis Ende des Jahres soll die Zwei-Stadion-Lösung am Tisch liegen.“ Das war im August 2023. Jetzt haben wir mehr als ein Jahr später, oder: „Es ist wichtig, sehr genau hinzuschauen, damit nicht nur Luftschlösser gesetzt werden“. Das war auch wieder der Michael Ehmann oder der grüne Klubobmann Karl Dreisiebner: „Wir sind so weit gekommen wie davor noch nie jemand gekommen ist, das darf uns durchaus freuen“. Naja, also da seid ihr schon die einzigen, die das freut, weil sich sonst in der Stadt leider niemand mehr freut. Der Höhepunkt war die Frau Bürgermeisterin im letzten „Steiermark Heute“ zu diesem Thema, die gesagt hat: „Ja, jetzt braucht es eine vertiefte Prüfung, bei der viel angeschaut gehört, vom Licht, vom Verkehr. Da braucht es eine genaue Prüfung, das ist ja immerhin kein Würstelstand den wir da hinstellen“. Naja, zumindest die Tragweite hat da die KPÖ erfasst. Leider wieder einmal ohne Lösung. Man muss halt ehrlicherweise festhalten, in diesen drei Jahren ist bis auf einen medienwirksamen Stadionausschuss wenig bis gar nichts passiert. Ihr hinterlässt beide Clubs, beide Fangruppen enttäuscht zurück.

Wir werden diesem Stück zwar zustimmen, aber ganz ehrlich, diese Freude, die da teilweise von manchen agierenden Persönlichkeiten zur Schau gestellt wird, ist, glaube ich, von eurer Seite nicht unbedingt notwendig.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Frau Kollegin Gamsjäger-Katzensteiner.

Gemeinderätin **Gamsjäger-Katzensteiner:**

Wenn wir schon beim geschichtlichen Rückblick sind, werde ich mich da anschließen. Vielleicht noch einmal aufgedröselte: 1997 Eröffnung Stadion Liebenau. Damals war es der Wunsch beider Vereine zusammen in diesem Stadion zu spielen. Dann hätte es bei der Austragung der EM 2008 die Chance gegeben, Graz als Austragungsort zu wählen und zum Ausbau finanzielle Mittel bekommen zu können. Wurde damals nicht genützt. Dann kam der Abstieg des GAK in die erste Klasse, wurde in Weinzödl gespielt. Jetzt ist der GAK zurück in der obersten Spielklasse und davor kam dann natürlich schon der Wunsch auf, des SK Sturms, ein eigenes Stadion zu haben. Die Vorgängerkoalition hat das damals abgelehnt. Eben um wieder den Herrn Stadtrat Riegler zu zitieren: „Ist dem Steuerzahler nicht zumutbar“. Wir haben dann gesagt, als Koalition, wir schauen einmal, wie das überhaupt mit dem Standort aussieht, welche Möglichkeiten gäbe es da. Da hat es zunächst einmal ausgesehen, als wäre vielleicht in Weinzödl etwas möglich. Da hat es aber eine Machbarkeitsstudie, dies negativ bewertet. Dann wurde eben genau zu diesem Zweck auch der Stadionausschuss anberaumt, um Alternativen für einen möglichen Standort zu prüfen.

Nebenbei möchte ich schon erwähnen, dass die neue Stadtregierung, nicht so wie das vorher dargestellt wurde, quasi der Profifußball würde da links liegen gelassen, so nach dem Motto. Es ist einiges passiert, eben Zuzahlung zum Trainingszentrum für die Jugend und Frauen vom SK Sturm Graz. Ein Sicherheitspaket wurde geschnürt, eine Ausweitung des Trainingszentrums vom GAK und Sponsoring des SK Sturm über die Tochtergesellschaft und auch von GAK.

So, jetzt sind wir hier, dass wir eben das Stück über die Machbarkeitsstudie beschließen wollen. Es hat sich herauskristallisiert, dass das eigentlich die sinnvollste Lösung ist, zu schauen, was kann man am aktuellen Standort, beim Stadion Liebenau, hier verbessern im Sinne der Sicherheit, aber auch im Sinne dahingehend, dass es die Anforderungen der Bundesliga, aber auch von internationalen Spielen erfüllt. Es geht jetzt darum, eben genau dieses Stück zu beschließen. Wie gesagt, wir haben damals Standorte geprüft, es war aber dann auch klar, und das war auch schon in der Sitzung vor dem Sommer, glaube ich, klar, dass die finanziellen Mittel für das Stadion nicht von

der Stadt Graz kommen können. Dementsprechend haben sich jetzt hier auf diese Vorgehensweise einmal geeinigt und ja, ich hoffe natürlich, dass da Zustimmung kommt. Stimmt ja auch die ÖVP zu und dann bin ich überzeugt, dass wir da zu einem guten Ende kommen werden.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Bitte Frau Gemeinderätin.

Gemeinderätin **Leban-Ibrakovic**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher und Zuseherinnen. Ich würde gerne jetzt die Geschichte oder die geschichtliche Abhandlung etwas in die Zukunft bringen. Und zwar würde ich gerne einen Zusatzantrag einbringen. Woraus ist der entstanden? Ich gehöre selbst ja nicht zu den so fußballaffinen Menschen, die aber natürlich auch durch die Gegebenheiten immer wieder durch Fußballspiele sozusagen beeinflusst werden. Aber wir waren auch letzte Woche beim Kinderbüro und da war eben auch die Bitte vom Kinderbüro, dass man vor allem die Kinder, die Fußballspiele besuchen, aber auch Kinder, die in diesem Bereich leben und auch jetzt dann vermehrt von diesen Fußballspielen beeinflusst werden, dass man die eben berücksichtigt. Es waren ja auch die Kolleg:innen vor Ort und es wurde an sich auch dort gesagt, dass man das eventuell schon in die Machbarkeitsstudie einbauen kann. Ich habe es jetzt leider nicht gefunden, was mich ein bisschen überrascht hat. Es kam dann eben dieser Dringliche Antrag, den wir auch heute noch behandeln werden, aber mir geht es jetzt darum, dass man das vielleicht schon jetzt konkret in dieser Machbarkeitsstudie einbindet. Und zwar jenen auch Berücksichtigung schenkt, die eben dort massiv dann beeinflusst werden. Das bedeutet eben all jene, die dort wohnen. Vor allem Familien, aber vor allem auch Kinder, die oft durch Fanmärsche, die oft durch lautes Feiern beeinflusst werden. Sie haben dann manchmal auch Angst durch das vermehrte Aufkommen von Polizei und

sind eben massiv beeinträchtigt in ihren normalen Wegen, die sie sonst gehen. Und da war eben der Wunsch des Kinderbüros zum Beispiel von einem Kinderkorridor oder von anderen Maßnahmen, die man sicher noch überlegen kann.

Und deswegen möchte ich hier auch den

Zusatzantrag

stellen, dass im Zuge der Machbarkeitsstudie in der Bedarfsplanung auch die Sicherheit von Familien und Kindern sowohl beim Stadionbesuch als auch in unmittelbarer Wohnnähe zum Stadion mitbedacht werden soll. Ziel sollte sein, dass die Studie Maßnahmen setzt, die ein sicheres und familiengerechtes Stadion, sowie Stadionumfeld ermöglicht. Weil es wäre auch zu wünschen, dass man eben es nicht mit den Kindern vermeidet ins Stadion zu gehen, weil man Angst hat, sondern, dass auch Familien und vor allem auch Kinder gerne diese Fußballspiele auch besuchen. Da bedarf es vielleicht noch einiger Überlegungen, die hier auch konkret benannt werden sollten.

Deswegen bitte ich diesem Zusatzantrag zuzustimmen. Danke schön.

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Wie für viele Fans, ist vor allem für Kinder die Sicherheit und Sauberkeit rund um Fußballspiele im Stadion Graz Liebenau besonders wichtig.

Und so wichtig es ist, das Stadionerlebnis für Kinder und Jugendliche durch Spieltagsorganisation so sicher und inklusiv wie möglich zu gestalten, so wichtig ist es auch, Kindern, die nicht unmittelbar ein Fußballspiel besuchen, die notwendige Sicherheit im Stadtgebiet und öffentlichen Verkehrsmitteln im Vorfeld eines Spieltages zu geben. Viele Fans reisen eben mit den öffentlichen Verkehrsmitteln an, die Straßenbahnen und Busse sind oft überfüllt, was zu Unwohlsein und Unsicherheit bei Kindern führen kann.

Kinder können sich durch Fanmärsche und Zusammenkünfte von Fans an öffentlichen Plätzen, durch Gedränge, Pyrotechnik und den Auswirkungen von übermäßigem Alkoholkonsum belästigt fühlen. Besondere Berücksichtigung sollte in diesem Sicherheitskonzept auch die Wohnqualität der Anrainer:innen und deren Kinder finden. Kinder müssen vor diesen nicht regelmäßig stattfindenden, aber möglichen Vorfällen geschützt und sensibilisiert und speziell vorbereitet werden. Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Zusatzantrag:

Im Zuge der Machbarkeitsstudie soll in der Bedarfsplanung auch die Sicherheit von Familien und Kindern sowohl beim Stadionbesuch, als auch in unmittelbarer Wohnnähe zum Stadion mitbedacht werden. Ziel sollte sein, dass die Studie Maßnahmen setzt, die ein sicheres und familiengerechtes Stadion sowie Stadionumfeld ermöglichen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Bitte Frau Gemeinderätin.

Klubobfrau **Schlüsselberger:**

Liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat, ich mache es kurz. Wir sind in der gleichen Steuergruppe gesessen, ja, ein wichtiger und richtiger Antrag von dir, findet auch Zustimmung. Ich möchte aber nur ergänzend sagen, wir haben auch nach dieser Steuergruppe das gemacht, was die Kollegin Gmeinbauer heute empfohlen hat. Wir sind einfach hingegangen und haben mit den Ämtern geredet und haben das bilateral besprochen. Ich möchte nur der Form halber, damit nicht der Eindruck entsteht, wir hätten uns bis zum heutigen Tag um keine Kinderrechte gekümmert. Wir haben ja genau vor einem Jahr beschlossen, dass Graz sich generell zu Kinderrechten bekennt, und dieses Partizipationsrecht wird in den Ämtern als gelebte Praxis gemacht. Nicht

nur für Kinder, sondern auch für Menschen mit Behinderung, für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger und für alle Betroffenen. In der Gesamtheit wird das schon gemacht, aber du hast uns absolut auf deiner Seite, weil es gibt keinen Moment, den man auslassen darf, um nicht auf Kinderrechte und das Recht auf Mitgestaltung auch in den Fokus zu rücken. Deswegen gehen wir auf jeden Fall mit diesem Antrag mit. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Als nächstes hat sich Frau Gemeinderätin Herlicska zu Wort gemeldet. Ich wollte für das Protokoll sagen, dass sich Gemeinderat Kollege Hackenberg krankheitsbedingt entschuldigt hat. Bitte.

Gemeinderätin **Herlicska**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Conny, liebe Dani, du warst schneller als ich. In der Firma laufen wir nur um die Wette, vielleicht zur Kaffeemaschine, heute ans Rednerpult. Ja, du hast schon ganz viel gesagt von dem, was ich auch mitteilen wollte, das war nämlich der Termin, von dem du gesprochen hast, Conny, wirklich ein sehr schöner Termin. Ich glaube, der war sehr bereichernd und sehr informativ. Alles, was du da in deinen Antrag hineingeschrieben hast, das ist völlig richtig und unterstützenswert, weil eben genau dieser Blick, glaube ich, bei allen Entscheidungen, die in der Stadt getroffen werden, nur noch einmal deutlicher hervorgestrichen werden kann. Deswegen werden wir deinem Antrag auch zustimmen. Danke schön.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Klubobmann.

Klubobmann **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat, werte Zuseher. Ein Thema, das mir persönlich sehr am Herzen liegt, weil ich doch auch fußballinteressiert bin und gelegentlich ein Stadion besuche, in der Freizeit viel zu selten, weil ich zu wenig Zeit habe. Aber ich besuche die Stadien in Österreich. Da muss man schon sagen, wenn man durch das Land fährt, vielleicht einmal auswärts dabei ist, dann stellt man sich irgendwann die Frage, warum klappt es mit den Stadien überall nur nicht in Graz. Das ist dann schon etwas makaber. Schaut man ins Rote Wien, und ihr wisst, ich bin bei Gott kein Roter, dann haben dort die Vereine, die zwei großen, jeweils ihr eigenes Stadion. Und dann haben auch darunter die Vereine ihre Stadien, auch die kleineren. So, schaut man nach Linz, gibt es zwei Bundesligavereine, haben beide ein Stadion. Hat man für den kleineren Verein, unter Anführungszeichen, der weniger lange in der Bundesliga ist, Blau-Weiß Linz, auch dort eine tolle Lösung geschaffen. Schauen wir dann nach Vorarlberg oder sonstwohin, Altac, Lustenau, überall wird in die Infrastruktur investiert, überall schafft man das, diese Millionenbeträge, die die Stadt Graz nicht aufbringen kann, aufzubringen und für den Fußball eine gute Infrastruktur zu schaffen.

In Graz gelingt uns das nicht, aber das ist eine Frage der Prioritätensetzung. Weil wenn ich jetzt in das Neutorviertel € 12.500.000,00 rein investiere, nur als Beispiel, ist das schon einmal ein Teil eines Stadions. Ja, da könnte man schon ein bisschen was für ein zweites Stadion machen, will man aber nicht. Das muss man halt auch einmal so kommunizieren. Fußball ist natürlich immer bis zu einem gewissen Grad politisch. Man hat aber diese Frage, diese Stadionfrage bewusst politisch gemacht, weil man sich von manchen Parteien das letzte Mal, bei der Wahl 2021 erhofft hat, dass man damit politisch sticht. Da hat man dann mobilisiert und da ist dann im Stadion Politik gemacht worden. „Wahlkampfgeblänkel ist uns sonst einerlei, doch nächsten Sonntag gilt, kein Kreuz bei einer Ein-Stadion-Partei“. Da haben sich ein paar verwählt, da haben sich danach wirklich ein paar verwählt. Die werden jetzt mit Schrecken aufwachen, weil sie kriegen jetzt das Ein-Stadion und das eine Stadion wird jetzt einzementiert. Jetzt wird eben dieses Stadion, das nicht mehr zeitgemäß ist, man

denke an diesen Graben, ich glaube, der ist europaweit einzigartig, nur um den beneidet uns niemand, genauso wie uns niemand um das Sturmtor Roman Wallner und Roland Linz beneidet hat, so beneidet uns niemand in Graz um diesen Graben, das muss ich einmal ganz offen sagen.

Das Stadion, hier Geld reinzuinvestieren, reinzustecken, ob das die vernünftigste Lösung ist, weiß ich nicht. Gut, wird die Machbarkeitsstudie zeigen. Das Ganze hätte man aber auch schon im Dezember 2021 oder meinetwegen irgendwann im Jahr 2022 beschließen können, weil das war ja alles schon am Tisch. Jetzt haben wir die Machbarkeitsstudie und danach wissen wir, was wir tun können. Wir hätten uns diesen Stadionausschuss einfach sparen können. Ich meine, er war sehr lustig, muss ich schon sagen. Wir haben einige Male fraktionsübergreifend, also ich sage, wirklich gelacht. Ich kann mich noch erinnern, als der Kollege Huber von der ÖVP und ich uns angeschaut haben, wie der Stadtrat Eber etwas anderes sagt, währenddessen geht ein Wochen-Artikel online, wo schon vorher das Büro vom Herrn Stadtrat Eber ein Interview gegeben hat. So etwas Bizarres, ich das dann vorlese, der Ausschuss für vier bis fünf Minuten in einem Zustand, ein undefinierbarer Zustand einfach dort geherrscht hat, wo man sich wirklich fragt, wie unprofessionell kann man sein, dass das Büro des zuständigen Stadtrates vorher ein Interview gibt, während man im Ausschuss darüber reden sollte, was passiert, aber steht eh schon in der Zeitung. Also das ist einfach nur bizarre. Jetzt hat man halt diese Lösung scheinbar gefunden, aber auch nicht vor dem Sommer, weil da hat man das Stück dann wieder abgesetzt. Dann war mysteriös irgendwie etwas im Busch, das kommt jetzt und ich weiß ja schon, was nächstes Jahr kommen wird. Nächstes Jahr kommt dann die Machbarkeitsstudie und dann wird man wieder sagen, wir haben ja auch kein Geld. Das Land muss zahlen und die Vereine müssen zahlen. Die KPÖ wird wieder sagen, aber das sind ja Profifußballvereine, das ist ja purer Kapitalismus. Die sollen etwas zahlen, die sollen keine Spieler zahlen, die sollen das Stadion zahlen, weil wir zahlen es nicht. Das ist ja alles, also eine reine Show, während wir zuschauen müssen als Grazer, wie Sturm, eine der erfolgreichsten Saisonen, also jetzt, sie spielen in der Champions League, höher geht es nicht mehr, in Klagenfurt spielt, in Kärnten. Und jetzt, ich bin zwar, aber auch, man muss das jetzt

wirklich einmal so sagen, es ist eigentlich wirklich, wirklich peinlich. Da hat man einfach geschlafen und da kann man natürlich sagen, man hat auch in den Jahren davor geschlafen, keine Frage. Aber Sie, liebe Stadtkoalition, Stadtregierung, sind in den letzten Wahlkampf gezogen mit diesem „Wir machen etwas Neues“. Zumindest von der KPÖ und auch von der SPÖ ist mir das bekannt. Die Grünen waren immer sehr vorsichtig. Ich habe gerade vorhin nachgelesen, der Herr Klubobmann Dreisiebner hat unmittelbar nach der Wahl gesagt, wir keine voreiligen Versprechen abgegeben. Gut, euch nehme ich aus der Haftung. Aber liebe KPÖ und SPÖ, ihr wart da dabei, habt etwas groß versprochen und dann hat man gesehen, naja gut, geht sich nicht aus. Aber es geht sich nicht aus, weil ihr die Prioritäten anders setzt, weil ihr das Geld halt nicht in den Profifußball stecken wollt. Wobei das ja nicht nur in den Profifußball geht, das ist ja wirklich eine, ich sage, Tricky-down-Strategie, die man mit einem Stadion verfolgt. Fußball beginnt halt ganz oben mit dem Stadion. Die Vereine machen so viel Nachwuchsarbeit, es geht ja durch und durch, das ist ja eine gesellschaftliche Sache, die sich durch runterzieht. Also nur das Stadion an sich ist jetzt kein Monument von irgendwelchen Kapitalisten, sondern etwas, was einer Stadt eine Identität geben kann, was einfach einer Stadt ein bisschen Schwung geben kann und das nehmt Ihr dem ganzen Projekt.

Nächstes Jahr, ich bin mir sicher, werden wir wieder darüber diskutieren und dann wird es heißen, die Machbarkeitsstudie, die sagt, das ist alles so teuer und die Inflation, der Krieg in der Ukraine, Covid-Variante Nummer 15 und was weiß ich nicht alles wird uns schlussendlich nicht ermöglichen, das Stadion aufzuwerten. Dann warten wir halt ein Jahr, dann kommen die Wahlen und irgendwann wird halt das Stadion in Liebenau einfach nicht mehr gehen. Dann werden wir wirklich etwas machen müssen, das ist dann halt die urösterreichische Lösung. Könnte man einfach sagen, wir warten wirklich bis der Kotter zusammenfällt heute und dann müssen wir etwas Neues machen. Bis dahin wird es halt immer wieder diese ganzen Verzögerungstaktiken geben. Vielleicht machen wir noch einmal einen Stadionausschuss oder sonst irgendetwas. Die Frau Bürgermeisterin, schade, dass sie nicht da ist, hat vor nicht allzu langer Zeit gesagt, bevor wir etwas entscheiden,

könnten wir ja doch eine Volksbefragung machen. Ich bin hier draußen gestanden mit einem Dringlichen Antrag, habe gesagt, bitte befragen wir die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Nein, aber wenn man dann etwas entscheiden müsste, könnte sie sich eine Volksbefragung vorstellen. Naja, jetzt hat man die Ein-Stadion-Lösung einzementiert mit dieser Machbarkeitsstudie, nichts mit irgendeiner Befragung. Also so geht es hin und her, am Ende ist es keine befriedigende Lösung für irgendwen. Wir können weiter nach Klagenfurt fahren und Sturm Graz uns dort anschauen. Gut, ist halt leider so, muss man hinnehmen. Alle anderen Städte schaffen es, die Stadt Graz schafft es nicht, das ist ein Armutszeugnis für die zweitgrößte Stadt Österreichs.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Herr Stadtrat Hohensinner hat sich zu Wort gemeldet.

Stadtrat **Hohensinner**:

Werte Frau Vizebürgermeisterin, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Markus Huber hat das schon gesagt, wir werden dieser Studie zustimmen, weil die Hoffnung stirbt zuletzt. Aber weil euer Motto scheinbar jetzt die letzten Monate ist, nicht das Erreichte zählt, sondern das Erzählte reicht, muss man bei den Ankündigungen der Frau Bürgermeisterin immer einen Faktencheck machen.

Insgesamt war die mediale Berichterstattung ja so, als würden wir den Umsetzungsbeschluss heute treffen oder den Spaten morgen setzen. In Wirklichkeit, das muss man sagen, da geht es noch um kein neues Stadion, sondern da geht es um eine Studie. Und die Studie, das muss man sagen, und der Alexis hat ja schon gesagt, das hätte man gut und gerne gleich nach der Wahl in Auftrag geben können. Das habt ihr verschleppt und die Bürgermeisterin gibt das ja unverblümt in der Zeitung zu. Sie hat gesagt, das hätten wir schon viel früher machen müssen. Sie hängt aber den Schwarzen Peter der SPÖ ganz konkret um und sagt, ja, aber da waren ein paar nicht dafür. Leidtragend sind die Steuerzahler, leidtragend sind die Fußballfans.

Und ich gebe auch zu, wir hätten in der letzten Periode auch mehr Budget investieren können im Stadion. Es waren € 11.000.000,00. Im Nachhinein sage ich ganz offen und ehrlich, zu wenig. Aber dass Sturm Graz jetzt in der Champions League in Kärnten spielen muss, das habt ihr verbockt. Jetzt werde ich einmal den Gegenbeweis anstellen, weil Dokumente von der Messe, du hättest auch den Zugriff, sagen ganz eindeutig aus, wenn ihr die Sanierung und die Weiterentwicklung des Stadions gleich nach der Wahl in Angriff genommen hättet, dann wären wir jetzt spätestens 2024, das Dokument sagt sogar 2023, UEFA-tauglich. Natürlich hätte es mehr sein können, aber ich habe das Dokument hier, da steht geschrieben: Einreichung der Infrastrukturplanung bis Ende November 2021, Bauphase Ende Mai 2022, voraussichtliche Öffnung beziehungsweise Fertigstellung Juli, August 2023. Im November 2021 hat es schon eine Bürgermeisterin, Elke Kahr, gegeben. Einfach dieses Konzept entlarvt euch, dass ihr drei verlorene Jahre in dieser Fußballfrage hingelegt habt. Das ist nun mal so.

Aber hätte, hätte, Fahrradkette. Wir müssen nach vorne schauen und ich möchte mich an dieser Stelle wirklich ganz, ganz herzlich bei der GBG und vor allem bei Peter Schaller von Sturm Graz bedanken. Er hat mit einer kleinen, feinen Arbeitsgruppe genau das jetzt zusammengebracht, was ihr drei Jahre nicht auf die Reihe gekriegt habt. Er hat ein Konzept ausgearbeitet, dass man jetzt die Studie einreicht und diese Studie erhebt. Genau das versetzt mich in eine Hoffnung, dass wir den großen Wurf für Liebenau doch noch zusammenbringen. Aber die Dokumente, weil ihr jetzt ganz aufgeregt zusammenlauft, lieber Herr Finanzstadtrat, das können wir uns gemeinsam noch einmal durchblättern.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Wortmeldungen? Herr Klubobmann.

Klubobmann **Dreisiebner:**

Geschätzte Mitleidende, es tut mir wirklich leid. Es muss an Zeiten liegen, wo es um Wahlkämpfe geht und um die Rettung vor oder gegen oder was auch immer, der Angst quasi gewissen Stimmenprozente in dieser Stadt nicht zu erreichen. Willkommen, KFG ist jetzt auch mit im Landtagswahlkampf und offenbar liegt es ein bisschen daran, dass man sich hier hinstellt und, lieber Herr Sportstadtrat, ich musste dich ein Stück weit korrigieren. Die ganzen Jahre, wo du Sportstadtrat warst, wo Günter Riegler für die Finanzen und die Beteiligungen zuständig war, war das Thema klar, dass dieses Stadion massive Investitionen braucht. Es ist schon gefallen, dass das auch 2019 vom Günter Riegler abgesagt worden ist. Ja, es ist auch das eine oder andere hineingesteckt worden, aber das Grundproblem, dass das Liebenauer Stadion hatte, dass es nämlich nicht mehr Champions-League- und länderspieltauglich ist, das konnte niemand, der Mitte November 2021 zur Bürgermeisterin, Vizebürgermeisterin, Stadtregierungsmitglieder etc. gewählt und angelobt worden ist, in dem Moment als erstes retten. Also das glaubst du wohl wirklich nicht, dass man im November 2021 dann noch als allererste Amtshandlung des Gemeinderates, der soeben zusammengetreten und angelobt worden ist, genau das dann auf den Weg bringt, was ihr von der ÖVP offenbar die Jahre davor einfach liegengelassen habt.

Sei es drum, und auch wenn der Herr Pascuttini hier in quasi fünf oder sechs Minuten, ich habe es nicht mitgestoppt, die Uhr hat schon nervös rot geblinkt, versucht die ganze Geschichte der letzten drei Jahre aufzureißen, um dann zum Schluss zu kommen, das hättet ihr vor drei oder zweieinhalb Jahren auch schon machen können. Nein, hätten wir nicht, weil wir eben Grundstücke gesucht haben, weil wir eben Weinzödl angeschaut haben und weil wir vieles anderes mehr getan haben und weil wir mit den Vereinen versucht haben, einen gemeinsamen Weg zu entwickeln. Auf diesem Weg sind wir jetzt, und ja, wir werden nächstes Jahr, irgendwann im Frühling, nach Beendigung und Fertigstellung dieser Machbarkeitsstudie wieder hier diskutieren und das ist auch gut so. Das ist nämlich Demokratie, da kommt nämlich ein Bericht und ein Stück im Gemeinderat und ich stehe dafür, dass ich bis dahin weiterarbeiten und dass wir alle weiterarbeiten und ich bitte alle Parteien, das zu tun, dass wir auch nach

der Landtagswahl mit der nächsten Landesregierung, wer das auch immer ist, und mit den einzelnen Parteien über die Mitfinanzierung reden und dass wir weiterhin mit den Vereinen und mit den Fangruppen in Austausch und Kontakt bleiben, weil ohne die Unterstützung des Landes, wer auch immer dort für eine Funktion hat, und ich danke hier auch den jetzt noch Regierenden und vielleicht Weiterregierenden, etwa auch dem Herrn Kornhäusl, um einmal den Sportlandesrat zu erwähnen, dass sie hier Zustimmung signalisieren. Ich hoffe, dass das dann in erklecklichem Ausmaß daherkommt. Wir wollen dieses Stadion so sanieren, dass es für zwei Generationen Fußballfans und für viel mehr Generationen Fußballspieler und -spielerinnen, Nationalspieler, UEFA-Cup-Tauglichkeit, aber auch Champions-League-Tauglichkeit, und die wäre 2021 nicht mehr zu retten gewesen, herstellt, und zwar für die nächsten 40 bis 50 Jahre. Das soll nachhaltig sein, das soll so passieren, dass es keine Verschlimmerung, Verschlechterung für die Anwohner, sondern sogar Verbesserungen gibt, was Lärm, was Verkehr etc. betrifft. Das alles wollen wir so umsetzen und alles andere ist Kleinmünzwechseln. Entschuldigung, zahlt doch bitte elektronisch, das tut richtig weh in den Ohren, so wie das jetzt geklingelt hat.

Und als allerletztes einen Zusatzantrag einzubringen, der aus meiner Sicht vielleicht nicht ganz zu dieser Machbarkeitsstudie passt, aber der im Ziel und was er beabsichtigt, gut ist und wichtig und richtig ist, dafür danke ich. Ich finde es dann nur sehr seltsam, wenn Markus Huber sich hier hinstellt, als hätte man gerade ein Seminar für Amateur-Bierzeltredner:innen und sogar hier scheitert. Deine Kalauer sind nicht einmal von niemandem applaudiert worden.

Zwischenrufe

Klubobmann **Dreisiebner:**

Der Herr Hohensinner redet über Sachlichkeit, die ÖVP redet über Sachlichkeit, weil ich in einem Moment dem Kollegen, der vorhin genau gar nicht sachlich war, genau dieses gespiegelt habe. Und damit ende ich und den Spiegel, den halte ich dir weiterhin, lieber Herr Stadtrat.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Als nächstes zur Geschäftsordnung.

Klubobmann **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat, also wie beim Fußballspiel, hat man jetzt versucht, noch einen Stürmer, der schon zehn Partien nichts mehr getroffen hat, einzuwechseln. Man war 0:3 hinten, jetzt liegt man 0:5 hinten, das Match ist abgepfiffen, es war vergebens.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Das war zur Geschäftsordnung? Ok. Herr Kollege Eber.

Stadtrat **Eber**:

Danke, ich darf versuchen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Stadtsenatsmitglieder, ein paar Dinge aus meiner Sicht ein bisschen zurechtzurücken. Zunächst einmal, na das spare ich mir, zum Alexis Pascuttini, die Geschäftsordnungswortmeldung sage ich nichts dazu, aber zum Kurt Hohensinner vielleicht ein paar Worte. Er sagt, du sagst - ist eh noch im Raum - es ist in der vergangenen Periode oder in den vergangenen Perioden vielleicht etwas zu wenig investiert worden im Stadion Liebenau. Da muss ich dir Recht geben, weil was ist denn investiert worden? Es sind die Kabinen-Trakte erneuert worden und es ist vor allem der Vorplatz erneuert worden, was schön ist, aber was dem Stadion selbst nicht direkt etwas nutzt. Insbesondere ist es so, beispielsweise, dass ja bereits 2018 der Beschluss im Gemeinderat gefasst wurde, auch das Sporttagungszentrum sozusagen zu errichten. Fragt man sich auch, warum ist bis November 2021 da nichts passiert? Also da hat man doch über drei Jahre Zeit gehabt, eventuell zu einer Beschlussfassung zu kommen. Vieles hat der Karl Dreisiebner ja jetzt schon auch gesagt, was den November

2021 anbelangt, dass man dort nicht unbedingt gleich die Einreichung machen haben können. Dafür war eben die Stadtregierung zu jung im Amt oder ist wirklich gerade an dem Tag eigentlich angelobt worden.

Wir haben jedenfalls über den Sommer mit den Vereinen und auch mit den Abteilungen natürlich Gespräche geführt. Erfreulicherweise ist es eigentlich so, dass aus meiner Sicht jetzt die Vereine auch sehen, dass diese Lösung, nämlich am Standort Liebenau, diesen Standort weiterzuentwickeln, die beste Lösung eigentlich für alle ist. Weil natürlich wir in der Stadt, und das hat eben der Stadionausschuss untersucht, keine geeigneten Grundstücksflächen mehr haben, vielleicht abgesehen von einer, aber die ist aus Kostengründen eigentlich nicht nur von uns ausgeschieden worden, sondern eigentlich übereinstimmend ist das in diesen Arbeitsgruppen so gesehen worden.

Dass jetzt diese Machbarkeitsstudie in Angriff genommen wird, genau um das geht es, weil der Kollege Pascuttini das angesprochen hat. Diesen Graben, den es nicht mehr allzu häufig gibt, genau dieser Graben soll natürlich ja auch wegkommen. Also da wird man in der Machbarkeitsstudie sich natürlich auch anschauen, wie gehen wir das an, wie können wir das lösen und wie kommen wir auch auf eine höhere Zuschaueranzahl, nämlich im Idealfall auf bis zu 23.000, was hier angestrebt wird.

Was wir auch gemacht haben in den letzten Monaten, zumindest wir haben zwei kleine Grundstücke erworben, die wir für das Stadion auf alle Fälle benötigen werden. Also die sind direkt eigentlich in unmittelbarer Nähe des Stadions, wo wir Flächen, die wir sicher brauchen werden, für die TV-Übertragungsflächen, für die Busse der Auswärtsfans und für andere Sachen. Wir sind natürlich auch immer wieder auf der Suche nach geeigneten Flächen im unmittelbaren Umfeld. Das Problem ist natürlich auch der Standort. Wir sind dort umgeben von Bestand, wir haben dort eine Eisenbahnlinie, wir haben dort eine Eishalle, wir haben dort Anrainerinnen und Anrainer und auch da werden wir natürlich versuchen, das Beste daraus zu machen. Damit mache ich einmal einen Punkt. Danke schön.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Herr Stadtrat Riegler hat sich zu Wort gemeldet.

Stadtrat **Riegler**:

Lieber Karl Dreisiebner, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte zunächst ein paar Worte zur politischen Kultur hier machen, denn wir sollten, glaube ich, schon zwei Dinge unterscheiden, nämlich einerseits eine harte, argumentative, sachliche Debatte, bei der ich euch nichts schenke, bei der auch ihr uns nichts schenken braucht.

Der andere Aspekt, und der ist eigentlich der problematische, ist, wenn wir Augen rollen, wenn wir auslachen, wenn einer irgendwas sagt. Ich merke ja genau jedes Mal, wenn ich darauf zu sprechen komme, dass mein Wirtschaftsbudget um € 2.000.000,00 gekürzt ist, dann wird halt Augen gerollt und der Herr Ram macht sich lustig darüber und so weiter. Oder wenn du Karl ans Rednerpult gehst und sagst, oh mein Gott, nachdem wir uns zu Wort gemeldet haben: „Liebe Mitleidende“, als ob jetzt die ganze Last der Welt auf deinen Schultern ruhen würde, weil halt wir unsere fachlichen Meinungen sagen. Tun wir doch ein bisschen respektieren. Wir tun uns oft hart einschenken. Wir können gerne hart diskutieren, aber tun wir uns nicht verächtlich machen. Das wird auch da draußen niemand schätzen und das wird auch da draußen niemand verstehen.

In einem Punkt möchte ich dir, Karl, sogar zustimmen. Ja, man muss tatsächlich oft überlegen, nicht immer ist der Vergleich vorher nachher zulässig. Wir reden jetzt mittlerweile, also zumindest den Zeitraum, den ich überblicke, über einen Zeitraum von 20 Jahren, nämlich seit 2004, seit ich damals auch begonnen habe, hier mitarbeiten zu dürfen. Wenn man vor sieben Jahren, also 2017, hier zurückschaut, muss man sagen, es hat damals eine gerade erst beschlossene Finanzierung für das Veranstaltungszentrum gegeben. Da waren € 6.300.000,00 am Tisch. Ich gebe zu, 2017, 2018 ist es nicht gleich in Gang gekommen und dann kam Corona. Durch Corona gab es erhebliche Teuerungen im Bausektor. Es war sogar am Anfang nicht einmal klar, ob man überhaupt bestimmte Gewerke machen kann. Das heißt, es ist damals mit

Sicherheit nicht ganz so leicht gewesen, Projekte durchzuführen. Tatsache ist aber, dass es jetzt eben mittlerweile seit 2021 soweit ist, dass ihr die Hauptverantwortung habt und das müsst ihr euch halt vorwerfen lassen, das müsst ihr euch vorhalten lassen. Liebe Dani Schlüsselberger, liebe SPÖ, ihr habt ganz, ganz aktiv die Zwei-Stadion-Lösung propagiert. Also der Michi Ehmann hat, ich könnte euch jetzt jede Menge Screenshots von Facebook-Postings und von Plakaten schicken, wie der Michi Ehmann durch die Blume aber ganz deutlich signalisiert hat, bitte wählt uns, dann werden wir schon ein zweites Stadion angehen. Mir war immer klar, das kann nicht sein, weil eine Partei wie die Grünen, die eigentlich ständig herumläuft und überall sagt, wir müssen Boden gutmachen, wir müssen die Versiegelung zurückfahren, wir müssen sogar wieder renaturieren. Also, dass ausgerechnet eine rot-rot-grüne Koalition hergehen würde, zehn Millionen für ein Grundstück beim IKEA ausgeben würde, um dann zunächst einmal ein paar 1.000 Tiefgaragenplätze zu machen, die du brauchst und darüber dann ein Betonstadion zu bauen, das glaubt doch kein Mensch. Und das war mir völlig klar, dass diese zwei Stadionankündigungen eine reine Nebelgranate war.

Und da möchte ich bitte schon auch, wenn wir über politische Kultur reden, auch für mich beanspruchen, dass ich der Einzige war, der da einigermaßen ehrlich war. Es wird auch immer wieder zitiert, ich habe sogar das Vergnügen gehabt, mit dem Herrn Hannes Reinmayr auch sogar eine Diskussion auf Video zu machen. Da habe ich den Mut gehabt, ihm vorzurechnen, was der Betrieb eines Stadions kostet, weil es ist ja nicht allein die Erstinvestition, sondern es ist ja eben dann auch der laufende Betrieb, weil so ein Stadion muss ja gewartet, instandgehalten, gereinigt etc. werden. Also da sage ich, daher ist es durchaus gut, dass ihr jetzt endlich nach drei Jahren Nebelgranate jetzt dort angekommen seid, dass ihr sagt, ok, gut, amen, bleiben wir beim Liebenauer Stadion und richten wir es ordentlich her. Deswegen werden wir auch diesem Konzept zustimmen.

Abschließend vielleicht noch eines noch für alle Fußballfans: Ich habe das Vergnügen, so lange jetzt mittlerweile dabei sein zu dürfen, dass ich miterlebt habe, wie der GAK eingegangen ist und wie der SK Sturm beinahe eingegangen ist. Ich kann mich noch gut

erinnern, wie die Christina Jahn von euch Grünen damals sich auch eingesetzt hat dafür, dass man den SK Sturm rettet. Da ist von der Stadt Graz sehr viel geschehen, das sollte man nie vergessen. Wir haben das Baurecht von der Gruabn dem SK Sturm abgekauft als Stadt Graz, damit überhaupt die Quote zu schaffen war. Sonst hätte nämlich auch der SK Sturm von der untersten Liga sich wieder hinaufarbeiten müssen. Also so zu tun, dass die Stadt Graz nichts für den Fußball übriggehabt hätte und dass man ja viele Jahre versäumt hätte und nichts getan hätte, ist einfach nicht wahr. Das möchte ich sagen, so wahr ich ein Sturm-Fan bin.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Bitte Frau Gemeinderätin Mohsenzada.

Klubobfrau **Mohsenzada**:

So, jetzt muss ich doch noch dazu etwas sagen, weil der liebe Herr Stadtrat von Kultur und Benehmen und Ordnungsruf und von all diesen Dingen redet, und gerade er hat /.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ganz kurz. Bitte, bitte.

Klubobfrau **Mohsenzada**:

Weil es hier gerade um den guten Ton geht und um eine politische Kultur geht, ich wundere mich und ich ärgere mich darüber, weil gerade Sie in dieser Woche in einer Ausschusssitzung eine Kollegin dermaßen beleidigt haben, und ja, na, es gibt einige Kolleg:innen, die das auch mitgehört haben. Es gibt ein Tonprotokoll und sie haben sich bis heute noch nicht entschuldigt dafür.

Zwischenruf:

Im Ausschuss.

Klubobfrau **Mohsenzada:**

Im Ausschuss, trotzdem darf er nicht eine Kollegin beleidigen und bis heute sich nicht entschuldigen. Und dann redet er und steht hier da und erklärt uns, wie man sich zu benehmen hat. Oder die Kollegin Hopper schreit nach einem Ordnungsruf, wonach ich jetzt wieder zurückdenke. Ich habe ihm zwei Ordnungsrufe gegeben und er hat sich nicht benommen. Also nein, Sie sind dieses Amtes nicht würdig, dass Sie sich so benehmen und so etwas behaupten.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Kollegin Gamsjäger-Katzensteiner. Waren Sie im Ausschuss?

Zwischenruf:

Ja.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Bitte.

Gemeinderat **Piffel-Percevic:**

Also wir werden in Zukunft wahrscheinlich überhaupt nur mehr laufende schriftliche Protokolle brauchen in solchen Ausschüssen, weil auch die Diskussion, die zuvorgegangen ist, diese Beleidigung, eine Behauptung war, die so nicht gestimmt hat. Sowohl die Kollegin Braunersreuther hat es dann auch richtiggestellt, so wie der Herr Stadtrat sich ausdrücklich mit folgenden Worten entschuldigt hat: „Ich habe das nicht so gemeint, wenn Sie das so verstanden haben, dann entschuldige ich mich“. Punkt.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Frau Kollegin Gamsjäger-Katzensteiner.

Gemeinderätin **Gamsjäger-Katzensteiner**:

Ich gehe jetzt kurz weg vom Herrn Stadtrat und zum Kollegen Pascuttini, nur ganz kurz, weil vorher die Wortmeldung so rüberkam, so nach dem Motto „Graz investiert überhaupt nicht in den Profifußball und andere Städte investieren Millionen und haben da eine andere Gewichtung“. Wiener Austria hat sich ihr Stadion alleine finanziert, Rapid hat die Hälfte selbst bezahlt, die andere Hälfte Wien. Wien ist aber auch ein Bundesland und hat andere finanzielle Möglichkeiten als die Stadt Graz und LASK hat sich auch zum größten Teil selbst das Stadion finanziert. Also ja, das sind halt andere Voraussetzungen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Noch eine tatsächliche Berichtigung.

Klubobmann **Pascuttini**:

Überhaupt nicht aggressiv sein, und zur tatsächlichen Berichtigung: Die Austria Wien hat den fast exakt gleichen Betrag wie Rapid für das Stadion bekommen. Das kann man in diversen Gemeinderatsprotokollen nachlesen, der LASK hat, glaube ich, vom Land etwas bekommen, von der Stadt etwas bekommen und dann, wie die Baukosten ins Exorbitante gestiegen sind, noch einmal etwas von der Stadt bekommen. Das kann man wahrscheinlich in den Linzer Protokollen nachlesen oder man recherchiert halt vorher. Aber es ist nicht so, dass diese Vereine das alleine finanziert hätten, das muss man jetzt schon auch dazu sagen.

Zwischenruf

Klubobmann **Pascuttini**:

Die Austria aber, und bei der Austria stimmt es jedenfalls nicht.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Stadtrat Riegler.

Stadtrat **Riegler**:

Also was den Vorwurf der persönlichen Beleidigung oder Nichtentschuldigung betrifft:

Ich habe mich sehr wohl im Ausschuss gestern entschuldigt, obwohl ich das, was Sie mir zur Last gelegt haben, gar nicht gesagt habe in der Form. Da können wir jetzt gerne noch einmal gemeinsam das Protokoll anhören. Ich möchte nur trotzdem einfach darum werben, dass wir uns zumindest bemühen. Ja, es kann schon sein, dass im Eifer des Gefechts manchmal auch Worte fallen, die hart sind, so wie jeder einzelne von Ihnen wahrscheinlich oder viele von Ihnen schon öfter einmal übers Ziel geschossen haben.

Zur Frau Gamsjäger-Katzensteiner möchte ich nur sagen: Es ist völlig unvorstellbar, dass irgendein Spitzen-Bundesligaverein ohne Subventionen und Zuschüsse sich die Miete eines Stadions oder die Errichtung eines Stadions leisten kann. Es mag schon sein, dass vielleicht bei der Mittelaufbringung dann einmal der Verein als Kreditnehmer aufgetreten sein mag, das kann schon sein, aber glauben Sie mir, das ist völlig undenkbar, dass sie ein gesamtes Stadion im Wert von € 60.000.000,00 bis € 80.000.000,00 bis € 100.000.000,00 alleine durch Sponsorgelder und Ticketverkäufe, selber aus eigener Kraft refinanzieren können. Das möchte ich einfach nur dalassen, damit man nur nicht jetzt irgendwie so tut, als würde das alles selbst in Wien finanziert und in Graz nicht.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wer hat denn das eingebracht? Das war der Gerhard Hackenberg, der jetzt schon im Krankenstand ist. Ok, da kommen wir zur Abstimmung über das Stück „Machbarkeitsstudie“. Wer ist für das Stück? Ist das jetzt einstimmig? Gegenprobe. Das ist einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir haben einen Zusatzantrag vorliegen. Wer ist für diesen Zusatzantrag? Das ist mehrheitlich gegen die Stimmen der KFG.

Der Zusatzantrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG).

Wir müssen kurz, wenn Sie alle einverstanden seid, noch zwei Tagesordnungspunkte machen, bevor wir zu den Dringlichen kommen. Sollen wir das abstimmen? Wer ist dafür? Danke, dann setzten wir die Tagesordnung fort und kommen zum Tagesordnungspunkt 25, Planung Neutorviertel, Berichterstatter ist Gemeinderat Kozina-Voit.

**9.22 Stk.25) A10/8-082418/2020-0031, Planung Neutorviertel
A10/BD-109956/2024-0001,
A10/5-146690/2024-0001,
A14-075453/2020/2,
A8-115740/2023-67**

(Berichterstatter: GR Mag. Dr. Kozina-Voit, Grüne)

Gemeinderat **Kozina-Voit:**

Liebe alle, wir haben ja ein zweites Stück. Das zweite, was ich heute berichten darf, das zweite, was mich auch wirklich begeistert. Es geht um die Projektgenehmigung für die Neutorviertel-Planung in der Höhe von € 550.000,00 im ICF für die Jahre 2024 bis 2026. Zu Beginn einmal danke an Barbara Urban und das Team in der Verkehrsplanung, die hier wirklich großartige Vorarbeit geleistet haben.

Ich möchte mit der Frage beginnen, die in letzter Zeit ja oft gestellt wird: Was hilft denn eigentlich der Innenstadt, was hilft der Innenstadtwirtschaft? Man kann das Ganze ideologisch angehen, man kann das Ganze aber auch faktenbasiert angehen. Und wenn man es faktenbasiert angeht, dann sieht man, dass es drei Dinge sind: Da geht es um Erreichbarkeit, da geht es um Aufenthaltsqualität und da geht es um den Branchenmix. Jetzt werden wir nicht viel über den Branchenmix reden, weil das ist nicht Verkehrs- sondern Wirtschaftspolitik. Wir können ein bisschen über die Erreichbarkeit reden. Die wird laufend verbessert, auch im Zuge dieses Projekts. Es werden Gefahrenstellen für den Fußverkehr reduziert, es wird das Radverkehrsnetz ausgebaut, mit dem Meilenstein des Schlusses des Innenstadtringes Ende Oktober. Es wird der öffentliche Verkehr ausgebaut mit der Neutorlinie und natürlich auch außen rum. Auch das Land hat den überregionalen Verkehr in die Innenstadt ausgebaut, wo man besser von außen hinkommt. Auch für PKWs ist die Zufahrt weiterhin möglich. Das heißt, eigentlich eine sehr gute Erreichbarkeit mit allen Verkehrsmitteln. Um was es dabei im Kern geht, ist die Aufenthaltsqualität. Wir haben das, wenn man rund um die Innenstadt schaut, im Bereich des Franziskanerplatzes, zum Teil in der Schmiedgasse, ganz besonders aber auch am Färber-, am Mehl-, am Glockenspielplatz.

Während wir im Neutorviertel eigentlich viel Parkplatzsuchverkehr hatten, sehr viele parkende Autos, aber wenig Platz zum Flanieren, zum Sitzen und zum Spielen. Das soll sich jetzt ändern.

Im Bereich Kaiserfeldgasse, Raubergasse, Kalchberggasse sollen die Oberflächen aufgewertet werden. Es geht eigentlich um die Erweiterung der fußgänger- und fußgängerinnenfreundlichen Innenstadt von der Herrengasse bis zur Neutorgasse.

Davon profitieren nicht nur die Besucherinnen und Besucher, sondern auch die Anrainer und Anrainerinnen durch weniger Verkehrslärm. Es wird auch eigene Anwohnerparkplätze dort geben und es profitieren eben auch die Gewerbetreibenden, weil die Geldtaschendichte dann viel höher ist und das bewährt sich in allen Städten.

Wer das nicht glaubt, der braucht nur in Graz auch schauen, dass das funktioniert. Man kann einmal durch die Griesgasse zum Beispiel gehen und dann weiter durch die Mariahilfer Straße. In der Griesgasse ist immer noch viel Autoverkehr, da sind immer noch viele Parkplätze. Die Mariahilfer Straße ist seit 20 Jahren komplett verkehrsberuhigt, ist Fußgängerzone. In der Griesgasse stehen mindestens 50 Prozent der Geschäfte leer, wenn nicht noch mehr. Die Mariahilfer Straße boomt, ist lebendig, ist attraktiv. So soll es auch im Neutorviertel in Zukunft sein, das hilft den kleinen Geschäften dort wirklich.

Ganz konkret im Stück ist eine zeitliche Abfolge der Planungs- und Umsetzungsschritte genannt. Es gibt die Phase 1b ab September 2025 mit Fertigstellung im April-Mai 2026. Da ist die Umgestaltung der Kaiserfeldgasse Ost von der Herrengasse bis zur Schmiedgasse mit Baumstandortsanierungen, Entsiegelung, Oberflächengestaltung, Begrünungsmaßnahmen, Regenwassermanagement und neuen Baumstandorten in der Schmiedgasse.

Dann die Phase 2 ab Frühjahr 2025 mit einer Verkehrsberuhigung und einer provisorischen Gestaltung in der Kalchberggasse Ost und der Raubergasse Mitte und Nord sowie der Fertigstellung dann ab 2025 bis Mai 2026 von der Kaiserfeldgasse Ost, Raubergasse Süd mit Baumstandortsanierungen, Entsiegelung, Oberflächengestaltung, Begrünungsmaßnahmen und ebenfalls Regenwassermanagement.

Dann die Phase 3 ab Herbst 2026, die Umgestaltung der Kalchberggasse Ost und der Raubergasse Nord bis Mitte, inklusive der Landhausgasse mit ebenfalls Baumstandortsanierungen, Entsiegelung, Oberflächengestaltung, Begrünungsmaßnahmen und Regenwassermanagement und danach 2026 das Ganze im westlichen Teil, also westlich der Neutorgasse. Das ist jetzt nicht Teil dieses Planungsbeschlusses, sondern wird dann gesondert gemacht.

Auch die Kosten sind hier umfangreich aufgeschlüsselt. Es gibt die Schätzungen für die Baukosten, die derzeit bei € 8.900.000,00 liegen. Es gibt die Planungskosten, die jetzt Gegenstand dieses Antrages sind, von € 550.000,00. Es gibt Schätzungen zu den Folge- und Lebenszykluskosten, wo man dann insgesamt auf rund € 12.000.000,00 bis € 12.500.000,00 kommen wird. Es gab dazu auch eine Projektkontrolle beziehungsweise ist die dann auch vom Stadtrechnungshof in weiterer Folge fortzunehmen für die Umsetzung.

Insgesamt sieht man, das ist jetzt nicht ganz billig, aber es ist eine wichtige Investition. Es ist eine wichtige Investition für eine attraktive Innenstadt. Das Ganze kann ein Paradebeispiel für eine moderne, für eine nachhaltige, für eine zukunftsweisende Stadtentwicklung werden. Es ist dort einige Aufbruchstimmung spürbar. Ich habe jetzt sehr Interessantes gefunden, auch die Mitteilung dort, wo der Knilli zugesperrt hat. Dort wird jetzt wieder eröffnet und die haben ein bisschen innovativeres Konzept mit Zustellservice etc. mit ihrer Boutique. Also da sieht man, das Ganze lebt, das Ganze wird in eine positive Richtung getragen.

Wir haben dazu jetzt dann den Antrag, und dieser

Antrag

lautet ganz konkret:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung Neutorviertelplanung für die Jahre 2024 bis 2026 in der Höhe von € 550.000,00 wird erteilt. Zweitens, der Kürzung diverser genehmigter Projekte in selbiger Höhe wird zugestimmt. Drittens, der Budgetvorsorge über € 50.000,00 für 2024 wird zugestimmt. Viertens, der Motivenbericht wird zur Kenntnis genommen und fünftens, die Abteilung 10/8 wird mit der Gesamtkoordination des Projektes und der

Beteiligung der A10-Baudirektion, der A14 und der A10-5 sowie weiterer Abteilungen des Hauses Graz beauftragt.

Ich bitte um Diskussion und Annahme des Stückes.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung und der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien stellen gemäß Geschäftsordnung für den Stadtrechnungshof § 8 6 Abs. 4 Z 3 iVm § 45 Abs. 2 Z. 5 und § 93 Abs. 1 und § 95 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl 130/1967 in der Fassung LGBl. Nr. 77/2024 den

Antrag

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die Projektgenehmigung „Neutorviertel Planung“ für die Jahre 2024 bis 2026 in Höhe von € 550.000,- wird wie folgt erteilt:*

Jahr	Betrag
2024	50.000,-
2025	400.000,-
2026	100.000,-
Summe	550.000,-

- 2. Der Kürzung diverser genehmigter ICF Projekte in Höhe von € 550.000,- wird zugestimmt.*

Der Finanzierungshaushalt für 2024 wird dadurch wie folgt geändert:

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 17. Oktober 2024

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2024	EVA 2024
220	612000	1.060000	12203860	Brauhausstraße Süd, Maria Pachleitner Straße / Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.220386	-45.200	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		-45.200	
220	212000	1.061000	12203870	Architekturwettbewerb Sport-MS Algersdorf / Im Bau befindliche Gebäude und Bauten	D.220387	-77.300	
180	212000	2.346000		Investitionsdarlehen		-77.300	
220	612000	1.060000	12203940	Straßenraumgestaltung Körösisstraße / Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.220394	-9.500	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		-9.500	
220	612000	1.060000	12203970	Nebenfahrbahn Kärntner Straße / Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.220397	-18.000	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		-18.000	

220	015000	1.060000	12204460	Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.220446	-300.000	
180	015000	2.346000		Investitionsdarlehen		-300.000	
220	030000	1.060000	12204470	Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.220447	-100.000	
180	030000	2.346000		Investitionsdarlehen		-100.000	

3. Der Budgetvorsorge über € 50.000,- für 2024 wird zugestimmt.

Der Finanzierungshaushalt für 2024 wird dadurch wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2024	EVA 2024
220	612000	1.060000	12204600	Neutorviertel Planung / Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.220460	+50.000	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		+50.000	

*Die Budgetmittel in Höhe von € 400.000,- für das Jahr 2025 bzw. € 100.000,- für das Jahr 2026 werden in SAP auf folgender Budgetstrukturplan-Kombination zur Verfügung gestellt: Fonds: 612000 / Sachkonto: 1.060000 / D.220460 / HHP 12204600
„Neutorviertel Planung“*

4. *Der Motivenbericht wird zur Kenntnis genommen*

5. *Die A10/8 wird mit der Gesamtkoordination des Projektes unter Beteiligung der A10/BD, der A14 und der A10-5, sowie weiterer Abteilungen des Hauses Graz beauftragt.*

Vorsitzwechsel – Bgm. Kahr übernimmt den Vorsitz (16.45 Uhr)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke auch. Liebe Frau Gemeinderätin Hopper. Ich darf unseren Bezirksvorsteher aus Puntigam, Herrn Helmut Scheuch, recht herzlich bei uns begrüßen.

Clubobfrau **Hopper**:

Geschätzte Kollegen der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier im Gemeinderat, liebe Zuhörer, lieber Christian Kozina-Voit. Ich darf ein paar Aspekte dalassen, wieso wir diesem Stück wie es jetzt aktuell da vorliegt bereits im Finanzausschuss nicht nähertreten haben können und auch hier im Gemeinderat nicht nähertreten werden. Wir stimmen nämlich über einen Tagesordnungspunkt ab, wo man einmal ganz grundsätzlich etwas diskutieren müsste. Du hast ausgeführt, dass es um die Verbesserung der Aufenthaltsqualität geht und deine Schlüsse, die dann durch die Aufenthaltsqualität auch dazu beitragen, wie es wirtschaftlich sich verbessern könnte etc. Es gibt auch wirklich wunderschöne Renderings, die dem Stück beiliegen

und das schaut auch extrem gut aus. Ich glaube auch, dass wir uns grundsätzlich hier einig sind, dass solche Dinge per se wichtig sind. Es ist aber schon auch so, dass das aus unserer Sicht in die Kategorie fällt, die besser bekannt ist als Kür- und ganz bestimmt nicht als Pflichtprogramm der Stadt Graz. Das ist nämlich aus unserer Sicht ein Paket, dass jetzt wahrscheinlich hier eine Mehrheit finden wird, was man machen kann, wenn die Stadt Graz aktuell finanziell sehr gut dasteht, wenn das Geld für genau diese Initiativen vorhanden ist. Man sollte das aber auf keinen Fall machen, wenn es eigentlich zu wenig Geld für die aktuell notwendigsten Dinge gibt. Die notwendigsten Dinge aus unserer Sicht zählen in diesem Fall eben nicht die Aufenthaltsqualität. In dem Fall, du hast es, glaube ich, nicht Prestige-Projekt genannt, du hast gemeint, dass es ein sehr, sehr tolles und Vorzeigeprojekt ist, das es dann im Endeffekt sein wird. Das zählt aus unserer Sicht nicht zu den Dingen, die am notwendigsten sind.

Am notwendigsten aus unserer Sicht ist, dass es eigentlich in Graz ausreichend Kinderbetreuungsplätze geben sollte. Aus unserer Sicht ist es notwendig, dass es ausreichend Personal geben sollte, damit die Behindertenhilfe entsprechend abgewickelt werden kann. Aus unserer Sicht ist das Notwendigste, dass man sich nicht darüber Gedanken macht, wie oft man in unseren Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen putzt und dafür für ein sauberes Lernen und Erleben von Kindern sicherstellt und das garantiert. Es ist auch aus unserer Sicht eigentlich wesentlich notwendiger, um jetzt einmal woanders hinzuschauen, dass man sich die Ausweitung des Straßenbahnnetzes genauer anschaut. Wir haben nach wie vor keinen neuerlichen Bericht oder einen Beschluss zu weiteren Ausbauprojekten vorliegen. Es ist aus unserer Sicht notwendig, sich anzuschauen, wie man vielleicht eine Baustellenförderung für die von der Baustelle betroffenen Unternehmen in der Innenstadt absichern kann und das ist auch noch nicht passiert.

Aus all diesen Gründen, und diese Liste könnte man tatsächlich fortsetzen mit Dingen, die wirklich, wirklich notwendig sind, sicherzustellen bei uns in der Stadt, aber ganz bestimmt nicht dieses Stück hier. Ich glaube, dass man das theoretisch auch machen könnte, wenn man überhaupt einmal einen ausgeglichenen Haushalt hat, wenn wir vielleicht ein Budget haben, das wir nicht immer und immer wieder hier im

Gemeinderatssitzungssaal reparieren und ausbessern müssen, obwohl immer wieder Leute darauf, und in dem Fall wir, darauf hinweisen, dass es nicht passt. Ich glaube deshalb, dass wir der Meinung sind, dass diese Unsumme, die wir hier beschließen, das sind ja nicht nur die Planungskosten. Du hast das eh auch ausgeführt, es sind ja nicht nur die € 50.000,00, bzw. die € 550.000,00, die wir hier für Planungskosten beschließen. Es hat zum Effekt, dass wir bis zu € 12.000.000,00, steht sogar im Stück drinnen, im Endeffekt ausgeben. Das ist Geld, das an anderer Stelle viel, viel notwendiger aktuell ist, als es bei dieser Neugestaltung des Neutorviertels aus unserer Sicht ist.

Spannend und das möchte ich auch noch dalassen, ist natürlich, dass in diesem ganzen Planungshorizont und in dem Stück auch angeführt wird, dass eine Fertigstellung Ende April 2024 angepeilt ist, also ganz perfekt im Vorfeld zu unserer nächsten Gemeinderatswahl dann von den Grünen präsentiert werden kann. Viel, viel lieber würde ich eigentlich zu diesem Zeitpunkt berichten können, dass trotz der Gruppenverkleinerungen im Kinderbetreuungsbereich, die notwendig sind, die auch wichtig sind, wir als Stadt Graz garantieren haben können, dass jedes Kind in Graz einen Betreuungsplatz bekommt, dass wir die Krippenplätze ausweiten haben können, anstatt dass wir dann erzählen können, dass es im Neutorviertel jetzt ein bisschen angenehmer ist zum Spazieren.

Aus all diesen genannten Gründen werden wir diesem Stück nicht nähertreten und ich möchte noch einmal daran appellieren: Bitte verwenden wir diese finanziellen Mittel für das, was tatsächlich notwendig ist, also für die Pflicht und nicht für die Kür.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Kozina-Voit bitte dann zum Schlusswort.

Gemeinderat **Kozina-Voit**:

Liebe Kollegin Hopper, wir können natürlich immer jedes Projekt gegen das andere ausspielen. Am Ende gibt es natürlich Dinge, die sind ohne Zweifel extrem wichtig und da gehört die Kinderbetreuung ganz vorne natürlich dazu. Ich glaube, das ist nicht, dass man das eine nicht will oder das andere nicht will und das ist auch nicht die Frage, was da jetzt ein Budget hält oder nicht. Da gibt es gewisse Rahmenbedingungen, die sind für alle Gemeinden gleich. Wenn man mit Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen aus anderen Städten redet, ich bin gestern mit dem Bürgermeister von Mariazell zusammengesessen, die haben genau die gleichen Herausforderungen, weil einfach auch die Ertragsanteile etc. sich verändern, und zwar alles in die negative Richtung. Also das ist jetzt kein Graz-Spezifikum, das wir da haben, sondern das ist so. Trotzdem müssen wir uns auch überlegen, was wir tun wollen, wenn wir eine lebenswerte Stadt morgen haben wollen. Da gehören halt Dinge dazu, die für manche als Kür erscheinen. Fakt ist, dass dort auch wirklich Werte geschaffen werden, die dann wieder etwas bringen, also auch gerade im ökonomischen Sinne.

Jetzt sagt die ÖVP als Wirtschaftspartei immer, wir sollen etwas tun für die Innenstadtwirtschaft. Ja, dort tun wir einmal etwas für die Innenstadtwirtschaft und dann sagt man: „Na, so viel Geld wollen wir dafür aber nicht in die Hand nehmen“. Da verstehe ich nicht ganz die Prioritäten. Für uns ist klar, da haben wir enorme Vorteile in ökologischer Hinsicht, in sozialer Hinsicht, in ökonomischer Hinsicht. Das ist ein Projekt, jetzt geht es einmal um die Planung. Wir müssen dann eh noch einmal darüber diskutieren, nachdem wir wirklich wissen, wie viel das kostet. Wir werden natürlich auch versuchen, da jetzt keine, wie soll ich sagen, Luftschlösser zu bauen, sondern dann wirklich Dinge zu machen, die sinnvoll sind, die notwendig sind. Ich glaube, dass da die Stadt und dieses Stadtviertel ganz besonders davon profitieren wird. Deswegen ist es sicher sinnvoll investiert, wenn wir dort jetzt die nächsten Schritte setzen.

Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Ich darf bitten, wer mit dem Stück einverstanden ist, um ein Zeichen mit der Hand. Das ist die Mehrheit.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ).

Wir kommen dann zum nächsten Tagesordnungspunkt und ich darf bitten, wer ist denn anstatt dem Herrn...? Dani Schlüsselberger berichtet. Tagesordnungspunkt 27, hier geht es um die Sparbuchbehebungen.

9.23 Stk.27) A8-115741/2023-91

Sparbuchbehebung

(Berichterstatterin: KO GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Schlüsselberger, MBA, SPÖ)

Klubobfrau **Schlüsselberger**:

Lieber Stadtsenat, lieber Gemeinderat, im nächsten Stück geht es um Sparbuchbehebungen. Ich glaube, die Genese dazu ist allen noch gut bekannt. Es gab ursprünglich im September 2024 ein Mail, dass Enthebungen und Veränderungen nur mehr mit Absprache, sprich mit schriftlichen Nachweisungen in Notfällen möglich ist. Das ist nun passiert. Das führt dazu, dass wir jetzt vor der Sachlage stehen, dass wir Sparbuchkürzungen und Veränderungen in Höhe von € 8.258.500,00 zustimmen müssen, beziehungsweise im zweiten Antragspunkt der Budgetvorsorge. Dafür bitte ich um breite Zustimmung.

Originaltext des Antrages:

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien den

Antrag

der Gemeinderat wolle gemäß § 93 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 77/2024 beschließen:

- 1. Der Kürzung sowie Veränderung der Rücklage in iHv. 8.258.500,- Euro wird zugestimmt.*
- 2. Die Budgetvorsorge 2024 iHv. 8.258.500,- Euro wird beschlossen. Beilage 1 und 2 werden in SAP verbucht.*

Betreffend Zahlungsmittelreserve wird nach Beschlussfassung die ZMR Auflösung bei der GUF bekanntgegeben. Auf Seiten der Stadt Graz wird eine Forderung iHv. 8.258.500,- Euro eingebucht.

Bürgermeisterin Kahr:

Danke. Gibt es dazu Wortmeldungen? Bitte Herr Stadtrat Riegler.

Stadtrat Riegler:

Also ich versuche es heute einmal jetzt in einer möglichst wertschätzenden Weise, aber ich muss Sie trotzdem vorwarnen. Ich muss zumindest ein paar Dinge benennen. Wir sind ja jetzt mittlerweile ziemlich genau auf Halbzeit bei der Koalitionsphase Rot-Rot-Grün und ich muss sagen, es ist bedauernswert, es ist bedauerlich. Ich kann es trotz größter Wertschätzungsbemühungen nicht anders sagen: Sie sind finanzpolitisch, leider Gottes, völlig am Ende. Ich möchte das aber gerne fachlich begründen. Das erste ist, wir haben sehr gute Erfahrungen gehabt mit dem Globalbudgetprinzip, das wir damals 2003, 2004 eingeführt bekommen haben. Das Globalbudgetprinzip ist mittlerweile abgeschafft. Ich kann Ihnen Beispiele dafür nennen. Es war ja auch

plötzlich verlangt, dass wir im Sommer auf Einzelprojektebene bis zu € 10.000,00 Projekten hinunter auf einmal plötzlich Kürzungen rechtfertigen mussten. Oder wenn man zum Beispiel jetzt Sparbuchbehebungen machen möchte, muss man eine Begründung liefern und das kann auch abgelehnt werden. Das heißt, die dezentrale Ressourcenverantwortung, die eigentlich der moderne Ausdruck eines modernen kommunalen Finanzmanagements ist, ist bei Ihnen leider abgeschafft worden. Sie haben darüber hinaus in einer Phase, in der Sie eigentlich schon wissen hätten müssen, dass es finanziell und konjunkturell schwieriger wird, auch aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie und anderer Auswirkungen, hätten Sie eigentlich schon wissen müssen, dass man sparen muss. Nichtsdestotrotz haben Sie die Schleusen geöffnet für die ganzen Sozial-Sonderbudgets, Ermessensausgaben im Bereich der Frau Bürgermeisterin, was dazu geführt hat, dass bis zum heutigen Tag 17 Millionen Sparbücher angehäuft wurden, die Frau Bürgermeisterin sicher gut brauchen kann, um jeden Tag den diversen Hilfesuchenden im zweiten Stock eben zur Hand zu eilen. Deswegen wird auch heute mit diesem Beschluss € 5.800.000,00 weiteres Geld als Nachtragskredit der Frau Bürgermeisterin gewährt. Auch beim Kollegen Krotzer sind immer noch über € 5.000.000,00 da, die offenbar herumliegen. Das heißt, wir haben eine krasse Überdotierung im Bereich der Ressorts der Koalition. Gleichzeitig fehlen bei uns € 100.000,00 auf oder ab.

Ich möchte aber darüber hinaus auch darauf hinweisen, dass Sie eigentlich sehr viel wertvolle Zeit verloren haben. Wir hatten noch im Jahr 2022, ich habe mir das gerade am Computer angeschaut, einen Euribor bis Mitte des Jahres von Negativzinsen und dann bis Ende des Jahres 2022, da warst du Manfred schon ein Jahr Finanzstadtrat, einen Euribor von 1,3 Prozent. Wir werden heute, sehr geehrte Damen und Herren, € 280.000.000,00 an Schulden aufnehmen. Diese € 280.000.000,00 an Schuldaufnahme werden mit über drei Prozent verzinst. Das heißt, wir haben, Sie haben zu verantworten, dass in Ihrer Amtszeit, in den drei Jahren, in denen Sie keine Beschlüsse gefasst haben, in denen die Frau Schwentner gesagt hat, die Josef-Huber-Gasse ist abgeschafft, wo Sie jetzt drei Jahre später wieder zurückrudern muss und sagen muss: „Nein, jetzt ist die Josef-Huber-Gasse doch nicht abgeschafft“. Sie haben die Remise-

Steyrergasse, die vor drei Jahren beschlussreif war, hätte begonnen werden können zu planen und auch zu finanzieren, zu 1,3 oder sogar Minusprozentsätzen nicht gemacht. Sie haben drei Jahre verloren und vielleicht kommt sie heuer irgendwann.

Der nächste Punkt, Sie haben auch bei der Tennenmälzerei und auch beim Stadion wertvolle Zeit verloren und deswegen müssen Sie sich gefallen lassen, dass wir allein bei der Remise- Steyrergasse, aber auch bei anderen Projekten plötzlich im zweistelligen Millionenbereich mehr Kosten aus Investitionen haben und der Steuerzahler und die Steuerzahlerin wird in den nächsten 20 bis 30 Jahren für die € 280.000.000,00, die sie heute mit 3 % Verzinsung aufnehmen, im zweistelligen Millionenbereich mehr Ausgaben haben, die eine einzige Ursache haben, nämlich das völlige finanzpolitische Versagen Ihrer Koalitionsregierung. Das werden noch Generationen nach Ihnen abzutragen haben und von dieser Schuld, von der kann man Sie leider nicht freisprechen.

Deswegen, wir sind natürlich nicht grundsätzlich gegen die Schuldaufnahmen, das wird notwendig sein, sonst wird das nie gestartet. Wir werden das dann später in der nichtöffentlichen Sitzung noch behandeln, aber wir möchten Ihnen ganz klar sagen: Rechnen Sie sich an den heutigen Tag. Leider Gottes ist es in den ersten zweieinhalb Jahren Ihrer Koalition finanziell schwer bergab gegangen. Sie sind jetzt in der Realität angekommen. Nach drei Jahren nichts tun müssen Sie jetzt € 280.000.000,00 aufnehmen und das, wie gesagt, im zweistelligen Millionenbereich durch Konditionsverschlechterungen, die die nächsten Generationen dann abzahlen müssen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Ich darf Herrn Stadtrat Eber bitten.

Stadtrat **Eber**:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Frau Bürgermeisterin. Ich bin etwas überrascht jetzt von den, wenn man es so sagen will, etwas vollmundigen Aussagen des Herrn

Stadtrates Günter Riegler, was jetzt auch die Konditionen und die Darlehensaufnahmen anbelangt. Tatsache ist jedenfalls, dass wir in den vergangenen zwei bis drei Jahren natürlich auch einige, wie soll ich sagen, nicht unbedingt Fehler, aber doch einige Herausforderungen überwunden haben, die uns aus der Vergangenheit sozusagen auch mitgebracht wurden. Wir haben natürlich einerseits einen Schuldenstand von 1,6 Milliarden sozusagen übernommen. Das ist so, das ist zum großen Teil natürlich auch notwendig gewesen, dass man diese Schulden aufnimmt, da hast du natürlich völlig Recht.

Allerdings hat man ja in den vergangenen 10 bis 15 Jahren, ungefähr, vor allem einen Weg gewählt, wo man mit endfälligen Darlehen gearbeitet hat und es ist gleichzeitig auch begründbar, aufgrund der Niedrigzinspolitik, keine Vorsorge getroffen worden, wie man diese endfälligen Darlehen dann jemals bedienen wird. Wir haben es nun geschafft, zumindest einmal, dass man diese endfälligen Darlehen einmalig zumindest umwandeln kann in Darlehen, die einer regelmäßigen und gewissen Tilgung auch unterliegen. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Beitrag gewesen, dass man die Stabilität bei den Finanzen hier hereinbekommen.

Bei den Darlehen, die wir heute aufnehmen, aufgenommen haben wir ja schon eines, aber drei kommen ja dann noch, wie du gesagt hast. Soviel kann man auch in der nichtöffentlichen Sitzung sagen. Wichtig bei diesen Darlehen ist, dass ich glaube, bei drei davon zumindest die ersten fünf Jahre tilgungsfrei sind. Das eröffnet uns natürlich auch eine gewisse Luft zum Atmen sozusagen. Da haben wir einfach einen bestimmten Bewegungsspielraum, den wir gerade jetzt natürlich brauchen, weil wir jetzt in der zumindest längsten Wirtschaftskrise in der zweiten Republik sind und zwei Jahre lang jetzt über kein Wirtschaftswachstum beziehungsweise über ein negatives Wirtschaftswachstum verfügen. Das hat dann auch zur Folge, dass wir bei den Ertragsanteilen oder dass die Ertragsanteile nicht zurückgehen, aber die Wachstumsraten stark nach unten gedrückt worden sind, und wir da natürlich auch gezwungen sind, immer wieder nachzubessern.

Was die Remise Steyrergasse, nur um ein Beispiel hier auch herauszunehmen, anbelangt, ist es natürlich auch so, du sagst, es hat ein beschlussreifes Stück gegeben.

Es wird dann immer kritisiert, dass die Kosten da ganz enorm gestiegen sind. Das ist zum einen richtig, zum anderen ist es so, dass erstens auch in der Holding im Wirtschaftsplan die entsprechenden Mittel nicht verfügbar sind oder gewesen sind. Zweitens sind durch diese Umplanungen, die gemacht worden sind im letzten Jahr vor allem, also wo man mit der Stadtbaudirektion und einem externen Partner hier zusammengearbeitet hat, ist auch ein deutlich größerer Mehrwert entstanden. Das heißt, zum einen sind jetzt die Gleise in den Werkstätten nicht mehr irgendwie gebogen oder so, sondern gerade, was ja auch ein wichtiger Schritt war. Zweitens hat man auch die Möglichkeit jetzt geschaffen, dass man auch Bürogebäude dort errichten kann und damit, wenn man es für den Eigenbedarf sozusagen verwendet, natürlich auch Mietaufwendungen auf der anderen Seite ersparen.

Und zum Schluss noch zum eigentlichen Punkt, Sparbuchbehebungen: Ja, genau, Sozialamt oder Soziales ist hier gefallen, von der Frau Bürgermeisterin, bekommt einen Nachtragskredit, der ja verwendet wird, insbesondere für den Bereich Wohnen dann auch. Ist auch eine sinnvolle Investition, natürlich, aber man kann sich nicht zuerst darüber beklagen, dass die Sparbuchstände bei der Frau Bürgermeisterin so hoch sind. Dann entnimmt sie etwas, dann beklagt man sie wieder, dass da ein Nachtragskredit sozusagen zustande kommt. Wichtig ist, dass das Geld dann auch sinnvoll und gut verwendet wird und das ist, glaube ich, hier der Fall. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kein Schlusswort erwünscht. Dann darf ich um die Abstimmung bitten. Wer ist dafür? Gegenprobe, das Stück ist somit mehrheitlich angenommen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ).

Ende der öffentlichen Tagesordnung: 17.12 Uhr.